



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

## Ähnlichkeiten und Unterschiede zweier Zuwanderungsbewegungen nach Wien.

Vergleich der tschechisch geprägten Zuwanderung des späten 19. Jahrhunderts mit der „Gastarbeiter\*innen“-Zuwanderung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

verfasst von / submitted by

Max Strohmeier, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2020 / Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

UA 190 313 456

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Lehramtsstudium  
UF Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung  
UF Geographie und Wirtschaftskunde

Betreut von / Supervisor:

a.o. Univ. Prof. Dr. Peter Eigner



## **Eidesstattliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit eidesstattlich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, am 14.02.2020

Max Strohmeier



## **Danksagung**

Mein Dank gilt allen Menschen, die mich während meines Studiums begleitet und unterstützt haben.

Besonders bedanken möchte ich mich bei ...

... meinem Großvater Walter Winterberg, für seine fortwährende, bedingungslose Unterstützung und dafür, dass er mich durch die Erzählungen über sein spannendes und bewegtes Leben enorm geprägt hat – und früh mein Interesse an zeit- und sozialgeschichtlichen Fragen weckte.

... meiner Mutter Irene Strohmeier, weil sie immer an mich geglaubt hat und stets in dem bestärkte, was ich tat.

... meiner Freundin Cornelia Buchleitner, für ihre Geduld, ihr Verständnis und ihre Unterstützung.

... meinem Betreuer ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Eigner, für seine Hilfestellungen, seine fachlichen Inputs und die motivierenden Gespräche.

*„Wer baute die Eisenbahnstrecken und die Autobahnen? Wer hält sie bis heute instand? Wer arbeitet in Schlachthöfen? Wer reinigt die Städte und auch die Privatwohnungen in den Städten? Wer sind die Pflegerinnen, die auf die Alten aufpassen? Wer kocht und putzt in den Krankenhäusern? Wer reinigt die Abflüsse? Wer renoviert Wohnungen? Migration [...] ist eine Bewegung im Raum, verursacht und bedingt durch die vorherrschenden ökonomischen Machtverhältnisse.“<sup>1</sup> – Ljubomir Bratić*

---

<sup>1</sup> Bratic 2018, 116

## Inhalt

|                                                                                         |    |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1. Einleitung .....                                                                     | 1  |
| 1.1 Thematische Einleitung und Forschungsstand .....                                    | 1  |
| 1.2 Methodik, Forschungsfragen .....                                                    | 6  |
| 1.3 Geschichtswissenschaftliche Verortung .....                                         | 7  |
| 2. Migration: Eine Annäherung .....                                                     | 9  |
| 2.1 Definitionen und Typologisierungen von Migration .....                              | 9  |
| 2.2 Theorien und Modelle zur Erklärung von Migration .....                              | 12 |
| 2.3 Arbeitsmigration .....                                                              | 15 |
| 2.3.1 Ethnische (Unter-)Schichtung .....                                                | 22 |
| 2.4 Integrationspolitische Paradigmen: Assimilation, Akkulturation, „Melting Pot“ ..... | 24 |
| 3. Die tschechische Zuwanderung nach Wien im 19. Jahrhundert .....                      | 30 |
| 3.1 Ursachen der tschechischen Zuwanderung nach Wien .....                              | 32 |
| 3.2 Rechtliche Rahmenbedingungen .....                                                  | 36 |
| 3.3 Verlauf der Migrationsbewegung .....                                                | 38 |
| 3.4 Herkunft und soziodemografische Zusammensetzung .....                               | 41 |
| 3.5 Arten der Rekrutierung in der Herkunftsregion .....                                 | 47 |
| 3.6 Wohnsituation und sozialräumliche Verteilung in Wien .....                          | 49 |
| 3.7 Marginalisierung und Diskriminierung der Zuwander*innen .....                       | 57 |
| 4. Migrationsbewegung nach Wien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts .....        | 65 |
| 4.1 Gründe/Ursachen .....                                                               | 67 |
| 4.2 Rechtliche Rahmenbedingungen .....                                                  | 70 |
| 4.3 Verlauf der Migrationsbewegung .....                                                | 73 |
| 4.4 Herkunft und soziodemografische Zusammensetzung .....                               | 75 |
| 4.5 Arten der Rekrutierung in der Herkunftsregion .....                                 | 81 |
| 4.6 Wohnsituation und sozialräumliche Verteilung in Wien .....                          | 86 |
| 4.7 Marginalisierung und Diskriminierung der Zuwander*innen .....                       | 90 |

|                                                                   |     |
|-------------------------------------------------------------------|-----|
| 5. Ergebnisse.....                                                | 97  |
| 5.1 Ursachen.....                                                 | 97  |
| 5.2 Rechtliche Rahmenbedingungen .....                            | 100 |
| 5.3 Verlauf der Migrationsbewegung.....                           | 101 |
| 5.4 Herkunft und soziodemografische Zusammensetzung.....          | 103 |
| 5.5 Arten der Rekrutierung in der Herkunftsregion .....           | 105 |
| 5.6 Wohnsituation und sozialräumliche Verteilung in Wien .....    | 107 |
| 5.7 Marginalisierung und Diskriminierung der Zuwander*innen ..... | 109 |
| 6. Fazit.....                                                     | 112 |
| 7. Anhang .....                                                   | 114 |
| 8. Literatur und Quellen .....                                    | 118 |
| 9. Tabellenverzeichnis .....                                      | 126 |
| 10. Abbildungsverzeichnis .....                                   | 127 |
| Abstract .....                                                    | 128 |



# 1. Einleitung

## 1.1 Thematische Einleitung und Forschungsstand

### Zuwanderung nach Wien im 19. Jahrhundert

Im Laufe der Neuzeit entwickelte sich Wien zu einer der bedeutendsten Städte Europas. Im Mittelalter hatte sich seine spätere Bedeutung noch nicht abgezeichnet, galt Wien damals lediglich als eine von mehreren größeren mitteleuropäischen Städten.<sup>2</sup> Erst im 17. Jahrhundert wurde Wien Hauptstadt und Sitz der Verwaltung des Habsburgerreiches.<sup>3</sup>

Im 18. Jahrhundert war Wien, gemessen an der Einwohnerzahl, die größte mitteleuropäische Stadt.<sup>4</sup> Aber nicht nur hinsichtlich der Bevölkerungsgröße, sondern auch auf infrastruktureller, wirtschaftlicher, kultureller und politisch-administrativer Ebene war die Stellung Wiens überragend – Wien hatte also eine ausgeprägte dominante Stellung gegenüber den anderen Städten des Vielvölkerstaates.<sup>5</sup> Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war es nicht nur das machtpolitische Zentrum, sondern auch die „industrielle Kernzone der wesentlich entwickelteren westlichen Reichshälfte“.<sup>6</sup>

Die Population des Habsburgerreiches, insbesondere die der Reichshauptstadt Wien, wuchs ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sehr dynamisch, wie auch nachstehender Tabelle zu entnehmen ist.

*Tabelle 1 - Bevölkerungsentwicklung Österreichs (Cisleithaniens) und Wiens zwischen 1857 und 1910*

| Jahr | Bevölkerung Österreich <sup>7</sup> | Veränderung zu 1857 in % | Wien (anwesende Bevölkerung) <sup>8</sup> | Veränderung zu 1857 in % |
|------|-------------------------------------|--------------------------|-------------------------------------------|--------------------------|
| 1857 | 18.600.000                          |                          | 683.000                                   |                          |
| 1869 | 20.394.980                          | +9,7%                    | 900.998                                   | +31,9%                   |
| 1880 | 22.144.244                          | +19,1%                   | 1.162.591                                 | +70,2%                   |
| 1890 | 23.895.413                          | +28,5%                   | 1.430.213                                 | +109,4%                  |
| 1900 | 26.150.708                          | +40,6%                   | 1.769.137                                 | +159,0%                  |
| 1910 | 28.571.934                          | +53,6%                   | 2.083.630                                 | +205,1%                  |

Quelle: Fassmann 2010, 160 (für Österreich); John und Lichtblau 1993, 12 (für Wien)

Die Bevölkerung jener Gebiete, die ab 1867 die österreichischen Reichshälfte bildeten (Cisleithanien, bestehend aus den Österreichischen Erbländen – inklusive Krain, Triest und Istrien –, den Ländern der Böhmischen Krone – inklusive Schlesien – sowie

<sup>2</sup> Vgl. Lichtenberger 2000, 1-4

<sup>3</sup> Lichtenberger 2000, 5

<sup>4</sup> Vgl. Lichtenberger 1997, 4

<sup>5</sup> Vgl. Lichtenberger 1997, 4-5

<sup>6</sup> Melinz und Zimmermann 1996, 15

<sup>7</sup> Vgl. Helczmanovszki nach Fassmann 2010, 160

<sup>8</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 12

Galizien, Dalmatien und der Bukowina) wuchs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von etwa 18,6 Mio (1857) auf rund 26,2 Mio (1900) Einwohner an, was einer Zunahme von rund 41% entspricht. Demgegenüber wuchs Wien im selben Zeitraum deutlich stärker und die Einwohnerzahl verdreifachte sich von 683.000 (1857) auf rund 2,1 Mio (1910), was einem Wachstum von 205% entspricht. Anhand dieser Zahlen wird deutlich, dass das Bevölkerungswachstum des Habsburgerreiches keineswegs gleichmäßig erfolgte: Während bestimmte Regionen (urbane Zentren) von enormem Wachstum geprägt waren, verzeichneten andere Regionen (rurale Gegenden) wiederum Bevölkerungsrückgänge. Während Wien wuchs, „verzeichneten die Kronländer Galizien, Bukowina, Dalmatien, Schlesien, Mähren, Böhmen und Krain in Altösterreich die größten Wanderungsverluste“.<sup>9</sup> Diese Tendenz der Urbanisierung – also des starken Anstiegs der städtischen Bevölkerung und der damit einhergehenden Verbreitung urbaner Lebensformen – war symptomatisch für das 19. und 20. Jahrhundert in Europa und muss vor dem Hintergrund der fortschreitenden Industrialisierung gesehen werden.<sup>10</sup>

Das beachtliche Bevölkerungswachstum Wiens im 19. Jahrhundert ist auf zwei Faktoren zurückzuführen: Einerseits auf politisch-administrative Erweiterungen des Stadtgebietes, andererseits auf die starke Zuwanderung aus den verschiedensten Regionen und Ländern der Monarchie.<sup>11</sup>

Die Erweiterungen des Wiener Stadtgebietes im 19. Jahrhundert erfolgten in zwei Schritten. 1850 wurden jene 34 Vorstädte eingemeindet, die innerhalb des Linienwalls lagen.<sup>12</sup> In der zweiten Eingemeindung (1890) wurde das Stadtgebiet Wiens um die Vororte im Westen und Süden der Stadt erweitert.<sup>13</sup> Die Geografin Elisabeth Lichtenberger betont die nicht zu unterschätzenden Auswirkungen dieser Eingemeindungen auf die spätere Stadtentwicklung Wiens:

„Die Eingemeindungen der Gründerzeit hatten tief greifende Folgen: Sie brachten die betreffenden Gebiete in den Geltungsbereich der städtischen Bauordnung, lösten eine Erhöhung der Grundstückspreise und damit eine höhere Verbauung aus und akzentuierten die sozioökonomische räumliche Differenzierung. Gleichzeitig ermöglichten sie eine durchgreifende Assanierung der Agglomeration (Kanalnetz, Wasser Strom, Gas, Pflasterung u. dgl.). Diese zählt fraglos zu den großen

---

<sup>9</sup> John 2016, 24

<sup>10</sup> Vgl. Zimmermann 1996, 11-12

<sup>11</sup> Vgl. Melinz und Zimmermann 1996, 22

<sup>12</sup> Vgl. Lichtenberger 1997, 6

<sup>13</sup> Vgl. Lichtenberger 1997, 6

Leistungen der Wiener Kommunalbehörden um die Jahrhundertwende, die viel zu wenig gewürdigt werden.“<sup>14</sup>

Die zweite Säule des Bevölkerungswachstums Wiens war die Zuwanderung aus nahezu sämtlichen Regionen des Vielvölkerstaates. Für den Geografen und Migrationsforscher Heinz Fassmann stellte das Wien des 19. Jahrhunderts einen „Magneten der Binnenzuwanderung“ dar, dessen Anziehungskraft auf die gesamte österreichische Reichshälfte wirkte.<sup>15</sup> Das Einzugsgebiet der Zuwanderungsbewegung umfasste „alle Teile der österreichischen Reichshälfte“, auch von Wien weit entfernte Gebiete, wie Dalmatien oder die Bukowina.<sup>16</sup> In Wien „kulminierte die heterogene und widersprüchliche Vielfalt des Habsburgerreiches“ und die Stadt wurde zum „Sammelpunkt der kulturellen Pluralität der Gesamtmonarchie“.<sup>17</sup> Die mit Abstand größte Gruppe an Zuwander\*innen kam aus Böhmen (vor allem den südlichen Regionen) und Mähren, sowie aus „Schlesien, Galizien und weiters – in der Quantität aber abgesetzt – aus Oberösterreich, der Steiermark und anderen Alpengebieten“.<sup>18</sup>

In Zahlen ausgedrückt bedeutet das, dass von den 1,6 Millionen zur Wohnbevölkerung gezählten Bewohner\*innen, die Wien im Jahr 1900 verzeichnete, „410.000 Personen aus Böhmen/Mähren [stammten], davon etwa 300.000 aus mehrheitlich tschechischsprachigen Bezirken, 140.000 stammten aus Ländern der ungarischen Krone, die als ‚Ausland‘ gezählt wurden, 37.000 aus Galizien, ebenfalls 37.000 aus dem Süden der Monarchie“.<sup>19</sup> Im beginnenden 20. Jahrhundert stammte somit rund ein Drittel der Bewohner\*innen (in Zahlen: mehr als 500.000 Wiener\*innen) aus nicht-deutschsprachigen Regionen der Monarchie.<sup>20</sup> Der Anteil von Zuwander\*innen aus den Ländern der Böhmisches Krone (sowie deren Nachkommen) an der Gesamtbevölkerung Wiens war so groß, dass Wien um 1900 die zweitgrößte tschechische Stadt nach Prag war, gemessen an der tschechischsprachigen Bevölkerung.<sup>21</sup>

---

<sup>14</sup> Lichtenberger 1997, 6

<sup>15</sup> Fassmann 2010, 173

<sup>16</sup> Fassmann 2010, 173

<sup>17</sup> Heimann 2016, 399-400

<sup>18</sup> Fassmann 2010, 173. Die zahlenmäßig ebenfalls bedeutende Umland-Migration aus Niederösterreich wird in dieser Auflistung nicht eigens angeführt, da Wien zu diesem Zeitpunkt noch kein eigenes Bundesland, sondern Teil Niederösterreichs war.

<sup>19</sup> John 2016, 27

<sup>20</sup> Vgl. John 2016, 30

<sup>21</sup> Vgl. John 2016, 28

## Die „Gastarbeiter\*innen“<sup>22</sup>-Zuwanderung nach Wien im 20. Jahrhundert

In der Nachkriegszeit setzte ein globaler Konjunkturaufschwung auf, der insbesondere die westeuropäischen Industrieländer erfasste. Schramm nennt fünf Faktoren, die für den Wirtschaftsboom ausschlaggebend waren:

„[...] erstens die Rekonstruktion, d. h. der Wiederaufbau des kriegszerstörten Westeuropas; zweitens der strukturelle Wandel von wenig produktiven in produktivere Bereiche, vor allem von der Landwirtschaft zur Industrie; drittens die Diffusion von technischen Innovationen und damit ein Aufholen in der Produktivität gegenüber den USA; viertens der Marshallplan und öffentliche Investitionen; fünftens schließlich der innereuropäische Handel.“<sup>23</sup>

Von diesem wirtschaftlichen Aufschwung wurde auch Österreich erfasst. „Die Integration Österreichs in das fordistische Akkumulationsprinzip nach dem Zweiten Weltkrieg führte zur Ausweitung der Produktion.“<sup>24</sup> Die „materiellen Lebensbedingungen“ der breiten Masse verbesserten sich in allen westeuropäischen Staaten und die Ära des Massenkonsums hielt Einzug.<sup>25</sup> Die damit rückgekoppelte Ausweitung der Produktion bewirkte eine steigende Nachfrage nach Arbeitskräften.

Die west- und mitteleuropäischen Industriestaaten wie Westdeutschland, die Benelux-Staaten, Schweden, die Schweiz und Österreich gingen deshalb dazu über, im südeuropäischen und mediterranen Raum Arbeitskräfte anzuwerben – insbesondere in „Spanien, Portugal, Italien, Jugoslawien, Griechenland, Türkei, Algerien, Marroko [sic!], Tunesien“.<sup>26</sup>

Um den knappen Produktionsfaktor Arbeit entwickelte sich eine ausgeprägte Konkurrenzsituation unter den Industriestaaten. Im Falle Österreichs drohte es zum volkswirtschaftlichen Problem zu werden, dass in den 1950er Jahren eine nicht geringe Zahl von Österreicher\*innen aufgrund des höheren Lohnniveaus nach Westdeutschland und die Schweiz ausgewandert waren, wodurch der konjunkturbedingte Mangel an Arbeitskräften zusätzlich verstärkt wurde.<sup>27</sup> Daher wurden in den späten 1950er Jahren sogar Nicht-Anwerbeabkommen mit den beiden Nachbarländern geschlossen, die

---

<sup>22</sup> Der Terminus „Gastarbeiter\*innen“ wird in der vorliegenden Arbeit ausschließlich unter Anführungszeichen verwendet. Damit soll darauf hingewiesen werden, dass es sich bei dem Begriff keineswegs um eine neutrale Bezeichnung, sondern um ein Konstrukt handelt, das konkrete Implikationen und Wertungen beinhaltet und sprachlich zum Ausdruck bringt (vgl. Ausführungen in Kapitel 4).

<sup>23</sup> Schramm 2018, 42

<sup>24</sup> Lorber 2017, 49

<sup>25</sup> Lorber 2017, 49; Vgl. Schramm 2018 45-53

<sup>26</sup> Han 2010, 75

<sup>27</sup> Vgl. Lorber 2017, 49

allerdings kaum einen Effekt erzielten.<sup>28</sup> Aus österreichischer Sicht ging es also bei der Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte auch darum, die Abwanderung österreichischer Arbeitskräfte zu kompensieren. Allerdings begann man damit im internationalen Vergleich relativ spät und war mit einem bereits verschärften Wettbewerb um Arbeitsmigrant\*innen konfrontiert: „Frankreich und die Schweiz begannen bereits 1945 mit der Rekrutierung von Arbeitskräften. Belgien und Großbritannien warben kurz darauf Arbeitskräfte an. Ab Mitte der 1950er Jahre trat die Bundesrepublik Deutschland als Anwerbeakteur in Erscheinung.“<sup>29</sup>

In Österreich hingegen wurden erst ab 1961 italienische Arbeiter\*innen in der Bauwirtschaft eingesetzt, 1962 folgte ein Anwerbevertrag mit Spanien, der allerdings kaum Wirkung zeigen sollte.<sup>30</sup> Zwei Jahre später (1964) wurde ein Abkommen über die Anwerbung von Arbeitskräften mit der Türkei geschlossen und 1966 mit Jugoslawien.<sup>31</sup> Diese stellen den eigentlichen Beginn der „Gastarbeiter\*innen“-Migration dar.

Hauptsächlich die beiden letztgenannten Anwerbeabkommen sollten von nachhaltiger Bedeutung sein. Nur wenige Wochen, nachdem im Juli 1964 das österreichische Anwerbeabkommen mit der Türkei in Kraft trat, wurde in der BRD bereits der einmillionste „Gastarbeiter“ im Rahmen einer feierlichen Inszenierung willkommen geheißen.<sup>32</sup>

Die Zuwander\*innen entstammten überwiegend ländlich entlegenen, strukturschwachen Gebieten mit struktureller Arbeitslosigkeit und erhofften sich eine Verbesserung ihrer Situation.<sup>33</sup> Zugleich hatten auch die Aufnahme- bzw. Anwerbeländer großes Interesse an Arbeitsmigrant\*innen, nicht nur wegen des Mangels an Arbeitskräften in bestimmten Branchen, sondern auch aufgrund der allgemeinen demografischen Situation bzw. aus „bevölkerungspolitischen Überlegungen“.<sup>34</sup>

Eine Trendwende in der Anwerbungspolitik stellte die Wirtschafts- und Energiekrise ab 1973 dar, im Zuge derer die Nachfrage nach Arbeitskräften stark zurückging und die Industrieländer „einen generellen Anwerbestopp“ für Arbeitsmigrant\*innen erließen.<sup>35</sup>

---

<sup>28</sup> Vgl. Lorber 2017, 49

<sup>29</sup> Lorber 2017, 49

<sup>30</sup> Vgl. Lorber 2017, 60

<sup>31</sup> Vgl. Rupnow 2017, 39

<sup>32</sup> Vgl. Höhne et.al 2014, 1

<sup>33</sup> Bade 2000, 315

<sup>34</sup> Bade 2000, 315

<sup>35</sup> Hahn 2012, 189

Was die Anteile von „Gastarbeiter\*innen“ betrifft, lag Österreich Mitte der 1980er Jahre im europäischen Mittelfeld.<sup>36</sup> Den größten Anteil hatte die Schweiz, mit rund 16,6% aller Erwerbstätigen, gefolgt von der BRD und Belgien (beide etwa 8%), Frankreich (6,5%), Österreich (6%), Schweden (5,4%), Niederlande und England (beide um 4%).<sup>37</sup>

## 1.2 Methodik, Forschungsfragen

Die geplante Arbeit fragt nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zweier für Wien wichtiger Migrationsereignisse: Der tschechisch dominierten Zuwanderung des 19. Jahrhunderts einerseits, sowie der jugoslawisch und türkisch geprägten „Gastarbeiter\*innen“-Zuwanderung des 20. Jahrhunderts andererseits.

Dazu bedient sich die Arbeit der Methode des historischen Vergleichs. Haupt und Kocka zufolge zeichne den geschichtswissenschaftlichen Vergleich aus, dass „zwei oder mehrere historische Phänomene systematisch nach Ähnlichkeiten und Unterschieden“ untersucht werden.<sup>38</sup> In weiterer Folge können auf Grundlage des Vergleichs „weiterreichende Aussagen über geschichtliche Handlungen, Erfragungen, Prozesse und Strukturen“ getroffen werden.<sup>39</sup>

Wohlgemerkt wird bei der Methode des historischen Vergleiches im Allgemeinen – und bei der vorliegenden Arbeit im Besonderen – keine Gleichsetzung vollzogen. Eine Gleichsetzung der zwei Arbeitsmigrationsbewegungen erscheint zwar aufgrund einiger oberflächlicher Parallelen durchaus verlockend, wäre aber ahistorisch, da wesentliche Rahmenbedingungen außer Acht gelassen würden.<sup>40</sup>

Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Zuwanderungsbewegungen des 19. und des 20. Jahrhunderts sollen anhand folgender sieben Aspekte systematisch herausgearbeitet werden:

- Was waren die Ursachen und Gründe der jeweiligen Wanderungsbewegung?
- Unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen geschah die Migration?

---

<sup>36</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 83

<sup>37</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 83

<sup>38</sup> Haupt und Kocka 1996, 9

<sup>39</sup> Haupt und Kocka 1996, 9

<sup>40</sup> Vgl. Fischer 2008

- Wie gestaltete sich der Verlauf der jeweiligen Migrationsbewegung?
- Was waren die maßgeblichen Rekrutierungsformen in der Herkunftsregion?
- Aus welchen Regionen kamen die Zuwander\*innen und wie setzten sie sich soziodemografisch zusammen?
- Wie gestaltete sich die Wohnsituation und in welchen sozialräumlichen Mustern lebten die Zuwander\*innen?
- Mit welchen Diskriminierungs- und Marginalisierungsformen waren die Zuwander\*innen in Wien konfrontiert?

### 1.3 Geschichtswissenschaftliche Verortung

Die Bearbeitung der Fragestellung erfolgt in der strukturgeschichtlichen Tradition der sozialhistorischen Migrationsforschung.<sup>41</sup> Der Migrationshistoriker Klaus Bade, der als Vertreter dieser Richtung gilt, beschreibt diesen Ansatz wie folgt:

„Sozialhistorische Migrationsforschung fragt vorwiegend nach dem Wanderungsgeschehen der großen Zahl und arbeitet deshalb weniger individualhistorisch als strukturgeschichtlich: Im Vordergrund stehen, abgesehen von speziell auf das Wanderungsverhalten von Kleingruppen ausgerichteten Untersuchungen, in der Regel weniger Individualitäten als Kollektivphänomene, die historisch-sozialwissenschaftlicher Beschreibung, Analyse und Erklärung eher zugänglich sind als individualisierendem, intuitivem Sinnverstehen.“<sup>42</sup>

Annemarie Steidl – wohlgemerkt keine Vertreterin dieses Ansatzes – beschreibt die Strukturgeschichte als Gegenkonzept zum „Paradigma der politischen Ereignisgeschichte“ – an die Stelle des (Nach-)Erzählens von Ereignissen rücke das Analysieren von Strukturen.<sup>43</sup> Die historische Fokussierung auf Strukturen bedeute aber Bade zufolge nicht, historische Identität und Individualität vollkommen außer Acht zu lassen, sondern „überindividuellen Wirkungszusammenhängen und Bestimmungsfaktoren Raum [zu] geben“.<sup>44</sup> Ohne die Berücksichtigung von „materiellen (Wirtschaftsstruktur, Sozialverfassung, Institutionengefüge u.a.) und immateriellen ‚Strukturen‘ (Wertsysteme, Kollektivmentalitäten, Bedürfnisstrukturen u.a.)“, können „soziale

---

<sup>41</sup> Vgl. Steidl 2003, 33-34

<sup>42</sup> Bade 2004, 14

<sup>43</sup> Steidl 2003, 34

<sup>44</sup> Bade 2004, 15

Kollektivphänomene historisch nicht zureichend erfasst, interpretiert und, im Rahmen des Möglichen, erklärt werden“.<sup>45</sup>

Am strukturgeschichtlichen Ansatz kritisiert Steidl, dass der übermäßigen Gewichtung von sozialen Strukturen ein Hang zum Determinismus innewohnt: „Strukturen werden dabei als etwas vom Menschen nicht Beeinflussbares gesehen, als der ‚Überbau‘, der das Handeln der Menschen bestimmt.“<sup>46</sup> Neuere Ansätze in der Geschichtswissenschaft kritisieren den „ökonomistischen Determinismus“ strukturgeschichtlicher Ansätze und stellen den handelnden Menschen in den Mittelpunkt.<sup>47</sup>

Dennoch haben materielle und immaterielle Strukturen zweifelsohne eine gewisse Bedeutung, da sie die konkreten Handlungsmöglichkeiten von Menschen zwar nicht komplett determinieren, jedoch zumindest definieren bzw. eingrenzen.

Von dem Gedanken ausgehend, dass abstrakte gesellschaftliche Strukturen sowie konkrete menschliche Lebensbedingungen in einem wechselseitigen (dialektischen) Verhältnis stehen, umfasst die vorliegende Arbeit zu ausgewählten Aspekten auch Quellen bzw. schriftliche und mündliche Erzählungen, um auch die konkreten Lebensbedingungen – zumindest teilweise – abzubilden.

---

<sup>45</sup> Bade 2004, 15

<sup>46</sup> Steidl 2003, 34

<sup>47</sup> Vgl. Steidl 2003, 34-35



## 2. Migration: Eine Annäherung

### 2.1 Definitionen und Typologisierungen von Migration

Das Phänomen Migration wird häufig als ein Produkt der Neuzeit bzw. der Industrialisierung dargestellt. Diese Annahme weist die Historikerin Sylvia Hahn allerdings zurück, da in ihr ausgeblendet werde, dass Migrationen schon seit langem „fixer Bestandteil im Lebenszyklus früherer Generationen“ waren.<sup>48</sup> Aus der Forschungsperspektive der historischen Migrationsforschung gibt Hahn einen Überblick über die Bedeutung, die Migration in der Geschichte der Menschheit hatte.<sup>49</sup> Die Tatsache, dass in allen Epochen der Menschheit – von der Urgeschichte über die Antike und das Mittelalter bis hin zur Neuzeit und Moderne – Wanderungen vorkamen und die jeweiligen Epochen auch in unterschiedlich starker Intensität prägten, lässt den Schluss zu, dass es sich bei Migration um eine ontologische Konstante handelt. Auf diesen überhistorischen Charakter von Wanderungen verweist auch der Migrationshistoriker Klaus Bade. Ihm zufolge sei der „Homo sapiens“ ein „Homo migrans“ und gehören „Wanderungen [...] zur *Conditio Humana* wie Geburt, Fortpflanzung, Krankheit und Tod“.<sup>50</sup>

Verschiedenste wissenschaftliche Disziplinen beschäftigen sich mit Migration: Die Rechtswissenschaft, die Demografie, die Geografie, die Psychologie, die Soziologie, die Politik-, Bildungs- und Geschichtswissenschaft, um nur einige zu nennen.<sup>51</sup> Dementsprechend vielfältig sind auch die Erklärungsansätze und Definitionen von Migration. Zur Annäherung an eine allgemeine Definition geht Hahn zunächst etymologisch vor: „Der Begriff Migration kommt vom lateinischen *migrare* und bedeutet wandern bzw. wegziehen.“<sup>52</sup>

Dass das Spektrum dessen, was als Migration aufgefasst werden kann, breit ist, wird deutlich, wenn man gängige Definitionen renommierter Migrationsforscher\*innen vergleicht: Der Soziologe Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny versteht darunter „jede Ortsveränderung von Personen“.<sup>53</sup> Für den Soziologen Rudolf Heberle betrifft Migration jeden „Wechsel des Wohnsitzes, und zwar des *de facto*-Wohnsitzes, einerlei ob freiwillig oder unfreiwillig, dauernd oder vorübergehend“.<sup>54</sup> Der Migrationsforscher Everett

---

<sup>48</sup> Hahn 2012, 16

<sup>49</sup> Vgl. Hahn 2012, 16-23

<sup>50</sup> Bade 2010, 11

<sup>51</sup> Vgl. Treibel 2003, 17-18

<sup>52</sup> Hahn 2012, 24

<sup>53</sup> Hoffmann-Nowotny nach Treibel 2003, 19

<sup>54</sup> Heberle nach Treibel 2003, 19

Lee versteht darunter den „permanenten oder semipermanenten Wechsel des Wohnsitzes“ und Silvio Ronzani, dass „Individuen aus einem Gesellschaftssystem in ein anderes überwechseln, wodurch direkt oder indirekt in beiden Systemen interne und externe Beziehungs- und Strukturveränderungen induziert werden“.<sup>55</sup>

Aktuell gebräuchliche Definitionen würden sich Hahn zufolge insbesondere auf den rechtlich-politisch konzipierten Migrationsbegriff der Vereinten Nationen beziehen: „Danach wird Migration verstanden als ein dauerhafter bzw. über ein Jahr hinausgehender Wohnortwechsel, der über die Grenzen des politischen Bezirks hinausführt.“<sup>56</sup> Abzugrenzen seien Migrationsbewegungen von den Mobilitätsformen des Reisens und Pendelns – in diesen speziellen Fällen erfolgt die Wanderung nur temporär, der Wohnort wird nicht permanent verlagert und es überwiegen Motive der Arbeitslebens- und Freizeitgestaltung.<sup>57</sup>

Räumliche Wanderungsbewegungen können nach verschiedenen Kriterien voneinander unterschieden werden. In seinem 1885 erschienenen Werk „The Laws of Migration“ differenzierte Ernest Ravenstein Wanderungsbewegungen nach fünf Kategorien – eine Einteilung, die auch heute noch in der Migrationsforschung vorgenommen wird:

- Regionale Migrant\*innen
- Kurzstreckenmigrant\*innen
- Langstreckenmigrant\*innen
- Etappenmigrant\*innen
- Temporäre bzw. saisonale Migrant\*innen <sup>58</sup>

Heberle kritisiert Ravensteins Kategorisierung jedoch als unzureichend, da sie unfreiwillige Migrationen (wie Vertreibung oder Flucht) nicht genügend berücksichtigen würden.<sup>59</sup> Auch der Soziologe Anthony H. Richmond kritisiert diese Unterscheidung als „unbrauchbar“, da kein Individuum komplett frei gegenüber der sozialen Umwelt und deren Verhältnisse sei.<sup>60</sup> Da Wanderungen kaum jemals wirklich „freiwillig“ zustande kämen – „weder bei Flüchtlingen noch bei Arbeitsmigranten“ – sei die Unterscheidung

---

<sup>55</sup> Lee und Ronzani jeweils nach Treibel 2003, 19

<sup>56</sup> Hahn 2012, 25

<sup>57</sup> Vgl. Hahn 2012, 26-27

<sup>58</sup> Vgl. Hahn 2012, 27

<sup>59</sup> Vgl. Hahn 2012, 28

<sup>60</sup> Vgl. Treibel 2003, 166

von freiwilliger und erzwungener Migration häufig von ideologischer Natur und daher nicht von soziologischer (oder migrationshistorischer) Relevanz.<sup>61</sup>

Die Soziologin Annette Treibel unterscheidet folgende Formen von Migration:<sup>62</sup>

- Nach räumlichen Kriterien:
  - Binnenwanderung oder interne Wanderung (meist vom Land in die Stadt)
  - Internationale oder externe Wanderung
- Nach zeitlichen Kriterien:
  - Begrenzte oder temporäre Wanderung (z.B. Saisonarbeit)
  - Dauerhafte oder permanente Wanderung
- Nach der Wanderungsentscheidung:
  - Freiwillige Wanderung (z.B. Arbeitsmigration)
  - Erzwungene Wanderung (z.B. Vertreibung)
- Nach dem Umfang der Wanderungsbewegung:
  - Einzel- bzw. Individualwanderung
  - Gruppen- bzw. Kollektivwanderung
  - Massenwanderung

Treibel merkt jedoch an, dass ihre angeführte Typologisierung keineswegs frei von gewissen Widersprüchen sei.<sup>63</sup> Umstritten sei einerseits die Einteilung in freiwillige und erzwungene Wanderung, weil eine scharfe Abgrenzung hier oft nicht zweifelsfrei vorzunehmen sei – was auch für das vermeintliche Gegensatzpaar Arbeitsmigration und Fluchtmigration gelte.<sup>64</sup> Ähnliches treffe auf den Aspekt des Umfanges einer Wanderungsbewegung zu, auch hier seien die Übergänge fließend – so kann Einzelmigration häufig der Bestandteil einer Kettenwanderung sein.<sup>65</sup> Die Trennung in „klassische Einwanderung“ und „Arbeitsmigration“ sei schwer zu ziehen, weil „auch die ‚Einwanderung‘ in die USA [...] in vielen Fällen temporär [blieb] [...], und aus dem vorübergehenden Aufenthalt vieler ‚Arbeitsmigranten‘ ist die dauerhafte Niederlassung bzw. faktische Einwanderung geworden“.<sup>66</sup>

---

<sup>61</sup> Treibel 2003, 166

<sup>62</sup> Vgl. Treibel 2003, 20

<sup>63</sup> Vgl. Treibel 2003, 20-21

<sup>64</sup> Vgl. Treibel 2003, 20-21

<sup>65</sup> Vgl. Treibel 2003, 20

<sup>66</sup> Treibel 2003, 21

Die Historikerin Annemarie Steidl merkt kritisch an, dass der Migrationsforschung weiterhin häufig ein normativer Charakter innewohne. Allzu oft werde vom „Normalfall des sesshaften Menschen“ ausgegangen und Wanderungen würden zur Ausnahme von der Regel erklärt.<sup>67</sup> Die Suche nach den Ursachen erfolge häufig auf Basis ebenso normativer Annahmen, wie der Übervölkerungshypothese und der Idee der sich selbst regulierenden Bevölkerungszahl.<sup>68</sup> Stattdessen plädiert sie dafür, „Migration ebenso wie Sesshaftigkeit als Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens“ zu sehen.<sup>69</sup>

## 2.2 Theorien und Modelle zur Erklärung von Migration

Es gibt nicht nur eine Vielzahl von Definitionen und Typologisierungen von Migration, sondern auch unterschiedliche Theorien und Modelle zur Erklärung von Wanderungsbewegungen. Hahn unterscheidet zwei opponierende Theorieschulen: Einerseits Theorien, die vorwiegend ökonomisch ausgerichtet sind und einen starken Zusammenhang zwischen Migration und „Arbeitsmarkt, Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften, Lohnunterschieden, etc.“ betonen.<sup>70</sup> Andererseits politisch-soziologische Theorien, die sich mit der rechtlichen und gesellschaftlichen Situation von Zuwanderung auseinandersetzen (insbesondere mit Fragen der „Integration, Assimilation oder Akkulturation“).<sup>71</sup> Als wichtigste Theorien der (historischen) Migrationsforschung des 20. Jahrhunderts nennt Hahn:

- „push-and-pull-Theorie
- die neoklassischen ökonomischen Theorien
- the new economics of migration
- die Weltsystemtheorie
- die Theorie der Assimilation, Akkulturation, Integration sowie der transnationalen, transkulturellen, transregionalen Identitäten.“<sup>72</sup>

Push und Pull-Theorien: Dieser Erklärungsansatz basiert auf neoklassischen Annahmen. Unter „Push-Faktoren“ versteht man Gründe, die Abwanderungen aus einer Region bewirken. Dazu zählen beispielsweise eine ungünstige Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation, wirtschaftliche Krisen oder ökologische Katastrophen.<sup>73</sup> „Pull-

---

<sup>67</sup> Vgl. Steidl 2003, 31

<sup>68</sup> Vgl. Steidl 2003, 30-32

<sup>69</sup> Steidl 2003, 37

<sup>70</sup> Hahn 2012, 30-31

<sup>71</sup> Hahn 2012, 30

<sup>72</sup> Hahn 2012, 30

<sup>73</sup> Vgl. Treibel 2003, 40; Vgl. Hahn 2012, 30

Faktoren“ hingegen üben eine Anziehungskraft aus, dazu zählen wirtschaftliche Prosperität und Beschäftigungsmöglichkeiten in einer Region.<sup>74</sup>

Erste Formen dieses Ansatzes finden sich in frühen Erklärungen der Migrationsbewegungen des 19. Jahrhunderts innerhalb der Habsburgermonarchie. Der Grund für die Abwanderungen aus peripheren Regionen in die Zentren wurde in der Anziehungskraft industrialisierter Regionen gesehen.<sup>75</sup> Städte wie Wien wiesen eine besondere Strahlkraft auf.

Ein Kritikpunkt an Push und Pull-Ansätzen lautet, dass sie zu stark das Schema von Angebot und Nachfrage fokussieren.<sup>76</sup> Des Weiteren werde Armut in diesen Modellen als wesentlichster Push-Faktor geführt – diese These widerspricht allerdings neueren soziologischen Erkenntnissen, dass es nämlich nicht die Angehörigen der untersten sozialen Schichten sind, die wandern, sondern jene relativ besser gestellten Personen, die über das Wissen und die notwendigen Ersparnisse verfügen, um überhaupt migrieren zu können.<sup>77</sup> Zudem wird schon seit den 2000er Jahren die „Bedeutung der Beziehungs-Netzwerke als so groß angesehen, daß die anderen Faktoren [...] dagegen verblassen“.<sup>78</sup>

Daher kritisiert Steidl, dass Push- und Pull-Modelle weniger Erklärungswert hätten, als ihnen zugesprochen wird, und sie allenfalls unvollständige Erklärungen bieten könnten.<sup>79</sup> Sie würden eine lineare Kausalität suggerieren, stattdessen müsse Migration als historischer Prozess begriffen werden sowie als regulärer und dauerhafter Bestandteil der europäischen Gesellschaft – und das nicht erst seit der Industrialisierung.<sup>80</sup>

Neoklassische ökonomische Theorien über Migration stellen volkswirtschaftliche Faktoren in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen: Borjas (1988) betont den hohen Stellenwert von Lohnunterschieden sowie von finanziellen Möglichkeiten, Alter und Beruf.<sup>81</sup>

Piore formulierte die „Theorie des dualen Arbeitsmarktes“ und geht davon aus, dass der Arbeitsmarkt aus zwei Segmenten besteht: Einem besseren (bzw. besser bezahlten) ersten Segment, in dem vorwiegend Einheimische arbeiten, sowie einem

---

<sup>74</sup> Vgl. Hahn 2012, 31

<sup>75</sup> Hahn 2012, 30

<sup>76</sup> Hahn 2012, 31

<sup>77</sup> Vgl. Hahn 2012, 31

<sup>78</sup> Treibel 2003, 42

<sup>79</sup> Vgl. Steidl 2003, 35

<sup>80</sup> Vgl. Steidl 2003, 35-37

<sup>81</sup> Hahn 2012, 32

schlechteren (bzw. schlechter bezahlten) zweiten Segment, das von Einheimischen gemieden wird, weshalb Zuwander\*innen hier leichter Arbeit finden.<sup>82</sup> „Diese dead-end-jobs werden von den Migranten meist – trotz höherer Qualifikation – akzeptiert, da sie nur als vorübergehend angesehen werden. Für die einheimische Bevölkerung hat dies den Vorteil, dass schlecht entlohnte dirty jobs von den Immigranten übernommen werden.“<sup>83</sup> Da Zuwander\*innen nach einiger Zeit des Aufenthaltes ins bessere Arbeitsmarktsegment aufsteigen, würden Konkurrenz- und Konfliktsituationen entstehen.<sup>84</sup>

Die Theorie der New Economics of Migration verwirft neoklassische Erklärungen, die hauptsächlich Lohndifferenzen als migrationsbegünstigend ansehen und betont stattdessen die Bedeutung von „Faktoren wie Unsicherheit, relativer Verarmung oder Risikoverminderung“ sowie familiäre Einflüsse.<sup>85</sup>

Die Weltsystemtheorie verknüpft makroökonomische Überlegungen über den globalen Kapitalismus mit Aussagen über das Zustandekommen von Migration. Das globale Weltwirtschaftssystem wird in drei Zonen unterteilt: Das hochentwickelte Zentrum, die wirtschaftlich rückständige Peripherie sowie die dazwischen liegende Semiperipherie.<sup>86</sup> Die drei Zonen bilden zusammen ein System im systemtheoretischen Sinne und stehen in einer Beziehung, die sich an den Bedürfnissen der Zentren orientiert – auch hinsichtlich der Rekrutierung von Arbeitskraft. „Die Vertreter der Weltsystemtheorie sehen Migration nicht als einen Entscheidungsprozess einzelner Individuen, sondern als labor supply system [...] am Weltmarkt für Arbeitskraft.“<sup>87</sup>

Stärker soziologisch ausgerichtet sind die beiden Theorien, die im Folgenden beschrieben werden. Zum einen ist die Assimilationstheorie der Chicago School zu nennen. In den 1920er Jahren haben Stadtsoziolog\*innen die Zuwanderung nach Chicago untersucht und ein Schema der vollständigen Assimilation entwickelt (race-relation-cycle-Konzept). Ausgangspunkt ist die Überlegung: Zugewanderte und Einheimische stehen in einer von Wettbewerb geprägten Beziehung.<sup>88</sup> Zuwander\*innen stünden lediglich „berufliche Nischen und bestimmte Wohnviertel“ offen, allerdings kommt es mit

---

<sup>82</sup> Vgl. Hahn 2012, 33

<sup>83</sup> Hahn 2012, 33

<sup>84</sup> Vgl. Hahn 2012, 33

<sup>85</sup> Hahn 2012, 33

<sup>86</sup> Vgl. Hahn 2012, 33

<sup>87</sup> Hahn 2012, 34

<sup>88</sup> Vgl. Hahn 2012, 34

der Zeit zu einer aufstiegsbedingten Assimilation.<sup>89</sup> Der „race-relation-cycle“ besteht demnach in der Abfolge von „Kontakt – Wettbewerb/Konflikt – Akkommodation – Assimilation“.<sup>90</sup> Die Assimilation bewirke einen „gemeinsamen Erinnerungsschatz“ der Einheimischen und der Zugewanderten, wodurch sich letztere wiederum von neuen Einwander\*innen unterscheiden und abgrenzen können.<sup>91</sup>

Während die Assimilation eine vollständige Anpassung darstellt, gibt es noch Theorien der Akkulturation und Integration, „bei denen die Annäherung an die Zielkultur weit oberflächlicher sein kann bzw. auf eine gegenseitige Annäherung von Minderheits- und Mehrheitskultur verweisen“.<sup>92</sup>

In den 1980er Jahren kam die Theorie der Transnationalität auf: Globalisierung, Innovationen im Verkehrs-, Transport- und Kommunikationsbereich ermöglichen Migrant\*innen „das fast gleichzeitige Leben in ‚zwei Welten‘“.<sup>93</sup> Obwohl der Lebensmittelpunkt wo anders liegt, ermöglichen technische Innovationen „die Partizipation am Leben der Herkunftsgesellschaft“.<sup>94</sup> Die „virtuelle Verbundenheit“ mit der alten Heimat ermögliche „ein Leben in transnationalen Räumen mit transnationalen Identitäten“.<sup>95</sup> Obwohl auch von einigen Seiten der historischen Migrationsforschung aufgegriffen, beurteilt Bade die Theorie (aufgrund der starken Technikbezogenheit) allerdings als kaum für historische Fragestellungen geeignet.<sup>96</sup> Hoerder entwickelte andererseits „Konzepte der Transregionalität und -kulturalität [...] und plädiert für deren Verwendung in der (sozial-)historischen Migrationsforschung“.<sup>97</sup>

### 2.3 Arbeitsmigration

Arbeitsmigration stellt einen Sondertypus von Migration dar. Vergleichbar zum allgemeinen Migrationsbegriff gibt es auch bezüglich der Arbeitsmigration keine einheitliche Definition. Wie oben kurz erwähnt, wird sich dem Begriff der Arbeitsmigration häufig über das Ausschlussverfahren angenähert. Der Terminus wird in Abgrenzung zur

---

<sup>89</sup> Hahn 2012, 35

<sup>90</sup> Hahn 2012, 35

<sup>91</sup> Vgl. Hahn 2012, 35

<sup>92</sup> Hahn 2012, 35

<sup>93</sup> Hahn 2012, 35

<sup>94</sup> Hahn 2012, 35

<sup>95</sup> Hahn 2012, 35

<sup>96</sup> Vgl. Hahn 2012, 36

<sup>97</sup> Hahn 2012, 36

„herkömmlichen Einwanderung“ und auch zur „Fluchtmigration“ herangezogen – was Treibel als nicht sinnvoll erachtet, da Wanderungsmotive vielfältig seien, und sich nicht per se ausschließen würden.<sup>98</sup>

Gegenwärtig definiert die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Arbeitsmigration wie folgt:

“The definition of ‘migrant worker’ [...] comprises all international migrants [...] who are currently employed or seeking employment in their country of current usual residence. The intentions or conditions of their entry into their current country of residence are not relevant for this purpose.”<sup>99</sup>

Die Definition der ILO inkludiert auch Arbeitsmigrant\*innen, die arbeitslos, selbstständig beschäftigt, in einem Familienbetrieb beschäftigt oder in der Position des\*der Arbeitgebers\*Arbeitgeberin sind.<sup>100</sup> Nicht unter den Begriff fallen all jene, die gegenwärtig in einem anderen Land als dem ihres üblichen Wohnsitzes einer Arbeit nachgehen bzw. Arbeit suchen: „It [Die Definition, Anm.] excludes, of course, persons who are currently employed in or are seeking employment in a country other than their country of usual residence.“<sup>101</sup> Arbeitsmigration kann hochqualifiziert oder geringqualifiziert sein sowie dauerhaft oder temporär.<sup>102</sup> Im Jahr 2015 schätzte man die Zahl internationaler Migrant\*innen weltweit auf 244 Millionen.<sup>103</sup> Die Zahl der Arbeitsmigrant\*innen wird für 2013 auf rund 150 Millionen geschätzt – macht also weltweit knapp zwei Drittel aller Migrant\*innen weltweit aus.

Han unterscheidet zwei wesentliche Faktoren, die den Bedarf bzw. die Entwicklung von Arbeitsmigration steuern: Rechtliche Rahmenbedingungen (in Form von Einwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik) sowie die wirtschaftliche Entwicklung.<sup>104</sup>

Arbeitsmigration gab es in unterschiedlichen Formen (freiwillig oder unfreiwillig) bereits lange vor der Industriellen Revolution.<sup>105</sup> Steidl führt hierfür als Beispiel die räumliche Mobilität europäischer Gesellen in der Neuzeit an. Bereits lange vor dem 19. Jahrhundert gab es unter Gesellen eine hohe Wanderungstradition.<sup>106</sup> Im Fall der Gesellen, argumentiert Hobsbawm, ist die Bereitschaft zur Migration wohl auch fester Bestandteil

---

<sup>98</sup> Vgl. Treibel 2003, 21

<sup>99</sup> International Labour Office Geneva 2015, 28

<sup>100</sup> Vgl. International Labour Office Geneva 2015, 28

<sup>101</sup> International Labour Office Geneva 2015, 28

<sup>102</sup> Vgl. Internationales Arbeitsamt 2017, 11

<sup>103</sup> Vgl. Internationales Arbeitsamt 2017, 6

<sup>104</sup> Han 2010, 74

<sup>105</sup> Vgl. Han 2010, 74

<sup>106</sup> Vgl. Steidl 2003, 37-41



des Selbstverständnisses bzw. -bildes dieser Gruppe.<sup>107</sup> Treibel geht davon aus, dass nicht nur ökonomische Gründe (wie die Arbeitsmarktsituation) für Wanderungen ausschlaggebend sind, sondern auch persönlichen Beziehungen und Netzwerken eine große (vielleicht die größere) Bedeutung zukommt.<sup>108</sup>

Der Migrationshistoriker Klaus Bade beschreibt, dass bereits „in der frühen Neuzeit und besonders seit der Mitte des 18. Jahrhunderts Arbeitswanderungen in großer Formenvielfalt“ stattfanden.<sup>109</sup> Das Ausmaß der Arbeitsmigration vor dem 18. Jahrhundert sei allerdings kaum quantifizierbar.<sup>110</sup> Der Historiker Lucassen wies bereits für das späte 18. und beginnende 19. Jahrhundert „Arbeitswanderungssysteme“ innerhalb Europas nach.<sup>111</sup> Die damaligen Formen der Arbeitsmigration waren hauptsächlich auf die Landwirtschaft ausgerichtet und erfolgten saisonal.<sup>112</sup>

In den Abwanderungsregionen des späten 18. Jahrhunderts herrschte „in der Regel ein strukturell mangelhaftes Erwerbsangebot, das ökologische, ökonomische, demographische und soziale Ursachen haben konnte: mangelnde landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit, z.B. in kargen Berggegenden, aber auch im Flachland bei schlechter Bodenqualität; unwirtschaftlich kleine Betriebsgrößen; überhöhte Bodenpreise; hoher und nur durch zusätzlichen Gelderwerb zu begleichender Zins für zusätzlich gepachtetes Land; hohe, durch starkes natürliches Wachstum noch steigende Bevölkerungsdichte bei stark polarisierter Grundbesitzverteilung mit großen und ertragreichen Flächen in wenigen, aber kleinen und ertragsarmen Flächen in vielen Händen.“<sup>113</sup> Die Zielgebiete der Migration „lagen in der Regel in fruchtbaren und ertragreichen Ebenen, in denen bei großbetrieblicher Marktproduktion Monokulturen vorherrschten“.<sup>114</sup>

Im 19. Jahrhundert nahmen Arbeitswanderungen in Europa „an Intensität, Fluktuation und Reichweite deutlich zu“.<sup>115</sup> Sowohl im agrarischen, besonders aber im industriellen Bereich gewannen Arbeitsmigrant\*innen an Bedeutung.<sup>116</sup> Von größter Bedeutung für diese Epoche waren industrielle sowie agrarische Arbeitswanderungen.<sup>117</sup> Im städtisch-industrialisierten Kontext gab es die zunehmende Tendenz zur dauerhaften

---

<sup>107</sup> Vgl. Steidl 2003, 41

<sup>108</sup> Vgl. Treibel 2003, 41-42

<sup>109</sup> Bade 2000, 24

<sup>110</sup> Vgl. Bade 2000, 24

<sup>111</sup> Vgl. Lucassen nach Bade 2000, 24

<sup>112</sup> Vgl. Bade 2000, 26

<sup>113</sup> Bade 2000, 25

<sup>114</sup> Bade 2000, 26

<sup>115</sup> Bade 2000, 85

<sup>116</sup> Vgl. Bade 2000, 85

<sup>117</sup> Vgl. Bade 2000, 92-108

Zuwanderung, dennoch bestand ein großer Teil der Wanderungen in temporärer Migration, dabei handelte es sich „vorwiegend um saisonabhängige Beschäftigungen“. <sup>118</sup> Auch im 19. Jahrhundert waren die Ausgangsräume von Arbeitswanderungen meist agrarische Regionen und die Wanderungen erfolgten oft temporär, da die Tätigkeiten meist „Schwerstarbeiten“ waren, die unter „dauerhaft provisorischen“ Bedingungen verrichtet werden mussten. <sup>119</sup> Diese Umstände zogen Menschen an,

„die in kurzer Zeit bei möglichst niedrigen Aufenthaltskosten möglichst hohe Ersparnisse erwirtschaften und andernorts einsetzen wollten. Dabei ging es in der Regel um die Ergänzung des Familieneinkommens am fernab gelegenen Wohnsitz, zuweilen auch um die Finanzierung der Auswanderung bzw. die Existenzgründung in der Neuen Welt.“ <sup>120</sup>

### Industrielle Arbeitsmigration:

Besonders die wachsenden industrialisierten Städte wirkten auf Arbeitsmigrant\*innen anziehend, da hier viele Arbeitsplätze im Bauwesen, aber auch im Dienstleistungsbereich entstanden waren. <sup>121</sup> Zwischen Städtewachstum und Migration bestand in der Phase der Industrialisierung in zweifacher Hinsicht ein Zusammenhang: Einerseits zogen Arbeitsmöglichkeiten in der Bauwirtschaft Arbeitsmigrant\*innen an, andererseits ließen sich diese zunehmend permanent in den Städten nieder. <sup>122</sup> Besonders wichtige Bauvorhaben in den urbanen Regionen waren der Bau von „Wohnungen und Straßen Wohnungen und Straßen in den rasch wachsenden Stadtzentren“ sowie der „Hoch- und Tiefbau bei Fabrikanlagen“ in Industrierevieren. <sup>123</sup>

Verstärkte Zuwanderung erfolgte auch in montanindustrielle Regionen, die nicht zwingend in dicht besiedelten Räumen lagen: Als Beispiele führt Bade die aus Ostpreußen stammenden „Ruhrmasuren“ („Ruhrpolen“) an, die im Ruhrgebiet arbeiteten, sowie „Italiener“, die in der lothringischen Montanindustrie arbeiteten. <sup>124</sup>

Bedeutend war auch das nicht ortsgebundene, also mobile Bauwesen in Form von „Eisenbahn- und Straßenbau, [...] Tunnel-, Brücken- und Kanalbau, bei denen dauerhafte Ansiedlung ohnehin nicht in Frage kam.“ <sup>125</sup> Eisenbahnbaustellen beispielsweise

---

<sup>118</sup> Bade 2000, 92

<sup>119</sup> Bade 2000, 94

<sup>120</sup> Bade 2000, 94

<sup>121</sup> Vgl. Bade 2000, 92

<sup>122</sup> Vgl. Bade 2000, 92

<sup>123</sup> Bade 2000, 93

<sup>124</sup> Vgl. Bade 2000, 93

<sup>125</sup> Bade 2000, 94

„erstreckten sich in der Regel über mehrere Kilometer“, „auf denen mitunter mehr als 15 000 Arbeiter zugleich beschäftigt waren“. <sup>126</sup>

#### Agrarische Arbeitsmigration:

Die landwirtschaftlichen Arbeitswanderungen veränderten sich im 19. Jahrhundert ebenso. In der Folge von Industrialisierung und Modernisierung kam es zu „Gewichtsverlagerungen zwischen den Zielgebieten“ und zu „wachsenden Wanderungsdistanzen“. <sup>127</sup> In starkem Ausmaß wuchs die Bedeutung von Saisonarbeit. In Folge der Agrarmodernisierung kam es zu einer verstärkten Konzentration von Bodenkapital und Produktionsflächen, was wiederum zu einer Zunahme der Landlosigkeit und Landarmut führte. <sup>128</sup> Mit der agrarindustriellen Bewirtschaftung sank die Zahl der dauerhaft in der Landwirtschaft Beschäftigten, dafür wuchs während der kürzer und intensiver ausfallenden Saisonspitzen der Bedarf an Arbeitskräften. <sup>129</sup> Die „Abnahme der Dauerbeschäftigung ortsansässiger Arbeitskräfte“ wurde mit der Zunahme der Saisonbeschäftigung von Arbeitswanderern“ kompensiert, „die in der Regel im Ernteakkord beschäftigt wurden“. <sup>130</sup> Die Arbeitsmigrant\*innen kamen zudem aus immer weiter entfernten Regionen, agrarische Wanderungen erfolgten „im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts immer häufiger auch über Ländergrenzen hinweg“. <sup>131</sup>

#### Neue Arbeitsmigrationsformen

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelte sich die Wirtschaft Westeuropas sehr dynamisch. „Die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende wirtschaftliche Wachstumsphase in den westeuropäischen Industrieländern hat zur erhöhten Nachfrage nach Arbeitskräften geführt, die durch den heimischen Arbeitsmarkt nicht voll abgedeckt werden konnte.“ <sup>132</sup> Daher wurden von den industrialisierten Staaten Westeuropas gezielt Arbeitskräfte aus den ärmeren Ländern Südeuropas angeworben, um den Arbeitskräftebedarf im Industriesektor und auch im Dienstleistungsbereich zu decken. <sup>133</sup> Die zugezogenen Arbeiter\*innen wurden als „Gastarbeiter\*innen“ bezeichnet, was den (aus Sicht der Anwerbeländer) temporären Charakter der Migration

---

<sup>126</sup> Bade 2000, 95

<sup>127</sup> Bade 2000, 98

<sup>128</sup> Vgl. Bade 2000, 98

<sup>129</sup> Vgl. Bade 2000, 98-99

<sup>130</sup> Bade 2000, 99

<sup>131</sup> Bade 2000, 99

<sup>132</sup> Han 2010, 75

<sup>133</sup> Vgl. Hahn 2012, 189

hervorheben sollte. Zwischen Ost- und Westeuropa gab es aufgrund der geschlossenen Grenzen bzw. des Eisernen Vorhangs erst ab den 1980er Jahren erste Ansätze einer Arbeitsmigration, die ab den 1990er Jahren nach der sogenannten „Ostöffnung“ stark zunahm.<sup>134</sup>

Die Arbeitsmigration der „Gastarbeiter\*innen“ ab den 1960er Jahren war von einer relativen Homogenität geprägt, sowohl die soziostrukturellen Merkmale als auch den Migrationstypus betreffend.<sup>135</sup> Im Zuge der Globalisierung und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist die Arbeitsmigration sowohl auf globaler, als auch auf europäischer Ebene heterogener geworden. Für Österreich lassen sich angesichts der „neuen Migrationsmuster“ und der „neuen Migrationswege“ Hintermann zufolge vier neue Arbeitsmigrationstypen feststellen:<sup>136</sup>

- „Neue GastarbeiterInnen“: Diese substituieren bereits länger in Österreich lebende und arbeitende Arbeitskräfte.<sup>137</sup> Sie sind ihrerseits flexibler und mobiler (Gründe, für die zuvor bereits Türk\*innen, Jugoslaw\*innen und früher Tschech\*innen angeworben worden waren) und unterschichten in gewisser Weise den Arbeitsmarkt wiederum.
- „Weibliche ‚Dienstbotenwanderung‘, die an die Zuwanderung böhmischer KöchInnen und Kindermädchen zur Jahrhundertwende erinnert. Viele weibliche MigrantInnen aus Ost- und Ostmitteleuropa gehen im Westen einer bezahlten, aber sozialrechtlich nicht gesicherten Beschäftigung in privaten Haushalten nach.“<sup>138</sup> Ein Beispiel für eine solche Branche ist das Pflegewesen.
- „Pendelwanderer mit unscharfen Rückkehrzyklen, die vor allem im Baugewerbe, in der Landwirtschaft und im Tourismus beschäftigt sind.“<sup>139</sup> Die pendelnden Arbeiter\*innen sind höchst mobil und flexibel, arbeiten häufig auf Abruf und sind häufig weder sozialrechtlich abgesichert noch angemeldet.<sup>140</sup>
- „Hochqualifizierte ZeitwanderInnen“, wie beispielsweise hochqualifizierte Wissenschaftler\*innen, die häufig in technischen Bereichen arbeiten, da hier ein hoher Bedarf besteht.<sup>141</sup>

---

<sup>134</sup> Vgl. Hahn 2012, 190

<sup>135</sup> Vgl. Hintermann 2000, 11

<sup>136</sup> Hintermann 11

<sup>137</sup> Vgl. Hintermann 11

<sup>138</sup> Hintermann 11

<sup>139</sup> Hintermann 11

<sup>140</sup> Vgl. Hintermann 11

<sup>141</sup> Hintermann 11

Global gesehen zeichnen sich Opitz bzw. Hintermann zufolge hinsichtlich der Arbeitsmigration des 21. Jahrhunderts folgende Tendenzen ab: Es kommt zu einer Zunahme von Migration, insbesondere der weiblichen („Feminisierung der Migrationen“).<sup>142</sup> Eine „weitere Globalisierung der Migration“ sei zu erwarten, weil immer mehr Staaten „sowohl als Herkunfts- als auch als Zielgebiete in das globale Migrationssystem eingebunden werden“.<sup>143</sup> Eine „weitere Differenzierung der Migration in Gestalt neuer Formen von Migration“ sei zudem absehbar, wobei abzuwarten sei, wie sich die migrationspolitischen Leitbilder entwickeln würden (vor allem hinsichtlich der „undokumentierten Migration“).<sup>144</sup>

### Funktionen von Arbeitswanderungen

Die Skepsis gegenüber Arbeitsmigrant\*innen war bereits in der Frühphase groß: „Großbaustellen im Europa des 19. Jahrhunderts mit ihren interregional und international gemischten und fluktuierenden Arbeiterbevölkerungen waren von der bürgerlichen Welt beargwöhnte Zonen, denen sittliche Gefährdung, Kriminalität, Brutalität und oft auch potenziell sozialrevolutionäre Gefahren zugeschrieben wurden.“<sup>145</sup> Dennoch erfüllten die transnationalen Arbeitswanderungen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert wesentliche Funktionen für ihre Zielgebiete. Bade nennt insbesondere wirtschaftliche, soziale und konjunkturelle Funktionen.<sup>146</sup>

Wirtschaftlich gesehen „hatte die Ausländerbeschäftigung verschiedene Ersatz- und Zusatzfunktionen“ zum Ausgleich von Beschäftigungsengpässen.<sup>147</sup> Zudem konnte der Rückgriff auf Arbeitsmigrant\*innen in allen Sektoren „die Flexibilität des Kostenfaktors Arbeitskraft“ erhöhen und damit einhergehend Ertragssteigerungen ermöglichen.<sup>148</sup>

Soziale Funktionen: Unter Einheimischen zunehmend unbeliebte Arbeiten würden von einer „subproletarischen ausländischen ‚Arbeiterschicht zweiten Grades‘ übernommen“.<sup>149</sup>

---

<sup>142</sup> Hintermann 11

<sup>143</sup> Hintermann 11

<sup>144</sup> Hintermann 12

<sup>145</sup> Bade 2000, 94

<sup>146</sup> Bade 2000, 108-109

<sup>147</sup> Bade 2000, 109

<sup>148</sup> Bade 2000, 109

<sup>149</sup> Bade 2000, 110

Konjunkturelle Funktion: Arbeitsmigrant\*innen stellen einen Puffer in „konjunkturellen Wechsellagen“ dar, weshalb sie eher entlassen werden als einheimische Arbeitskräfte und auch häufig als Streikbrecher\*innen eingesetzt werden.<sup>150</sup>

Treibel greift im Zusammenhang der ökonomischen Funktion angeworbener „Gastarbeiter\*innen“ das – ursprünglich auf Marx zurückgehende – Konzept der Industriellen Reservearmee auf.<sup>151</sup> Damit ist jener Teil der Arbeiter\*innenklasse gemeint, der nicht in einem bestehenden Lohnarbeitsverhältnis ist. Marx geht davon aus, dass das Kapital nicht nur auf die aktiv arbeitende und damit ausbeutbare Arbeiter\*innenklasse angewiesen ist, sondern ebenso auf die zeitgleiche Existenz von Arbeitslosen.<sup>152</sup> Dadurch würde die Arbeiter\*innenklasse in ihrer Einheit gespalten und es entstehe eine Konkurrenz zwischen Arbeiter\*innen und Arbeitslosen, was den Unternehmer\*innen zahlreiche Vorteile bringt, insbesondere in möglichen Arbeitskämpfen. Vollbeschäftigung ist aus Sicht des Kapitals sogar kontraproduktiv, da im Fall von Streiks nicht auf eine Industrielle Reservearmee zurückgegriffen werden kann. Marxistische Wissenschaftler\*innen sehen in der Anwerbung von ausländischen Arbeiter\*innen den Versuch, der Hochkonjunktur bzw. einer sich wachstumsbedingt abzeichnenden Vollbeschäftigung entgegenzusteuern. Die Anwerbung von „Gastarbeiter\*innen“, die auf Initiative von Unternehmen betrieben wurde, bewirkte neben einer Spaltung der Arbeiter\*innenklasse auch die Verschleierung von Klassengegensätzen.<sup>153</sup>

### 2.3.1 Ethnische (Unter-)Schichtung

„Ethnische Schichtung“ ist ein Konzept, das sich einerseits mit den Auswirkungen von Zuwanderung auf die Gesellschaft auseinandersetzt sowie andererseits mit den Diskriminierungen, denen Zuwander\*innen in dieser Gesellschaft ausgesetzt sind.<sup>154</sup>

Han beschreibt die Rahmenbedingungen von ethnischer Unterschichtung wie folgt:

„Die Arbeitsmigranten sind auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich mit Benachteiligungen und Diskriminierungen unterschiedlicher Art konfrontiert. Ihnen bleiben überwiegend solche Arbeiten, die die einheimischen Arbeitnehmer weitgehend ablehnten. Sie schließen somit die Lücken im Arbeitsmarkt, die durch einheimische Arbeitskräfte nicht zu beseitigen sind. Die Zuwanderung von

---

<sup>150</sup> Vgl. Bade 2000, 111-112

<sup>151</sup> Treibel 2003, 121

<sup>152</sup> Vgl. Treibel 2003, 118

<sup>153</sup> Vgl. Treibel 2003, 117-122

<sup>154</sup> Reinprecht und Weiss 2011, 22

Arbeitsmigranten löst daher den Prozess der Unterschichtung insofern aus, als die Migranten eine neue soziale Unterschicht bilden, durch die die einheimischen Arbeiter einen sozialen Aufstieg erfahren.“<sup>155</sup>

Die Grundannahme des Ansatzes der Unterschichtung ist, dass der Arbeitsmarkt segmentiert ist, was zu sozialen Ungleichheiten führt.<sup>156</sup> Die Grundstruktur dieser Schichtung ist persistent, wodurch sich die Ungleichheit auf lange Frist perpetuiert. Hoffmann-Nowotny, Soziologe, Migrationsforscher und wesentlicher Begründer des Ansatzes der Unterschichtung, stellte in den 1970er Jahren fest, dass sich die Sozialstruktur der Schweiz um die Mitte des 20. Jahrhunderts auffallend transformiert hatte: So machten die Einheimischen einen immer geringeren Anteil an der untersten Sozialschicht aus, woraus Hoffmann-Nowotny ableitete, dass „ihr sozialer und finanzieller Aufstieg nur durch die Zuweisung der unteren Statusdimensionen an die Fremdarbeiter gelungen sei.“<sup>157</sup>

Anhand der Schweizer Sozial- und Beschäftigungsstruktur zeigte Hoffmann-Nowotny, wie Unterschichtung funktioniert. Den marginalisierten Zuwander\*innen stehen lediglich Positionen in niedrigen sozialen Schichten offen, wodurch faktisch eine neue soziale Schicht unter der bisherigen Unterschicht entsteht.<sup>158</sup> Die Einheimischen würden auf diese Weise in der Schichthierarchie sozial aufsteigen – allerdings erfolgt der Aufstieg vorwiegend in einem relativen Ausmaß, also im Vergleich mit den Zuwander\*innen.<sup>159</sup>

Dieser relative soziale Aufstieg „wird nicht über (Eigen-)Leistung sondern über ‚feudale Absetzungen‘ (ethnische Abgrenzung) erreicht“, weshalb Hoffmann-Nowotny von einer „neofeudalen Absetzung“ spricht.<sup>160</sup> Neofeudal sei die Schichtung deshalb, weil die gesellschaftliche Stellung nicht über das bürgerlich-kapitalistische Prinzip der Leistung definiert werde, sondern über die soziale bzw. ethnische Herkunft.<sup>161</sup> Selbst bei „hoher Leistungserbringung [sind] die Aufstiegsmöglichkeiten [von Zuwander\*innen, Anm.] durch rechtliche Barrieren oder informelle Diskriminierung blockiert.“<sup>162</sup>

---

<sup>155</sup> Han 2010, 338

<sup>156</sup> Vgl. Schramm 2018, 59

<sup>157</sup> Vgl. Treibel 2003, 179

<sup>158</sup> Vgl. Treibel 2003, 180-181

<sup>159</sup> Vgl. Treibel 2003, 180

<sup>160</sup> Reinprecht und Weiss 2011, 22

<sup>161</sup> Vgl. Treibel 2003, 205

<sup>162</sup> Reinprecht und Weiss 2011, 22

Zwar biete die ethnisch unterschichtete Sozialstruktur der Mehrheitsbevölkerung durchaus Vorteile, allerdings sei sie Hoffmann-Nowotny zufolge keineswegs stabil, sondern bewirke innergesellschaftliche Spannungen:

„Die aufgestiegenen Einheimischen (insbesondere diejenigen, deren Einkommensstatus nicht ihrem Bildungs- und Qualifikationsstatus entspricht), fürchten sich latent, aber permanent, vor dem drohenden Abstieg. Dieser anomische Zustand ist mit dem Bedürfnis verbunden, sich ‚nach unten‘ abzugrenzen. Und da man auf die Kriterien der modernen Gesellschaft (Qualifikation, Leistung) nicht zurückgreifen kann, da die Zuwanderinnen und Zuwanderer nicht eindeutig schlechter qualifiziert sind als die einheimischen Arbeiterinnen und Arbeiter [...], greift man auf das Kriterium der ethnischen Zugehörigkeit zurück. D.h., man pocht auf den *zugeschriebenen* Status (Herkunft, Nationalität) statt auf den *erworbenen* Status (Qualifikation, Leistung).“<sup>163</sup>

Diese Konstellation aus „unterprivilegierten Einheimischen ohne Mobilitätschancen“ und jenen, „die nicht deklassiert sind, aber eine Deklassierung befürchten“, ist, Treibel zufolge, eine wesentliche Ursache für Marginalisierung und Rassismus.<sup>164</sup>

Als Gegenstück zur Unterschichtung beschreibt Hoffmann-Nowotny auch den Prozess der Überschichtung, bei dem „Einwanderer in die höheren bzw. höchsten Positionen der Sozial- und Berufsstruktur“ eintreten.<sup>165</sup> Als historisches Beispiel nennt Treibel gut ausgebildete und hochqualifizierte Angehörige der russischen Ethnie, die während der Zeit der UdSSR in alle Sowjetrepubliken entsandt wurden und die jeweiligen Gesellschaften überschichteten.<sup>166</sup> Ein weiteres, aktuelleres Beispiel für Überschichtungsphänomene sind die sogenannten „Expats“. Dabei handelt es sich um ebenfalls gut- bis hochqualifizierte Mitarbeiter\*innen internationaler Organisationen und Unternehmen, die (meist temporär) in hohen Positionen im Ausland arbeiten.

## 2.4 Integrationspolitische Paradigmen: Assimilation, Akkulturation, „Melting Pot“

Im folgenden Unterkapitel sollen wesentliche migrations- bzw. gesellschaftspolitische Konzepte und Überlegungen vorgestellt werden, auf welche Weise die Aufnahme von Zuwander\*innen in die Mehrheitsgesellschaft vollzogen werden kann. Es sollen dabei vor allem jene Ansätze skizziert und verglichen werden, die für den Raum Wien relevant sind. Dieser Hinweis ist deshalb von Bedeutung, weil Integrations- und

---

<sup>163</sup> Treibel 2003, 181

<sup>164</sup> Vgl. Treibel 2003, 218

<sup>165</sup> Treibel 2003, 179

<sup>166</sup> Vgl. Treibel 2003, 179



Assimilations-Debatten im internationalen Vergleich sehr unterschiedlich geführt wurden und werden. Insbesondere Ansätze des deutschsprachigen und des angloamerikanischen Raumes unterscheiden sich deutlich voneinander.

### Debatten im US-amerikanischen Raum

Die Assimilationstheorie der stadtsoziologischen Chicago School wurde in Kapitel 2.2 bereits erwähnt. Assimilation wird als etwas gesellschaftspolitisch Anzustrebendes und letztlich Unvermeidbares angesehen, da man von einer vollständigen Anpassung durch sozialen Aufstieg ausgeht.<sup>167</sup>

Allgemein kann man unter Assimilation Prozesse verstehen, „in deren Verlauf Ähnlichkeiten beziehungsweise Stimmigkeiten durch Angleichung, Umwandlung oder Verschmelzung erzeugt werden“. <sup>168</sup> Akkulturation hingegen „bezeichnet [...] Prozesse und Phänomene des Kulturwandels, die durch direkten oder indirekten Kulturkontakt hervorgerufen werden“, stellt also gewissermaßen die Entwicklung hin zur Assimilation dar.<sup>169</sup> Im 19. Jahrhundert waren die Debatten um die gesellschaftliche Eingliederung von Einwander\*innen sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa stark von Assimilation geprägt, wenn auch in unterschiedlicher Weise.

Die USA bzw. US-amerikanische Städte werden häufig mit dem Akkulturationstypus des „Melting Pot“ (deutsch „Schmelztiegel“) in Verbindung gebracht.<sup>170</sup> Den Schmelztiegel zeichnet ein hoher Assimilationsdruck aus, woraus ein einheitlicher Typus entsteht.<sup>171</sup> In biologistischer Logik wurde vom Verschmelzen von „Rassen“ ausgegangen, wodurch die neue „Rasse der Amerikaner“ entstünde.<sup>172</sup> Lange Zeit haftete den USA das Image an, ein solcher Schmelztiegel der Nationen zu sein, eine Behauptung, die ab Mitte des 20. Jahrhunderts immer häufiger als ideologische Konstruktion widerlegt wurde.<sup>173</sup> „Die ethnischen Muster, die immer noch bzw. wieder gesellschaftlich bedeutsam seien, sprächen gegen eine ‚Verschmelzung‘“. <sup>174</sup>

Deutlich stärkeren Einfluss als das Paradigma des Melting Pots hatte die Ideologie der „Anglo-Konformität“. „Sie erwartete von jedem Einwanderer den vollständigen Verzicht

---

<sup>167</sup> Vgl. Treibel 2003, 90

<sup>168</sup> Fröhlich nach Aumüller 2009, 40-41

<sup>169</sup> Aumüller 2009, 43

<sup>170</sup> Vgl. Treibel 2003, 48-50

<sup>171</sup> Vgl. John 2016, 33

<sup>172</sup> Vgl. Treibel 2003, 50

<sup>173</sup> Vgl. Treibel 2003, 48-50

<sup>174</sup> Treibel 2003, 50

auf seine Herkunftskultur zugunsten einer Anpassung an die Werte und an das Verhalten der angelsächsischen Kerngruppe“ und wandte sich in erster Linie gegen asiatische Zuwander\*innen, denen die US-Staatsbürgerschaft nicht mehr verliehen werden sollte.<sup>175</sup> Ihr Höhepunkt lag in der Zeit um den Ersten Weltkrieg.<sup>176</sup>

Im 20. Jahrhundert kam das Konzept des „Kulturellen Pluralismus“ auf. Der Assimilationsdruck des Melting Pot wurde als undemokratisch kritisiert, ihm wurde die Losung der „Vielfalt in der Einheit“ entgegengesetzt – Unterschiede sollten zugelassen werden.<sup>177</sup> Ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts löste dieser Ansatz die zuvor beschriebenen ab, als sich abzuzeichnen begann, dass das Postulat der „natürlichen Angleichung“ nicht eintrat.<sup>178</sup> Die Metapher des Melting Pots wurde durch die der „Salad Bowl“ (Salatschüssel) ersetzt.

### Debatten im deutschsprachigen Raum

Im Unterschied zum US-amerikanischen Raum, wo sich die Debatte um Assimilation traditionell stärker auf (zu assimilierende) Individuen bezieht, stellten im deutschsprachigen Raum vorwiegend Kollektive die Bezugsgröße dar.<sup>179</sup> Die zunehmend populäre Organisations- und Identifikationseinheit des 19. Jahrhunderts war der Nationalstaat. Besonders im deutschsprachigen Raum orientierte man sich an der Idee der Kulturnation, „die vom Prinzip sprachlicher und kultureller Homogenität ausgeht. Assimilation mündet daher notwendigerweise in einen vollständigen Wechsel kultureller Identität.“<sup>180</sup>

Da Assimilationsdebatten im deutschsprachigen Raum noch stärker als im US-amerikanischen entlang völkisch-biologistischer Auffassungen von nationaler Identität verliefen, wurde das Konzept in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend skeptisch beurteilt. Dieses „Unbehagen am Assimilationsbegriff“ muss auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Nationalsozialismus gesehen werden.<sup>181</sup> Kritisiert wurde, dass das Konzept „Vorstellungen von Reinheit einerseits, von Auslöschung

---

<sup>175</sup> Treibel 2003, 50

<sup>176</sup> Vgl. Treibel 2003, 50

<sup>177</sup> Vgl. Treibel 2003, 52

<sup>178</sup> Vgl. Treibel 2003, 53

<sup>179</sup> Vgl. Aumüller 2009, 30

<sup>180</sup> Aumüller 2009, 36

<sup>181</sup> Aumüller 2009, 33

andererseits“ beinhalte und letztlich aus der „Unfähigkeit [...], Differenzen zu ertragen“, resultiere.<sup>182</sup> Die Ablehnung jeglicher ethnisch-kultureller Pluralität sei grundsätzlich problematisch, so Aumüller: „Ein populäres Verständnis von Assimilation setzt eine kulturelle und ethnische Homogenität von Gesellschaft voraus, die in den europäischen Staaten seit der Neuzeit als ein Ideal kultiviert wurde, real aber nie existiert hat.“<sup>183</sup>

Kritiker\*innen rigider Assimilationspolitik sehen in dieser zudem keine Chance für Zugezogene, rascher Teil der Mehrheitsgesellschaft werden zu können, stattdessen bewirke eine derartige Politik in erster Linie Marginalisierung, Kulturkonflikte sowie eine prekäre psychische und soziale Situation der Betroffenen, die sich in „kulturellen Identitätskrisen“ ausdrücke.<sup>184</sup> Gut nachvollziehen lassen sich diese Auswirkungen des Assimilationsdrucks anhand des Beispiels der europäischen Jüd\*innen im 19. Jahrhundert. Die von ihnen eingeforderte Assimilation führte dazu, dass religiös-kulturelle Bräuche nicht mehr gepflegt wurden, weshalb „jüdische Kinder und Jugendliche [...] sehr schnell den Bezug zur Religion ihrer Eltern [verloren], denn diese war bald nicht mehr mit konkreter Alltagserfahrung verbunden, sondern wurde ein Abstraktum“.<sup>185</sup> Der 1897 geborene Berliner Jude und Religionsphilosoph Gershom Scholem schilderte die Erfahrungen, die er im Zuge der Assimilation machte, als „schmerzhaft“ und empfand sie als „Prozess der Auflösung“.<sup>186</sup> Zudem hat die verstärkte jüdische Assimilation paradoxerweise nicht im Geringsten dazu beitragen können, dem virulenten Antisemitismus entgegenzuwirken. Hannah Arendt beurteilte die jüdische Assimilation daher äußerst kritisch und sieht darin einen „Fehlschlag, da er den Juden in Deutschland und Europa keineswegs volle Anerkennung gebracht habe, hingegen aber die Entstehung eines politischen Selbstbewusstseins verhindert habe“.<sup>187</sup> Auf der anderen Seite hingegen argumentierten Fürsprecher\*innen der Assimilation, dass diese auch ein emanzipatorisches Potenzial in sich berge – da sie Menschen, welche aus konservativen (beispielsweise sehr religiösen) sozialen Gruppen stammten, zunehmend säkularisierte Lebensweisen ermöglichte.

---

<sup>182</sup> Aumüller 2009, 41

<sup>183</sup> Aumüller 2009, 39

<sup>184</sup> Aumüller 2009, 41

<sup>185</sup> Aumüller 2009, 149

<sup>186</sup> Aumüller 2009, 149

<sup>187</sup> Aumüller 2009, 151

Im Kontext der Einwanderung von „Gastarbeiter\*innen“ dominierten zwischen den 1960er bis 1980er-Jahren vorwiegend Assimilationskonzepte die Debatte, später wurde „Assimilation zunehmend durch den ‚neutraleren‘ Begriff der Integration abgelöst“, der ebenfalls auf eine Annäherung bzw. Angleichung abzielt.<sup>188</sup> Auch Integration wird als Produkt eines Akkulturationsprozesses angesehen und ist dann gegeben, „wenn das Individuum die Herkunftskultur beibehält und zugleich positive Beziehungen zur Zuwanderungskultur wünscht“.<sup>189</sup>

Das gesellschaftliche Leitbild des Multikulturalismus grenzt sich von der (implizit) erwarteten Aufgabe der kulturellen Identität von Zuwander\*innen ab und vertritt die Forderung, „verschiedene, auch gegensätzliche kulturelle Identitäten“ zuzulassen.<sup>190</sup> Der Ansatz der Integration wird als paternalistisch kritisiert.<sup>191</sup> Die gesellschaftspolitische Auswirkung des Multikulturalismus-Ansatzes beurteilt Treibel wie folgt: „In der öffentlichen Diskussion hat das Schlagwort von der Multikulturalität häufig politische Entschlusslosigkeit überdeckt und interethnische Konflikte harmonisiert.“<sup>192</sup> Weiters komme in der „Vorstellung eines ‚multikulturellen Nebeneinanderherlebens‘“ der Aspekt von Interaktionen und wechselseitigen Beziehungen zu kurz.<sup>193</sup>

Der österreichische Historiker John beschreibt, wie sich die verschiedenen Zugänge zu Migration und Akkulturation räumlich in Städten ausdrücken. Er unterscheidet drei Typen: Den Schmelztiegel, das Mosaik sowie das regionale Zentrum.<sup>194</sup>

Wien entspricht in dieser Einteilung dem Typus des Schmelztiegels. Dieser zeichnet sich durch starke überregionale Zuwanderung und hohen Assimilationsdruck aus – letzterer drückt sich sowohl gesellschaftlich, als auch über explizit auf Assimilation ausgerichtete Politik aus.<sup>195</sup> „Die verschiedenen Ethnien werden zu einem einheitlichen Typus geformt“, in dem Pluralität nicht vorgesehen ist.<sup>196</sup>

Der Typus des Mosaiks sei charakteristisch für US-amerikanische Städte, aber auch für die bukowinische Hauptstadt Czernowitz.<sup>197</sup> In solchen Städten leben

---

<sup>188</sup> Aumüller 2009, 34

<sup>189</sup> Berry nach Aumüller 2009, 43

<sup>190</sup> Treibel 2009, 65

<sup>191</sup> Vgl. Leggewie nach Treibel 2003, 65

<sup>192</sup> Treibel 2009, 65

<sup>193</sup> Vgl. Treibel 2009, 65-66

<sup>194</sup> Vgl. John 2016, 32-40

<sup>195</sup> Vgl. John 2016, 33

<sup>196</sup> John 2016, 33-34

<sup>197</sup> Vgl. John 2016, 34

„verschiedene Ethnien ohne zwingenden Assimilationsdruck zusammen[...]; dies kann in mehr oder weniger segregierten oder auch integrierten Formen der Fall sein“.<sup>198</sup> Als Beispiele nennt John US-amerikanische Einwanderungsstädte mit ethnischen Vierteln („China-Town“, „Little Italy“, etc.).

Der dritte Typus des regionalen Zentrums ist ebenfalls stark durch Zuwanderung geprägt, allerdings „in erster Linie durch Formen der Nahwanderung. Die Migration erfolgte hauptsächlich aus der jeweiligen das Zuwanderungsziel umgebenden Region.“<sup>199</sup>

---

<sup>198</sup> John 2016, 34

<sup>199</sup> John 2016, 34

### 3. Die tschechische Zuwanderung nach Wien im 19. Jahrhundert<sup>200</sup>

Die starke tschechische Zuwanderungsbewegung des 19. Jahrhunderts war keinesfalls ein Novum in der Geschichte Wiens. Laut der Historikerin Monika Glettler, die viel zu den Wiener Tschech\*innen forschte und publizierte, geht die „Anwesenheit von Böhmen, Mähren und Slowaken in Wien“ bereits auf das Hochmittelalter zurück.<sup>201</sup>

Die erste große Wanderungsbewegung von Tschech\*innen nach Wien erfolgte kurz nach der ersten Türkenbelagerung (1529).<sup>202</sup> Ein relativ prominenter Brünner, der allerdings bereits zwei Jahrzehnte zuvor nach Wien gezogen war, war der Baumeister Hans Čert (auch Tschertte, Namensgeber der heutigen Meidlinger Tscherttegasse). Er wurde in den frühen 1520er Jahren mit der Errichtung von Verteidigungsanlagen zur Abwehr der Osmanen betraut, da er auf dem Gebiet des Befestigungswesens eine hohe Expertise hatte.<sup>203</sup> 1531 warb Čert gezielt Arbeiter\*innen aus Böhmen an, um den Ausbau der Wiener Befestigungsanlagen voranzutreiben – diese große Zuwanderungsbewegung sei aber bis heute wenig erforscht, so Glettler, und man wisse wenig über das zahlenmäßige Ausmaß der Zuwanderung und das weitere Schicksal dieser frühen Arbeitsmigrant\*innen.<sup>204</sup>

Auch das Todesjahr Rudolfs II. (1612) war eine Zäsur für den tschechischen Zuzug nach Wien, weil ab dem Folgejahr „Archive und Ämter nun endgültig nach Wien übersiedelten und Prag an Bedeutung zu verlieren begann“.<sup>205</sup> Glettler sieht hier den Beginn einer ständigen Zuwanderung von Tschech\*innen nach Wien, da nun der Adel sowie höhere Beamte mitsamt Dienstpersonal verstärkt in die Reichshauptstadt zogen.<sup>206</sup> Während die Wurzeln dieser Zuzugsbewegung hauptsächlich im Feudalsystem und weniger in der ökonomischen Benachteiligung tschechischer Regionen lagen, kam es im 18. Jahrhundert verstärkt zu einem Zuzug von Tschech\*innen mittlerer und unterer sozialer Schichten und es kamen nunmehr „Handwerker, Kleingewerbetreibende, Kaufleute, Dienstboten und Lehrlinge“.<sup>207</sup>

---

<sup>200</sup> Ist in der vorliegenden Arbeit von Tschech\*innen die Rede, sind damit die Länder der böhmischen Krone gemeint.

<sup>201</sup> Glettler 1985, 10

<sup>202</sup> Vgl. Glettler 1985, 10

<sup>203</sup> Vgl. Glettler, 10-11

<sup>204</sup> Glettler 1985, 12

<sup>205</sup> Glettler 1985, 12

<sup>206</sup> Glettler 1985, 12

<sup>207</sup> Glettler 1985, 12

Die vermehrte tschechische Zuwanderung setzte sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts fort, sie konzentrierte sich damals auf die heutigen Bezirke Landstraße und Wieden (damals Vorstädte von Wien).<sup>208</sup> In diesen Vorstädten gab es „Gaststätten, in denen [vorwiegend, Anm.] tschechisch gesprochen wurde“ und die behördliche Weisung bestand, „Verlautbarungen auch in tschechischer Sprache zu verkünden“. <sup>209</sup> In die damalige Zeit (die Periode des aufgeklärten Absolutismus) fallen auch die Einführung von Tschechisch als Unterrichtsfach an der Militärakademie Wiener Neustadt sowie die Schaffung eines Lehrstuhls für Tschechisch an der Universität Wien (1775).<sup>210</sup>

Das nächste, viel bedeutendere Zuwanderungsereignis von Tschech\*innen nach Wien erfolgte ab Mitte des 19. Jahrhunderts und hielt bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs an.<sup>211</sup> Glettler schreibt, dass um 1850 etwa 248.000 Einheimische und 165.000 Fremde (wovon ca. die Hälfte aus Böhmisches Kronländern kamen) in Wien lebten.<sup>212</sup> Das entspricht einem Verhältnis von 1:1,5 – auf drei einheimische Wiener\*innen kamen zwei zugewanderte. Die bereits in Tabelle 1 dargestellte Zunahme der anwesenden Bevölkerung Wiens ging einher mit einer „raschen Abnahme der dort Heimatberechtigten, die von 70 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahre 1830 auf 35,2 Prozent im Jahr 1880 gesunken war“. <sup>213</sup>

Als wesentliche Ursache für den starken Zustrom aus Böhmen und Mähren nennt Glettler, dass aufgrund der enormen Bautätigkeit im wachsenden Wien sowie dem generellen wirtschaftlichen Aufschwung, den die Reichshauptstadt verzeichnete, ein großer Arbeitskräftebedarf herrschte.<sup>214</sup> Man könnte dies als Push-Faktor interpretieren.

Wohl nicht zuletzt auch aufgrund dieses enormen Arbeitskräftebedarfs war die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts von relativ liberalen migrationsrechtlichen Rahmenbedingungen geprägt. Im Falle der Zuwanderung aus den Österreichischen Erbländern (also Böhmen, Mähren, Schlesien, ...) handelte es sich rechtlich gesehen um Binnenmigration, da es sich um eine Wanderung innerhalb der Österreichischen Reichshälfte

---

<sup>208</sup> Glettler 1985, 14

<sup>209</sup> Glettler 1985, 14

<sup>210</sup> Vgl. Brousek 1980, 12-13

<sup>211</sup> Vgl. Glettler 1985, 14

<sup>212</sup> Vgl. Glettler 1985, 14

<sup>213</sup> Glettler 1985, 14

<sup>214</sup> Vgl. Glettler 1985, 14

handelt und somit rechtlich kein Unterschied bestand, ob die Zuwanderung aus dem südlichen Mähren oder aus dem nördlichen Niederösterreich erfolgte.

Trotz dieser grundsätzlich liberalen rechtlichen Rahmenbedingungen, auf die in Kapitel 3.2 noch näher eingegangen werden soll, war das 19. Jahrhundert aber auch das Zeitalter der Entstehung und Popularisierung des Nationalismus – einer Ideologie, die ein vollkommen neues Verständnis von Staat und Gesellschaft (bzw. Volk und Nation) hatte, als es bis dahin vorherrschend war. Auch im Österreichisch-Ungarischen Vielvölkerstaat nahmen die nationalen Spannungen entlang der neuen Trennlinien zu. Sie spitzten sich im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts besonders zu. Im Jahr 1897 kumulieren mehrere Ereignisse, die darauf schließen lassen, wie aufgeheizt die Stimmung in Wien war: Im April wurde der für seinen Antisemitismus und Rassismus bekannte Christlichsoziale Karl Lueger Bürgermeister (zwar war er zuvor schon vier Mal zum Bürgermeister gewählt worden, doch verhinderte Kaiser Franz Joseph seine Ernennung, weil er dessen Antisemitismus ablehnte).<sup>215</sup> Im November 1897 gab es Massendemonstrationen gegen eine neue Sprachenverordnung, welche die tschechische Sprache in Böhmen und Mähren zur Amtssprache erklärte, was die Deutschnationalen strikt ablehnten. In der Folge kam es zu heftigen Demonstrationen in Wien und anderen größeren Städten der Habsburgermonarchie (Badeni-Krawalle).

Die den Wiener Tschech\*innen theoretisch offenstehende Möglichkeit, angesichts von immer zunehmender Diskriminierung und Willkür in ihre Heimat zu remigrieren, war aber de facto keine realistische Option gewesen, da Wien die mit Abstand bedeutendste Industriestadt des Habsburgerreiches war und die Migration für viele Tschech\*innen, die aus agrarisch geprägten Regionen stammten, eine Notwendigkeit war bzw. als einzige Beschäftigungsmöglichkeit erachtet wurde.<sup>216</sup>

### 3.1 Ursachen der tschechischen Zuwanderung nach Wien

Was die Bestimmung der Gründe für die Migrationsbewegung betrifft, so gibt es eine Vielzahl an Herangehensweisen. Grundsätzlich kann man die Ursachen der Migrationsbewegung in sozialhistorischen Prozessen sehen, die ganz (Mittel-)Europa auf eine ähnliche Weise betroffen und geprägt haben.

---

<sup>215</sup> Vgl. Lehner 2016, 463

<sup>216</sup> Vgl. Glettler 1985, 28-29



So können die Ursachen beispielsweise in der Entwicklung der Industrialisierung gesehen werden. Diese prägte ganz Europa nachhaltig und löste eine enorme wirtschaftliche Dynamik aus. Es setzte eine Landflucht zugunsten der Zentren ein, hier gab es Beschäftigung in der Industrie, aber auch im Dienstleistungsbereich: Das aufstrebende Bürgertum hatte einen hohen Bedarf an Dienstpersonal. Im Wien des 19. Jahrhunderts wurde dieser Bedarf beispielsweise durch vorwiegend tschechische Dienstmädchen und -bot\*innen gedeckt.<sup>217</sup> Um die Jahrhundertwende waren zwischen 80 und 98 Prozent des Dienstpersonals der europäischen Städte weiblich.<sup>218</sup>

Ein weiterer sozialgeschichtlicher Erklärungsansatz liegt in der Betonung der Entwicklungsunterschiede und einseitigen Abhängigkeiten zwischen Zentrum und Peripherie: Die Industrialisierung bewirkt Zentralisierungsprozesse und damit (Ab-)Wanderungsbewegungen von der Peripherie in die Zentren. Periphere Regionen in Böhmen, Mähren, Schlesien (und weiterer Teile des Vielvölkerstaates) bildeten das „Arbeitskräftereservoir“ des Wiener Zentralraumes.<sup>219</sup> In der Folge kam es zu einer regelrechten „Depopulation“ dieser Regionen, die größtenteils kaum industrialisiert waren. Zudem waren viele dieser Regionen von der Agrarkrise besonders stark betroffen, weshalb große Gebiete im Süden von Böhmen und Mähren verarmten.<sup>220</sup>

Zudem war das 19. Jahrhundert von infrastrukturellen Innovationen geprägt: Es war das mobile Zeitalter, in dem die Überwindung von Distanzen leichter war als je zuvor. Ein wesentlicher Faktor liegt in der Entwicklung des Eisenbahnnetzes, wodurch Wanderungen über große Distanzen in relativ kurzer Zeit möglich wurden, was Arbeitsmigration zusätzlich begünstigte.<sup>221</sup> Zudem waren und sind „inner- und interkontinentale Wanderungen [...] typische Erscheinungen in der Phase der Auflösung von Agrargesellschaften und dem Hineinwachsen in industrialisierte Gesellschaftsformen.“<sup>222</sup>

Neben den soeben beschriebenen Erklärungsansätzen, die großräumige Prozesse in den Fokus stellen, lassen sich auch konkrete, regional wirksame Faktoren bestimmen, die Ab- und Zuwanderung fördern. Im Sinne des – bereits in Kapitel 2 erwähnten Push-

---

<sup>217</sup> Vgl. Wonisch 2010, 213

<sup>218</sup> Vgl. Steidl 2017, 74

<sup>219</sup> Brousek 1980, 22

<sup>220</sup> Brousek 1980, 22

<sup>221</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 89

<sup>222</sup> John und Lichtblau 1993, 11

und Pull-Modells – erachten John und Lichtblau für die Migrationsbewegung des 19. Jahrhunderts besonders Pushfaktoren als zentral.

Die Analyse „von lebensgeschichtlichen Aufzeichnungen tschechischer Wanderarbeiter, die nach Wien zogen, ergibt ein eindeutiges Übergewicht des Faktors Arbeitsplatzsuche.“<sup>223</sup>

#### Push-Faktoren, welche Abwanderung begünstigen

In den ruralen Regionen der Monarchie gab es einen Mangel an Arbeitsplätzen und nicht nur die allgemeine Lebensqualität, sondern auch die Möglichkeiten, diese individuell zu verbessern, waren überaus gering.<sup>224</sup> Das Leben in der Landwirtschaft spielte sich traditionell am Existenzminimum ab, geringe Erträge mussten häufig mit Neben-erwerb (oft in Heimarbeit) kompensiert werden. Ein ausgeprägtes Lohngefälle zwischen Stadt und Land war evident. „Diese unhaltbare Situation legte es nahe, zur Lebensgestaltung nach Alternativmöglichkeiten zu suchen.“<sup>225</sup>

Demgegenüber herrschte in Wien, als Folge von Industrialisierung und Modernisierung, ein Bedarf an Arbeitskräften. Wien war als Metropole deutlich attraktiver und vielversprechender als die strukturschwachen Regionen Böhmens und Mährens. Daneben gab es noch individuelle Motive, beispielsweise die „Flucht aus der dörflichen Normenkontrolle, personen- und familienbezogene Ursachen, wie Entlastung des Familienhaushaltes, Familiennachzug oder Migration wegen innerfamiliärer Probleme.“<sup>226</sup>

Die Modernisierung gesellschaftlicher Verhältnisse ermöglichte Wanderungen, denn erst mit der Abschaffung der Leibeigenschaft hatte die Landbevölkerung die formale Freiheit, Beruf und Wohnsitz selbst zu wählen.<sup>227</sup> Damit einhergehend erfolgte auch eine „Proletarisierung der Landbevölkerung“.<sup>228</sup> Die einstmals personale und direkte Herrschaftsform wurde im Zuge der Etablierung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse abgeschafft und die noch dem Mittelalter entstammende direkte Herrschaft über „Familie und Gesinde“ wurde durch Dienstverträge nach bürgerlichen Prinzipien

---

<sup>223</sup> John und Lichtblau 1993, 91

<sup>224</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 91

<sup>225</sup> John und Lichtblau 1993, 91

<sup>226</sup> John und Lichtblau 1993, 91

<sup>227</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 92

<sup>228</sup> John und Lichtblau 1993, 92

abgelöst.<sup>229</sup> Hierin liegt die Bedingung für den im marxischen Sinne „doppelt freien Lohnarbeiter“, der formal-juristisch frei (von Leibeigenschaft) ist, allerdings auch über keine Produktionsmittel verfügt (frei von Eigentum ist). Die „Freisetzung der Landbevölkerung war eine Voraussetzung der Bildung der Arbeiterklasse“, welche wiederum zentrale Bedeutung für die Industrialisierung hatte.<sup>230</sup>

Parallel zur Proletarisierung verlief der Prozess der Pauperisierung der Landbevölkerung: Die formaljuristische Befreiung der Landbevölkerung „machte den Bauern zum Herren seines Landes und seiner Arbeitskraft“. Im Laufe des 19. Jahrhunderts setzte sich die kapitalistische Rationalität zunehmend durch, was dazu führte, dass die (klein-)bäuerliche Subsistenzwirtschaft ab- und marktorientierte Produktion zunahm, wodurch sich die Abhängigkeit der Bauern vom Markt vergrößerte.<sup>231</sup> Diese verstärkte Abhängigkeit hatte fatale Folgen: In den 1880er Jahren kam es zu starken Preisstürzen bei landwirtschaftlichen Produkten (Getreide, Zucker), was drastische Auswirkungen auf die in der Landwirtschaft beschäftigte Bevölkerung hatte. Die stark auf Getreideproduktion ausgerichteten Gegenden im Süden und Südwesten Böhmens waren vom Preisverfall des Getreides besonders betroffen. Hier handelte es sich überwiegend um Kleinstbetriebe in Familienbesitz, die besonders stark unter Druck geraten waren, da die Landwirtschaft nicht mehr genug Einkommen für die ganze Familie abwarf.<sup>232</sup> In der Folge war der Familienverband auf zusätzliche Einkommensquellen angewiesen – dieses zusätzliche Einkommen fand man häufig über die Arbeitssuche in den Zentren.

#### Pull-Faktoren, welche Zuwanderung begünstigen:

Wiens Image des späten 19. Jahrhunderts ist nicht zu unterschätzen – die Metropole Wien hatte eine hohe Strahlkraft. Die „Bilder von Wien als Metropole, der Stadt des Kaisers, der Kultur und des Vergnügens“ hatten zweifelsohne eine gewisse Anziehungskraft.<sup>233</sup> Aber viel stärker noch erzeugte der Arbeitskräftebedarf eine überregional wirkende Sogwirkung.<sup>234</sup> Wien als industrielles Zentrum übte eine Anziehungskraft bis an die – geografisch weit entfernten – Grenzen des Vielvölkerstaates aus. Es war ein attraktiver Wirtschaftsstandort für die Großindustrie, da eine hohe Zahl an

---

<sup>229</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 92

<sup>230</sup> John und Lichtblau 1993, 92

<sup>231</sup> John und Lichtblau 1993, 92

<sup>232</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 92

<sup>233</sup> John und Lichtblau 1993, 91

<sup>234</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 93

unqualifizierten Arbeitssuchenden, die aus den ländlichen Regionen nach Wien strömten, vorhanden war – eine, könnte man sagen, „industrielle Reservearmee“.<sup>235</sup>

Des Weiteren verzeichnete Wien in der Folge der Napoleonischen Kriege (1803-1815) ab den 1820er Jahren einen regelrechten Konjunkturaufschwung, der einen Bauboom in und um Wien zur Folge hatte.<sup>236</sup> Durch das Anwachsen der Bevölkerung stieg der Bedarf an Wohnraum. Nach 1848 kam es darüber hinaus zu städtebaulichen Modernisierungen wie der Abtragung der Stadtmauer, dem Bau der Ringstraße und den Stadterweiterungen.<sup>237</sup>

Die Arbeitsmigrant\*innen hatten aber nicht nur für die Industrie, sondern auch für das (Klein-)Gewerbe eine große Bedeutung. Vor allem in Bereichen mit geringem gesellschaftlichem Ansehen (und damit einhergehend schlechten Arbeits- und Lohnbedingungen) gab es einen Mangel an Arbeiter\*innen.<sup>238</sup> John und Lichtblau führen dazu die Erzählung eines Schuhmachers aus dem Jahr 1893 an, der berichtet, dass Wiener Meister keine Lehrlinge mehr finden würden, da die Bedingungen so unattraktiv wären, dass „kein Wiener sich herbeilässt, seinen Buben Schuhmacher werden zu lassen“.<sup>239</sup> Daher griffen die Wiener Meister bevorzugt auf junge Tschechen zurück, die nach Wien kamen (bzw. geschickt wurden), um hier eine Lehre zu machen.

### 3.2 Rechtliche Rahmenbedingungen

Ein Spezifikum des 19. Jahrhunderts war, dass Migration damals unter vergleichsweise liberalen (bzw. nationalliberalen) politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen erfolgte.<sup>240</sup> Es herrschte Migrationsfreiheit im Vielvölkerstaat und Wanderungen waren über die Landes- und Sprachgrenzen hinweg möglich.<sup>241</sup>

Das bedeutete allerdings nicht, dass jene, die aus anderen Regionen der Monarchie zugezogen waren, rechtlich der einheimischen Bevölkerung gleichgestellt waren. Die Migrationsbewegung des 19. Jahrhunderts „nach Wien war während der Monarchie im wesentlichen eine Binnenmigration und wurde legislatisch über das Heimatrecht

---

<sup>235</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 94

<sup>236</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 93

<sup>237</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 93

<sup>238</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 94

<sup>239</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 94

<sup>240</sup> Vgl. John 2016, 24-25

<sup>241</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 91

geregelt.“<sup>242</sup> Das 1849 eingeführte Heimatrecht galt neben dem Staatsbürgerschaftsrecht, es definierte Rechte und Pflichten der Bürger\*innen gegenüber der Gemeinde, in der man lebte. 1863 wurde das Wiener Heimatrecht verschärft, die Verleihung an Migrant\*innen wurde erschwert, 1901 wurde diese Verschärfung gelockert.<sup>243</sup>

Das Heimatrecht war das grundsätzliche „Recht auf ungestörten Aufenthalt in der Heimatgemeinde und den Anspruch auf Armenversorgung.“<sup>244</sup> Wer außerhalb seiner Heimatgemeinde lebte, hatte diese Rechte nicht. John betont, dass das Heimatrecht eine stark desintegrative Wirkung hatte, da beispielsweise auch in Wien Geborene nicht automatisch heimatberechtigt waren, wodurch hunderttausende zu „Fremden im eigenen Land“ wurden.<sup>245</sup> Zudem war das Heimatrecht in der Ausrichtung sehr restriktiv: „Im Falle der Verarmung oder bei Kleinkriminalität konnte jede ‚fremde‘ Person, gleichgültig ob sie aus Rovereto, Lemberg oder Ragusa, aus Hohenau, Mistelbach oder Steyr stammte, in die Heimatgemeinde abgeschoben werden.“<sup>246</sup>

Bis das Heimatrecht 1901 reformiert wurde, hatte man „keinen Anspruch auf eine Ersetzung des Heimatrechtes“.<sup>247</sup> Die Novelle von 1901 sah vor, dass nach zehn Jahren ununterbrochenem, freiwilligem und unbescholtenem Aufenthalt ein Anspruch auf das Wiener Heimatrecht bestehe.<sup>248</sup> Hannelore Burger konstatiert allerdings, dass arme Menschen hinsichtlich des Erwerbs des Wiener Heimatrechtes weiterhin stark benachteiligt waren:

„Grundsätzlich sollte zwar jenen Staatsbürgern, welche sich über einen so langen Aufenthalt ‚freiwillig und ununterbrochen in der Gemeinde aufgehalten‘ hatten, das Heimatrecht ‚nicht versagt werden‘, doch in der Praxis hatten Arme kaum eine Chance auf Aufnahme. Zunehmend wurde der Streit um das Heimatrecht Teil der sozialen Frage.“<sup>249</sup>

Burger zitiert den damaligen Anwalt Julius Ofner, der 1905 anprangerte, dass besonders „wohlhabende Gemeinden“ Menschen, die zum Teil „über dreißig, vierzig Jahre [...] makellos gelebt hatten, jedoch arm waren“ das Heimatrecht verweigerten.<sup>250</sup>

---

<sup>242</sup> John und Lichtblau 1993, 91

<sup>243</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 266

<sup>244</sup> John und Lichtblau 1993, 13

<sup>245</sup> Vgl. John 2016, 25

<sup>246</sup> John 2016, 25

<sup>247</sup> John 2016, 25

<sup>248</sup> Vgl. John 2016, 25

<sup>249</sup> Burger 2014, 91

<sup>250</sup> Burger 2014, 91

Wie restriktiv und desintegrativ das Heimatrecht in der Praxis war, zeigt sich anhand der zahlenmäßigen Entwicklung der Heimatberechtigten. Wie bereits erwähnt, nahm mit dem Wachstum der Bevölkerung Wiens im 19. Jahrhunderts der Anteil der in Wien Heimatberechtigten stark ab. Waren 1830 noch rund 70% der in Wien lebenden Bevölkerung auch in Wien heimatberechtigt, sank deren Anteil auf 35,2% (1880) bzw. 30,9% (1900).<sup>251, 252</sup> Die in Wien lebende, aber nicht in Wien heimatberechtigte Bevölkerung machte also im späten 19. Jahrhundert beinahe zwei Drittel der Bewohner\*innen Wiens aus.

### 3.3 Verlauf der Migrationsbewegung

Wie bereits einleitend erwähnt, gibt es eine jahrhundertelange Geschichte der Tschech\*innen in Wien. Eine erste größere Zuwanderung von Tschech\*innen erfolgte, wie bereits erwähnt, um die Zeit der ersten Türkenbelagerung – im damaligen Fall kann man bereits von einer Arbeitsmigration sprechen, da die tschechischen Zuwander\*innen für den Bau der Stadtbefestigungsanlagen zur Abwehr der Osmanen angeworben wurden. Über das Schicksal der damals zugewanderten Tschech\*innen ist nicht viel bekannt. Die zweite Zuwanderungsbewegung von Tschech\*innen nach Wien erfolgte Mitte des 18. Jahrhunderts. Einen besonders starken Zuwachs an Tschech\*innen verzeichneten die damaligen Vorstädte der heutigen Bezirke Landstraße und Wieden.

Der dritte große Zuzug von Tschech\*innen setzte in den Zwanzigerjahren des 19. Jahrhunderts ein, wuchs in den folgenden Jahrzehnten an, stagnierte ab der Jahrhundertwende und fand mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914) ein abruptes Ende.<sup>253</sup>

Um 1830 wurde die Zahl der Tschech\*innen in Wien auf 40.000 bis 45.000 geschätzt.<sup>254</sup> Da die Gesamtzahl der aus der österreichischen Provinzen stammenden Fremden in Wien zu dieser Zeit bei rund 82.400 Personen lag, bedeutet das, dass die Tschech\*innen um 1830 bereits mehr als die Hälfte der in Wien lebenden Fremden

---

<sup>251</sup> Vgl. Glettler 1996, 103

<sup>252</sup> Vgl. John 2016, 33

<sup>253</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 18

<sup>254</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 18

(aus österreichischen Ländern) ausmachten. 1851 dürfte die Zahl der Tschech\*innen in Wien Schätzungen zufolge auf 83.000 Personen angewachsen sein.<sup>255</sup>

Der genaue Verlauf der Zuwanderungsbewegung kann bis Mitte des 19. Jahrhunderts nur geschätzt werden. Ab 1857 wurden Geburtsort und Heimatberechtigungen der Wiener Bevölkerung statistisch erhoben, ab 1880 die in Haushalten verwendete Umgangssprache. Der zahlenmäßig stärkste Zuzug von Tschech\*innen erfolgte in der Dekade der 1880er Jahre:

„Allein in der Zeit von 1880 bis 1890 wanderten 237.303 in den böhmischen Ländern heimatberechtigte Personen nach Niederösterreich zu; dies waren über neun Zehntel des gesamten Bevölkerungsverlustes der böhmischen Länder.“<sup>256</sup>

Diese drei unterschiedlichen amtlichen Erhebungskriterien (Geburtsort, Heimatberechtigung und Umgangssprache) liefern mitunter sehr divergierende Zahlen (siehe Tabelle 2). Glettler sieht jedoch keine Notwendigkeit, an der „relativen Richtigkeit“ der Zahlen zu zweifeln. Dennoch verweist sie auf Arbeiten, die sich kritisch mit den statistischen Materialien auseinandersetzen – bestand im Zeitalter der nationalen Bewegungen doch eine starke Tendenz zur national bzw. ideologisch motivierten Auslegung.<sup>257</sup> Auch John stellt die Aussagekraft der Umgangssprachenstatistik in Frage, da sie zum einen keine Rückschlüsse „auf die Herkunft der Zuwanderer“ zulässt, zum anderen, weil die erfragte Umgangssprache unklar definiert worden sei und zum Zeitpunkt der Erhebung ein „gewisser [gesellschaftlicher, Anm.] Druck“ bestand.<sup>258</sup>

*Tabelle 2 – Die Zahl der Tschech\*innen in Wien nach Umgangssprache, Geburtsort und Heimatberechtigung*

|                                            | 1880    | 1890    | 1900    | 1910    |
|--------------------------------------------|---------|---------|---------|---------|
| Tschech. Umgangssprache <sup>259</sup>     | 25.186  | 63.834  | 102.974 | 98.461  |
| Tschech. Geburtsort <sup>260</sup>         | 188.379 | 354.423 | 411.037 | 467.158 |
| Tschech. Heimatberechtigung <sup>261</sup> | 215.522 | 453.119 | 518.333 | -       |

Quelle: Brousek 1980, 23 (Zeile 1); John und Lichtblau 1993, 14-16 (Zeilen 2 und 3)

Bei Betrachten der obenstehenden Tabelle fällt auf, dass die Zahl der in Tschechien Heimatberechtigten deutlich höher war, als die der in Tschechien Geborenen. Das liegt

<sup>255</sup> Czoering nach John und Lichtblau 1993, 18

<sup>256</sup> Brousek 1980 22

<sup>257</sup> Vgl. Glettler 1972, 27-29

<sup>258</sup> John 2016, 25

<sup>259</sup> Vgl. Brousek 1980, 23

<sup>260</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 14-15

<sup>261</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 16

wohl zu einem großen Teil an der Tatsache, dass die Heimatberechtigungen der Eltern an Kinder weitergegeben wurde (bzw. die Heimatberechtigung des Ehemannes bei Eheschließung an die Ehefrau übergang).<sup>262</sup>

Für die Entwicklung des Anteils der Tschech\*innen in Wien bzw. den Verlauf der Migrationsbewegung ist es durchaus relevant, die große Bedeutung der Saisonarbeit sowie die generelle konjunkturelle Abhängigkeit der Zuwanderung bei Zählungen zu beachten. Die bereits erwähnte Auffassung, dass die Zahlen der amtlichen Statistik mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren sind, begründen John und Lichtblau auch mit der Erfassung des Bevölkerungsstandes anhand der „anwesenden Bevölkerung“. Ein großer Teil der Wiener Tschech\*innen war in Branchen tätig, die auf Saisonarbeit basierten: „Ziegelei- und Bauarbeiter, das Gesinde beim meist adeligen Großgrundbesitz, die Lehrlinge, Studenten [...]“, um nur einige Gruppen zu nennen.<sup>263</sup> Zugehörige dieser Branchen zogen also in den Monaten, in denen es keine Beschäftigung gab, in die Heimat zurück und kamen in der nächsten Saison wieder. Die Volkszählungen wurden allerdings immer zu Jahresende durchgeführt, also just in jener Zeit, als Saisonarbeiter in ihre Heimat zurückgekehrt waren – sie scheinen daher in diesen Erhebungen nicht auf.<sup>264</sup> Des Weiteren war die Zuwanderung stark von der wirtschaftlichen Entwicklung geprägt: „Die Zuwanderung stand auch in enger Verknüpfung mit Konjunkturverläufen und den Bedürfnissen des Wiener Arbeitskräftemarktes.“<sup>265</sup>

Die Wanderungsbewegung des späten 19. Jahrhunderts erfolgte häufig in Zwischenstufen und war „vielfach eine Land-Stadt-Stadt-Wanderung“.<sup>266</sup> Außerdem lässt sich eine relativ hohe Tendenz der Fluktuation beobachten. Glettler zog in diesem Zusammenhang den häufig zitierten Vergleich des „Wiener Tschechentums“ in der Hochphase der Zuwanderung mit einem Hotel, „das zwar stets besetzt war, aber immer wieder von anderen Leuten“.<sup>267</sup> Sie zeichnet das Bild eines „ständigen Nachströmens“ und „Abwanderns“, was zu einem Teil an der erwähnten Saisonarbeit liegt, zu einem anderen Teil aber auch daran, dass viele nach Wien gezogene Tschech\*innen häufig auch wieder in ihre Herkunftsgebiete zurückwanderten: „Sobald in Wien das von den Zuwanderern erstrebte Ziel erreicht war, kehrte ein Großteil wieder in die böhmischen

---

<sup>262</sup> Vgl. John 2016, 42

<sup>263</sup> Glettler 1972, 41

<sup>264</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, , 18

<sup>265</sup> John und Lichtblau 1993, 91

<sup>266</sup> John und Lichtblau 1993, , 91

<sup>267</sup> Glettler 1972, 41



Länder zurück; sei es, daß man durch die Arbeit genügend Geld erspart hatte, um den heimatlichen Hof zu entschulden, sei es, um ein eigenes Gewerbe aufzumachen.“<sup>268</sup> Die Rückkehrer\*innen brachten „Mittel für eine wirtschaftliche Weiterentwicklung“ mit aus Wien und manche von ihnen „wurden in ihrem Heimatort eine Autorität in arbeits-, sozial- oder bildungspolitischen Fragen“.<sup>269</sup>

Wie stark die Fluktuation in der tschechischen Community in Wien um die Jahrhundertwende war, veranschaulicht Glettler anhand des regen tschechischen Vereinswesens: So war es keine Seltenheit, dass innerhalb eines Jahres gleich viele Mitglieder aus Wien wegzogen (und somit austraten), wie neu Hinzugezogene dem Verein beitraten. Zahlreiche Vereine wurden auf diese Weise innerhalb kürzester Zeit komplett „erneuert“, wie beispielsweise der Sokol-Verein oder die Arbeiterturnvereine.<sup>270</sup>

### 3.4 Herkunft und soziodemografische Zusammensetzung

Eine Besonderheit des gründer- und spätgründerzeitlichen Wiens war, dass es als Primatstadt Menschen aus allen Teilen der Monarchie anzog. Die anderen Großstädte des Vielvölkerstaates (wie Lemberg, Prag oder Brünn) zogen hauptsächlich Menschen aus jenen Gebieten an, die innerhalb der jeweiligen Landesgrenzen lagen. Im folgenden Unterkapitel sollen die geografische Herkunft der böhmischen und mährischen Zuwander\*innen beleuchtet werden sowie deren soziodemografische Zusammensetzung.

#### Regionale Herkunft:

Wie bereits erwähnt wurden ab 1857 Aufzeichnungen über die Geburtsorte und Heimatberechtigungen der Wiener Bevölkerung geführt, 1880 kam die Umgangssprachenerhebung hinzu.<sup>271</sup> Diese drei Datenbestände sind für die Klärung der regionalen Herkunft der Zuwander\*innen des 19. Jahrhunderts sehr praktisch: Zwar gibt es eine Reihe an berechtigten Kritikpunkten darüber, dass die Statistiken einzeln herangezogen jeweils nur mit Vorsicht zu genießen sind. So wäre es beispielsweise nicht korrekt anhand der offiziellen Umgangssprachenstatistik Rückschlüsse auf die Anzahl an Tschech\*innen in Wien zu ziehen, da der Assimilierungsdruck nicht zu unterschätzen

---

<sup>268</sup> Glettler 1972, 42

<sup>269</sup> Glettler 1972, 43

<sup>270</sup> Vgl. Glettler 1972, 41

<sup>271</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 18

war und somit die Zahl jener, die sich zur tschechischen Sprache bekannten, wohl niedriger war, als die Zahl der tatsächlich Tschechisch Sprechenden. Andererseits ist es naheliegend, die Sprache miteinzubeziehen, da die alleinige Heimatberechtigung oder Geburt in einem böhmischen oder mährischen Bezirk noch nichts darüber aussagte, welche Sprache eine Person sprach bzw. zu welcher Nation sie sich bekannte, da es in Böhmen und Mähren auch eine große deutschsprachige Minderheit gab.

Was die Zuwanderung aus Böhmen betrifft, so stammte „der Großteil der böhmischen Zuwanderer Wiens [...] aus den südlichen, an Österreich und Bayern und Mähren angrenzenden Bezirken, hingegen war die Zuwanderung aus den industrialisierten nördlichen Gebieten eher gering“.<sup>272</sup> Der größere Teil der tschechischen Zuwander\*innen stammte jedoch aus Mähren und kam vor allem aus den „südlichen, an Niederösterreich und Böhmen angrenzenden Bezirke[n]“.<sup>273</sup> Mähren war im Vergleich mit Böhmen insgesamt eine homogenere Region, die südlichen Bezirke unterschieden sich nicht so stark von den nördlichen Bezirken, wie das in Böhmen der Fall war.<sup>274</sup>

Da sowohl die böhmischen als auch die mährischen Bezirke ethnisch (bzw. sprachlich) heterogen waren, lohnt sich ein genauerer Blick darauf, aus welchen Sprachbezirken die meisten Zuwander\*innen kamen. Von den 1910 in Wien lebenden, aber in Tschechien geborenen Wiener Tschech\*innen kamen:

- „206.133 (44,1%) aus Bezirken, in denen über 90% der Bevölkerung tschechische Umgangssprache angab
- 133.198 (28,6%) aus Bezirken, in denen zwischen 50 und 90% der Bevölkerung Tschechisch angab
- 53.425 (11,4%) aus Bezirken, in denen über 90% der Bevölkerung Deutsch angab
- 74.402 (15,9%) aus Bezirken, in denen zwischen 50 und 90% der Bevölkerung Deutsch angab.“<sup>275</sup>

Aus diesen Zahlen kann man schließen, dass fast drei Viertel der tschechischen Zuwander\*innen tschechisch- und rund ein Viertel deutschsprachig waren.

---

<sup>272</sup> John und Lichtblau 1993, 18

<sup>273</sup> John und Lichtblau 1993, 18

<sup>274</sup> John und Lichtblau 1993, 18

<sup>275</sup> John und Lichtblau 1993, 18

## Soziodemografische Zusammensetzung:

*Tabelle 3 - Altersstruktur der tschechisch- und deutschsprachigen Bevölkerung Wiens (1900).*

| Alterskohorten (1900) | Tschechischsprachige Wiener*innen | Deutschsprachige Wiener*innen |
|-----------------------|-----------------------------------|-------------------------------|
| 1-10 Jahre            | 18,5                              | 18,5                          |
| 11-20 J.              | 20,7                              | 17,5                          |
| 21-30 J.              | 28,1                              | 19,5                          |
| 31-40 J.              | 15,1                              | 18,5                          |
| 41-50 J.              | 8,5                               | 11,3                          |
| 51-60 J.              | 4,7                               | 7,8                           |
| 61-70 J.              | 2,5                               | 4,1                           |
| Über 70 J.            | 1,3                               | 1,8                           |

Quelle: Vgl. Glettler 1972, 45

Was die Altersstruktur betrifft, so hatten die Wiener Tschech\*innen auffallend hohe Anteile bei den jungen Alterskohorten bis unter 30. Die stärkste Kohorte war die der 21- bis 30-Jährigen, sie umfasste im Jahr 1900 28,1% der Wiener Tschech\*innen aus (gegenüber 19,5% bei den deutschsprachigen Wiener\*innen). Die Anteile der älteren Alterskohorten werden mit zunehmendem Alter signifikant niedriger, was einerseits mit der höheren Mortalität in Arbeiter\*innenschichten zu tun hat, andererseits aber auch mit zwei Phänomenen, die repräsentativ für die Wiener Tschech\*innen sind: Der Tendenz der Rückwanderung einerseits sowie einer schlichten Assimilation andererseits.<sup>276</sup>

Die Wiener Tschech\*innen waren also, was ihre Altersstruktur betrifft, auffallend jung: Im Jahr 1900 waren zwei Drittel der Wiener Tschech\*innen (67%) unter 30 Jahre alt – bei der deutschsprachigen Bevölkerung war lediglich etwas mehr als die Hälfte (55%) der Bevölkerung unter 30. Der Anteil der unter elfjährigen Kinder war bei den tschechisch- und deutschsprachigen Wiener\*innen etwa gleich hoch (knapp über 18%). Das verdeutlicht umso mehr, wie groß der Anteil der Elf- bis Dreißigjährigen bei den Tschech\*innen war. Die deutschsprachigen Wiener\*innen hatten hingegen höhere Anteile bei den älteren Alterskohorten: Während nur 8,5% der Tschech\*innen über 50 waren, waren es bei den Deutschsprachigen 13,7%. In diesem Zusammenhang muss allerdings festgestellt werden, dass Wien um die Jahrhundertwende allgemein eine sehr junge Stadt war.

---

<sup>276</sup> Glettler 1972, 45

Spannend sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede, da die jüngeren tschechischen Alterskohorten einen signifikant höheren Männeranteil aufwiesen als die deutschsprachigen Wiener\*innen. Bei den 11- bis 20-Jährigen Wiener Tschech\*innen gab es (ebenfalls wieder bezogen auf das Jahr 1900) ein Drittel mehr Männer als Frauen, bei den 21- bis 30-Jährigen etwas weniger als ein Viertel mehr Männer als Frauen.<sup>277</sup> Bei den 40- bis 60-jährigen Kohorten gab es eine relative Ausgeglichenheit, erst im Alter von über 60 gab es einen starken Frauenüberhang. Dass der Frauenanteil in den älteren Altersgruppen höher ist, entspricht einerseits der generellen Charakteristik von Alterspyramiden (Frauen haben im Schnitt eine höhere Lebenserwartung), hat aber Glettler zufolge vor allem auch mit dem geschlechtsspezifischen Heiratsverhalten zu tun: So heirateten tschechische Männer eher in österreichische Familien als tschechische Frauen.<sup>278</sup>

Im Schnitt verzeichneten die Wiener Tschech\*innen allerdings ab den 1870er Jahren einen deutlichen Männerüberschuss (in den 1840er und -50er Jahren verzeichnete man eine Gleichverteilung und davor einen deutlich höheren Frauenanteil).<sup>279</sup> Wie stark der Überhang an tschechischen Männern im späten 19. Jahrhundert war, wird deutlich, wenn man deren Geschlechterstruktur mit jener der deutschsprachigen Wiener\*innen für das Jahr 1900 vergleicht: Während bei letzteren auf 100 Männer 112 Frauen kamen, waren es bei den Tschechen 100 Männer auf 82 Frauen.<sup>280</sup>

### Berufsstruktur der Wiener Tschech\*innen

*Tabelle 4 - Tschechisch- und deutschsprachige Berufstätige innerhalb der einzelnen Berufsklassen (1910).*

| Berufsklassen                               | Tschechischsprachige Wiener*innen | Deutschsprachige Wiener*innen |
|---------------------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|
| Arbeiter*innen, Lehrlinge, Tagelöhner*innen | 69,4                              | 48,5                          |
| Selbstständige                              | 17                                | 30                            |
| Hausdiener*innenschaft, Dienstboten         | 9,7                               | 8,2                           |
| Angestellte                                 | 3,6                               | 12                            |
| Mithelfende Familienmitglieder              | 0,3                               | 1,1                           |

Quelle: Vgl. Glettler 1972, 61

<sup>277</sup> Vgl. Glettler 1972, 47

<sup>278</sup> Vgl. Glettler 1972, 47-48

<sup>279</sup> Vgl. Glettler 1972, 47

<sup>280</sup> Vgl. Brousek 1980, 20

Betrachtet man die Verteilung auf die Berufsgruppen, so lassen sich deutliche Differenzierungen zwischen tschechischsprachigen und deutschsprachigen Wiener\*innen feststellen (die Zahlen beziehen sich im Folgenden, so nicht anders angegeben, auf das Jahr 1910):

Über zwei Drittel (69,4%) der Wiener Tschech\*innen waren Arbeiter\*innen, Lehrlinge und Tagelöhner\*innen. Die zweitgrößte Berufsgruppe war die der Selbstständigen (17%), wobei die hier verzeichneten hohen Anteile vor allem daher zustande kamen, um nicht als arbeitslos zu gelten.<sup>281</sup> Mit knapp 10% war die nächstgrößere Berufsgruppe die der Hausdiener\*innen und Dienstbot\*innen. Niedrige Anteile verzeichneten die Berufsgruppen der Angestellten (3,6%) sowie der mithelfenden Familienmitglieder.

Es lässt sich feststellen, dass die Wiener Tschech\*innen in niedrigbezahlten Branchen besonders stark vertreten waren: Arbeiter\*innen, Tagelöhner\*innen und besonders die Dienstbot\*innen zählten zu den ärmsten Gruppen der Arbeiter\*innenklasse.<sup>282</sup> Diese Verteilung kann als Indiz für das Phänomen der Unterschichtung gewertet werden.

*Tabelle 5 - Verteilung der tschechisch- und deutschsprachigen Bevölkerung Wiens auf die Wirtschaftsbereiche.*

| Wirtschaftsbereiche (1910)                 | Tschechischsprachige Wiener | Deutschsprachige Wiener |
|--------------------------------------------|-----------------------------|-------------------------|
| Land- und Forstwirtschaft                  | 0,5                         | 1                       |
| Industrie und Gewerbe                      | 73,5                        | 45,9                    |
| Handel und Verkehr                         | 13,8                        | 29,8                    |
| Öffentlicher Dienst, Freie Berufe, Rentner | 12,2                        | 23,3                    |

Quelle: Vgl. Glettler 1972, 61

Was die Wirtschaftsbereiche betrifft, so waren fast drei Viertel (73,5%) der Wiener Tschech\*innen in Industrie und Gewerbe tätig, 13,8% in Handel und Gewerbe, 12,2% im öffentlichen Dienst (sowie freien Berufen bzw. in Rente) und 0,5% in Land- und Forstwirtschaft. Auch bei den deutschsprachigen Wienern hatten Industrie und Gewerbe die größte Bedeutung – fast jeder zweite (45,9%) arbeitete in dieser Branche. Etwa jeder Dritte (29,8%) arbeitete in dem Bereich Handel und Verkehr, beinahe jeder Vierte im öffentlichen Dienst (inkl. freien Berufen und Rente), 1% war in Land- und Forstwirtschaft beschäftigt.

<sup>281</sup> Vgl. Glettler 1972, 63

<sup>282</sup> Vgl. Glettler 1972, 230

Bereits im frühen 19. Jahrhundert gab es hohe tschechische Anteile bei Lehrlingen in bestimmten Handwerksberufen, die im Laufe des Jahrhunderts stark anstiegen: 1820 stammte etwa jeder sechste Wiener Tischlergeselle aus Tschechien (16,8%), 1869 mehr als jeder zweite (58,7%).<sup>283</sup> Auch in der Bauwirtschaft hatten Tschech\*innen hohe Anteile.

Was die Berufsstruktur betrifft gab es zwischen den Sprachgruppen nicht nur herkunftsbezogene, sondern auch starke geschlechtsspezifische Unterschiede: So waren im Jahr 1880 drei Viertel (75,2%) der aus Tschechien stammenden berufstätigen Wiener Frauen im Dienstleistungsbereich beschäftigt, dafür nur jede Fünfte (20,9%) in Industrie und Gewerbe.<sup>284</sup> Überproportional viele Tschechinnen arbeiteten als „Hausgesinde“: Knapp die Hälfte (46,8%) der als Hausgesinde in Wien tätigen Frauen stammten aus Tschechien, hingegen weit weniger als ein Zehntel aus Wien (7,7%).<sup>285</sup> Besonders häufig von Tschechinnen ausgeübt wurden die Berufe des Dienstmädchens bzw. des Kindermädchens sowie der Amme.<sup>286</sup>

Die männlichen Wiener Tschechen hingegen arbeiteten besonders häufig als Tischler, Schneider, Schuster sowie in der (Bau-)Industrie. Folgende Zahlen belegen die hohe Bedeutung, die Tschech\*innen in bestimmten Gewerbeberufen hatten: Bei den Schneider\*innen machten die Tschech\*innen 64,1% aus (unter den Gehilfen 71,8%); bei den Schustern 59,4% (und 68,8% der Gehilfen); bei den Tischler\*innen 49% (und 58,3% der Gehilfen); bei den Schlosser\*innen 49% (54% der Gehilfen).<sup>287</sup>

Ein besonders bekannter Sozialtypus eines männlichen tschechischen Arbeiters im Wien des 19. Jahrhunderts ist der „Ziegelböhm“. So wurden jene Arbeiter tschechischer Herkunft genannt, die in den zahlreichen Ziegeleien Wiens arbeiteten. Besonders im Süden Wiens (Favoriten und Inzersdorf), aber auch in Ottakring und Hernals gab es in dieser Zeit bedeutende Ziegelfabriken – die bekannteste davon waren wohl die Wienerberger Ziegelwerke. Wienerberger konnte enorm vom Bauboom der Gründer- und Spätgründerzeit profitieren und entwickelte stark monopolistische Tendenzen.<sup>288</sup> Um die Jahrhundertwende arbeiteten etwa 6000-8000 Arbeiter\*innen bei

---

<sup>283</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 19

<sup>284</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 19

<sup>285</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 19

<sup>286</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 19

<sup>287</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 22

<sup>288</sup> Vgl. Schwarz 2007, 163

Wienerberger.<sup>289</sup> Der Großteil der Arbeitskräfte stammte aus Tschechien und lebte in sogenannten „Naturalquartieren“ auf dem Werksgelände unter schlechtesten Bedingungen (siehe Viktor Adlers Reportage über die Lage der Ziegelarbeiter, Kapitel 3.6).

Die Mehrheit der Arbeiter\*innen waren Tagelöhner, hatten also kein geregeltes Dienstverhältnis und arbeiteten häufig nur in der Sommersaison, den Winter verbrachten sie mangels Einkünften in der Heimat.<sup>290</sup> Auch die Arbeitszeiten waren bis zur Jahrhundertwende nicht geregelt, und so wurde in den Sommermonaten „gearbeitet, solange es hell war“, also meist „bis zur völligen Erschöpfung“ der Arbeiter\*innen.<sup>291</sup> Ziegelbrenner hatten bis zu achtzehn Arbeitsstunden pro Tag zu verrichten, und auch nach der Einführung des Elfstundentages waren längere Arbeitszeiten keine Seltenheit.<sup>292</sup> Obwohl offiziell verboten, war auch Kinderarbeit keine Seltenheit – zudem gab es durch die Schwerstarbeit jede Menge arbeitsbedingter Krankheiten, beispielsweise Rheuma und Gelenkentzündungen.<sup>293</sup>

Die Arbeiter\*innen von Wienerberger wurden nicht „in Bargeld ausbezahlt [...], sondern nur in den berühmten Wienerberg-Blechmarkerl. Dieses Ersatzgeld galt nur in den Einrichtungen des Betriebs. Die Arbeiter\*innen hatten also gar keine Chance mehr, ihr Gehalt anderswo auszugeben als wiederum bei Wienerberger“. <sup>294</sup> Sowohl den Wert des Geldes als auch den Preis der in den betriebseigenen Geschäften verkauften Waren legte die Wienerberger-Geschäftsführung fest.

### 3.5 Arten der Rekrutierung in der Herkunftsregion

Im folgenden Unterkapitel soll der Frage nachgegangen werden, auf welche Weise tschechische Abwanderungsinteressierte die Reise nach Wien antraten und später in Wien eine Stelle fanden. Zu diesem Aspekt findet man in der Literatur deutlich weniger Hinweise als zu anderen Sachverhalten – vermutlich, weil die Art der Rekrutierung nie von offizieller Seite statistisch erhoben wurde, da sie für die Behörden keine Rolle spielte. Es geben allerdings einige Quellen Aufschluss darüber, wie sich die Anwerbung von tschechischen Zuwander\*innen gestaltete.

---

<sup>289</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 29

<sup>290</sup> Vgl. Schwarz, 166; John und Lichtblau 1993, 19

<sup>291</sup> Schwarz 2007, 167

<sup>292</sup> Vgl. Schwarz 2007, 167-168

<sup>293</sup> Vgl. Schwarz 2007, 168

<sup>294</sup> Schwarz 2007, 173

Fest steht, dass die arbeitssuchenden Zuwander\*innen, die im 19. Jahrhundert nach Wien kamen, hauptsächlich durch private Vermittler\*innen rekrutiert wurden.<sup>295</sup> Wonisch beschreibt, dass Jugendliche aus Dörfern angeworben wurden und die Agent\*innen bei der Vermittlung eine Provision verlangten.<sup>296</sup> Diese Agent\*innentätigkeit stellte einen regelrechten Beruf dar und sie ist vor allem für den „böhmisch-mährischen Raum gut belegt“.<sup>297</sup>

John und Lichtblau führen in ihrem Sammelwerk „Schmelztiegel Wien“ die Schilderung des Josefstädter Gymnasiallehrers Ludwig Just aus dem Jahr 1856 an. Sie handelt von Jan Slawik, der als Jugendlicher aus Sternberg in Mähren (nahe Olmütz) mit einer sogenannten „Lehrjungenmutter“ nach Wien kam, um hier eine Ausbildung zum Lehrling zu machen. Über die Lehrjungenmutter schreibt Just:

„Es war dies in jener Gegend ein Weib, wie es in Böhmen mehrere gab, das die lernbegierigen Jungen eines ganzen Bezirkes jährlich im Sommer versammelte und mit ihnen nach Wien zog, wo sie an die verschiedenen Meister hingegeben wurden.“<sup>298</sup>

Die Anreise nach Wien erfolgte zu Fuß, was angesichts der Distanz von rund 200 km einen mehrere Tage langen Fußmarsch bedeutete. In Wien angekommen, wurden die angehenden Lehrlinge in einer Unterkunft auf der Landstraße untergebracht. Die Vermittlung an Lehrmeister dauerte nicht lange, da sich die Nachricht von der Ankunft neuer Lehrjungen rasch verbreitete.<sup>299</sup>

Auch der Geologe und Politiker Eduard Süss beschreibt in seiner Autobiografie Eindrücke von der Vermittlung von tschechischen Knaben an Wiener Lehrmeister und spricht von einem „Menschenmarkt“. Süss' Schilderung handelt vom Franz-Josefs-Bahnhof, dem Kopfbahnhof der 1870 fertiggestellten Franz-Josefs-Bahn zwischen Budweis in Böhmen und Wien:

„Verf. traf 1872 am Franz-Josefs-Bahnhof, eine Schar von 40 oder mehr etwa zehnjährigen Knaben, meist Tschechen, die unter Führung einiger Männer eben aus Böhmen gekommen waren. Dazu kamen Wiener Handwerker und wählten aus ihnen auf gut Glück ihre Lehrburschen. Da sie dem Führer die Reisekosten zu ersetzen und noch eine Prämie zu zahlen hatten, konnte man sich beinahe einen Menschenmarkt vorstellen.“<sup>300</sup>

---

<sup>295</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 94

<sup>296</sup> Wonisch 2010, 213

<sup>297</sup> John und Lichtblau 1993, 94

<sup>298</sup> Just nach John und Lichtblau 1993, 103

<sup>299</sup> Vgl. Just nach John und Lichtblau 1993, 103

<sup>300</sup> Süss nach Glettler 1972, 219



Es

„bot sich jedes Jahr in den Herbstmonaten dasselbe Bild: Kaum war in den Ländern der Wenzelskrone die Ernte eingebracht, so trafen auch schon die Sammeltransporte mit den nicht mehr schulpflichtigen tschechischen Buben und Mädchen am Kaiser-Franz-Josefs-Bahnhof ein. [...] Die meisten Kinder wurden wie ein Stück Ware eingehandelt und weiterverkauft. Ein ‚Werber‘ [...] holte sie aus den Dörfern des böhmischen und mährischen Südens und ließ sich von den Vätern je einen Gulden Vermittlungsgebühr bezahlen. Die Wiener Meister gaben ihm pro Lehrling wiederum zwei Gulden [...]“.<sup>301</sup>

Häufig blieben die Agent\*innen auch nach der erfolgreichen Vermittlung in gewisser Weise zuständig für die Jugendlichen – sei es als Boten, um den Kontakt zwischen Eltern und Kindern aufrecht zu erhalten und Geldsendungen an die Kinder zu übermitteln, oder um sicherzustellen, dass es den Kindern in der Obhut der neuen Arbeitgeber\*innen auch gut ging – all dies bedeutete zusätzliche Einkünfte der Vermittler.<sup>302</sup>

Eine gänzlich andere Form der Rekrutierung findet sich bei Susan Zimmermann beschrieben, die eine um die Jahrhundertwende geborene Frau aus Wien zur Ammenwahl ihrer Familie befragte. Ammen waren meist in bürgerlichen Haushalten angestellte Frauen des Dienstpersonals, deren Aufgabe die Pflege und insbesondere das Stillen nichteigener Säuglinge war. Zimmermann zitiert eine Frau Mertinz (Jahrgang 1901), deren ältere Schwester von ihrer Mutter nicht gestillt werden konnte, also suchte die Familie gemeinsam mit dem Hausarzt in Iglau (Jihlava, zwischen Brünn und Prag) eine Amme:

„[...] und unser Hausarzt ist auf dem Standpunkt gestanden, ein Säugling muß gestillt werden. Der einzige Weg zur Muttermilch zu kommen war eine Amme. Natürlich hätt’s in Wien auch Ammen gegeben, aber mein Vater wollte für uns nur das Beste. Die besten Ammen gab es in Iglau. Warum in Iglau? Sie haben die beste Milch, sie sind gesund, also auf mit dem Hausarzt nach Iglau. Dort soll sich das so abgespielt haben, das war direkt so wie eine Verkaufsstelle. Da sind sie der Reihe nach gestanden, und der Hausarzt ist hingegangen und soll die Brust der Amme so (prüfende Handbewegung) gedrückt haben. Da ist dann der Strahl herausgekommen, und wenn er dick und weit gewesen ist, dann war das eine gute Amme. Und so sind sie mit einer Iglauerin nach Wien gekommen, und meine Schwester ist dann bestens genährt worden.“<sup>303</sup>

### 3.6 Wohnsituation und sozialräumliche Verteilung in Wien

In diesem Unterkapitel soll zweierlei dargestellt werden: Einerseits, wie sich die Wiener Tschech\*innen des späten 19. Jahrhunderts bzw. der Jahrhundertwende über das

---

<sup>301</sup> Glettler 1972, 218-219

<sup>302</sup> Vgl. Glettler 1972, 219

<sup>303</sup> Zimmermann nach John und Lichtblau 1993, 28

Stadtgebiet verteilten, und andererseits, wie sich ihre konkrete Wohnsituation gestaltete.

### Räumlicher Aspekt: Wo lebten Tschech\*innen?

Die beiden – bereits erwähnten – Stadterweiterungsprozesse des 19. Jahrhunderts, die Eingemeindungen der Vorstädte 1850 und der Vororte 1880, prägten die sozialräumliche Entwicklung Wiens nachhaltig. Die ehemaligen Vorstädte wurden nach der Angliederung an Wien vermehrt von der Mittelschicht besiedelt und wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu (vorwiegend) bürgerlichen Bezirken.<sup>304</sup> Die unteren Schichten (Arbeiter\*innen und Tagelöhner\*innen) „wurden aus dem Vorstadtraum in den ehemaligen Vorortebereich abgedrängt“.<sup>305</sup> Die Vororte, also der 10. bis 19. Bezirk, wurden erst vier Jahrzehnte nach den Vorstädten eingemeindet und waren inzwischen „ein Gürtel von Arbeiterbezirken mit Kleinwohnungen“ geworden, von kleinräumigen Ausnahmen (wie „noblen Cottage- und Villenvierteln“ in Döbling und Hietzing abgesehen).<sup>306</sup> John beschreibt das sozialräumliche Muster der Stadterweiterung: „Die Stadt hatte sich nach einem zonalen Bauprinzip in peripherer Richtung erweitert“.<sup>307</sup>

Der Stadtforscher Richard Gisser ist der Ansicht, dass „bereits gegen Ende der Monarchie das heutige Segregationsmuster der Sozialschichten voll ausgebildet“ war und durch wohnungspolitische Maßnahmen des frühen 20. Jahrhunderts („Zinsstop und Mieterschutz“) konserviert wurde.<sup>308</sup> Das im Zuge der Stadterweiterungen festgelegte sozialräumliche Muster und „die Verteilung der sozialen Schichten im Stadtgebiet [sind] seither im wesentlichen von Kontinuität gekennzeichnet“.<sup>309</sup>

Was die räumliche Verteilungsstruktur von Minderheiten betrifft, so gibt es bis in die 1880er Jahren nur „spärliche Daten“, zudem erfolgte die Erhebung sehr grobmaschig, was wenig Schlüsse auf kleinräumige Segregation zulässt.<sup>310</sup> Allerdings ist bekannt, dass in der damaligen Zeit bereits eine räumliche Konzentration tschechischer Zuwander\*innen auf den Süden Wiens bestand, da hier die bereits erwähnten tschechischen Ziegelarbeiter\*innen lebten. Eine weitere Gegend, in der überdurchschnittlich viele Tschech\*innen lebten, waren die – ebenfalls proletarisch geprägten – Stadtteile

---

<sup>304</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 143

<sup>305</sup> John und Lichtblau 1993, 143

<sup>306</sup> John und Lichtblau 1993, 143

<sup>307</sup> John 2016, 54

<sup>308</sup> John und Lichtblau 1993, 143

<sup>309</sup> John und Lichtblau 1993, 143

<sup>310</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 143

Zwischenbrücken (im heutigen 2. Bezirk) und Brigittenau, da hier „die Hauptzuzugsstraße aus Böhmen und Mähren mündete“.<sup>311</sup>

Bei Glettler findet sich eine Tabelle über die Anteile der Tschech\*innen auf die einzelnen Bezirke im Zeitraum 1880 bis 1910 (Tabelle 6).<sup>312</sup> Die Tabelle listet allerdings lediglich die offiziellen Zahlen, die bezüglich der Größe der tschechischen Minderheit deutlich niedrigere Werte angeben, als wohl de facto tatsächlich in Wien anwesend waren: So wird für das Jahr 1900 die Zahl der Tschech\*innen in Wien von offizieller Seite mit 102.974 Personen angegeben – der Anteil der in Böhmen und Mähren heimatberechtigten Bewohner\*innen Wiens lag allerdings fünfmal so hoch (bei 518.333 Personen).<sup>313</sup> Dennoch mindert das nicht die Aussagekraft der Tabelle, denn sie listet konsistent die offiziellen Zahlen.

Der Tabelle ist zu entnehmen, dass sich die Anteile der Tschech\*innen in den jeweiligen Wiener Bezirken im Verlauf zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unterschiedlich stark veränderten. So wuchsen die Anteile zwischen 1880 und 1890 besonders in den gürtelnahen Bezirken markant an. Zwischen 1890 und 1900 kam es in einigen Bezirken zu einer zahlenmäßigen Verdoppelung der Tschech\*innen (beispielsweise in Landstraße, Favoriten und Ottakring, in Simmering kam es sogar zu einer Verfünffachung), während beispielsweise Meidling, Währing, Döbling und Floridsdorf wiederum sinkende Anteile verzeichneten. In der Dekade zwischen 1900 und 1910 gingen die Anteile (sowie die absoluten Zahlen) in nahezu allen Bezirken zurück – einzig in der Inneren Stadt und in Floridsdorf vollzog sich ein gegensätzlicher Trend.

---

<sup>311</sup> John und Lichtblau 1993, 143

<sup>312</sup> Vgl. Glettler 1972, 54

<sup>313</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 16

Tabelle 6 - Die Anteile von Wiener Tschech\*innen an den Bezirken Wiens (1880-1910)

| Bezirk                        | 1880   | Anteil<br>an der<br>Gesamt-<br>bevölk.<br>‰ | 1890   | Anteil<br>an der<br>Gesamt-<br>bevölk.<br>‰ | 1900    | Anteil<br>an der<br>Gesamt-<br>bevölk.<br>‰ | 1910   | Anteil<br>an der<br>Gesamt-<br>bevölk.<br>‰ |
|-------------------------------|--------|---------------------------------------------|--------|---------------------------------------------|---------|---------------------------------------------|--------|---------------------------------------------|
| I                             | 1 012  | 1,4                                         | 1 261  | 2,2                                         | 930     | 2,1                                         | 1 097  | 2,5                                         |
| II                            | 9 080  | 7,6                                         | 11 353 | 8,9                                         | 5 532   | 7,6                                         | 6 329  | 4,8                                         |
| III                           | 3 110  | 3,3                                         | 4 807  | 4,9                                         | 9 244   | 8,5                                         | 7 165  | 5,7                                         |
| IV                            | 1 013  | 1,7                                         | 1 393  | 2,6                                         | 1 595   | 3,0                                         | 1 386  | 2,5                                         |
| V                             | 2 996  | 4,5                                         | 3 964  | 5,3                                         | 5 667   | 5,9                                         | 4 760  | 5,3                                         |
| VI                            | 1 193  | 1,9                                         | 1 735  | 2,9                                         | 2 018   | 3,8                                         | 1 641  | 2,8                                         |
| VII                           | 994    | 1,4                                         | 1 430  | 2,3                                         | 2 398   | 4,1                                         | 2 118  | 3,5                                         |
| VIII                          | 1 498  | 3,0                                         | 1 906  | 4,3                                         | 1 772   | 4,0                                         | 1 669  | 3,5                                         |
| IX                            | 1 993  | 2,9                                         | 2 286  | 3,3                                         | 2 968   | 3,8                                         | 3 135  | 3,4                                         |
| X                             | 7 998  | 17,6                                        | 12 356 | 15,8                                        | 23 437  | 20,0                                        | 18 489 | 15,1                                        |
| XI                            | 716    | 3,0                                         | 415    | 1,7                                         | 2 079   | 6,1                                         | 2 606  | 6,4                                         |
| XII                           | 1 074  | 2,4                                         | 3 488  | 6,3                                         | 3 852   | 5,3                                         | 4 148  | 4,4                                         |
| XIII                          | 509    | 1,7                                         | 640    | 1,6                                         | 1 960   | 3,0                                         | 2 877  | 2,6                                         |
| XIV                           | 497    | 1,4                                         | 2 164  | 4,3                                         | 5 908   | 7,1                                         | 4 953  | 5,8                                         |
| XV                            | 1 261  | 3,4                                         | 1 402  | 3,5                                         | 2 294   | 5,2                                         | 1 721  | 4,4                                         |
| XVI                           | 1 472  | 2,6                                         | 5 345  | 5,5                                         | 11 039  | 8,0                                         | 10 957 | 7,0                                         |
| XVII                          | 1 292  | 2,3                                         | 4 247  | 6,2                                         | 6 568   | 8,0                                         | 6 268  | 6,9                                         |
| XVIII                         | 1 034  | 2,6                                         | 3 573  | 5,7                                         | 3 343   | 4,2                                         | 2 216  | 2,9                                         |
| XIX                           | 537    | 2,5                                         | 1 243  | 4,3                                         | 1 284   | 2,3                                         | 632    | 1,3                                         |
| XX dem II. Bez. angeschlossen |        |                                             |        |                                             | 6 874   | 11,8                                        | 9 269  | 11,5                                        |
| XXI                           | 823    | 3,6                                         | 948    | 3,6                                         | 583     | 1,1                                         | 2 707  | 3,9                                         |
| Militär*                      |        |                                             |        |                                             | 2 262   |                                             | 2 318  |                                             |
| Gesamt                        | 40 082 | 3,72                                        | 68 678 | 5,53                                        | 102 974 | 7,2                                         | 98 461 | 5,7                                         |

Quelle: Glettler 1972, 54

Im Jahr 1900 lag der Anteil der offiziell in Wien gezählten Tschech\*innen an der Gesamtbevölkerung Wiens bei 7,2%.<sup>314</sup> Sieben Bezirke Wiens verzeichneten überdurchschnittlich hohe Anteile an tschechischen Bewohner\*innen:

- Favoriten (Tschech\*innen: 20% der Gesamtbevölkerung des Bezirks).
- Brigittenau (11,8%)
- Landstraße (8,5%)
- Ottakring (8%)
- Hernals (8%)
- Leopoldstadt (7,6%)
- Penzing (7,1%).<sup>315</sup>

Auffallend ist der hohe Anteil in Favoriten, hier lebte mit Abstand der größte Teil der Wiener Tschech\*innen (sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation zur Einwohner\*innenzahl des Bezirks). Die Bezirke mit den nächstgrößeren Zahlen an Tschech\*innen waren (in absoluten Zahlen) Ottakring (mit rund 11.000 Tschech\*innen), Brigittenau (rund 9300) und Landstraße (rund 7200). Weiters fällt auf, dass es sich bei den Bezirken mit den höchsten Anteilen an Tschech\*innen um vorwiegend

<sup>314</sup> Vgl. Glettler 1972, 54

<sup>315</sup> Vgl. Glettler 1972, 54

proletarisch geprägte Bezirke handelt, die teilweise auch bürgerliche Einschläge hatten.<sup>316</sup>

Zwar waren die Wiener Tschech\*innen in den Arbeiter\*innenbezirken stark vertreten, insgesamt wiesen sie jedoch einen geringen Segregationsindex auf.<sup>317</sup> Was auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen mag, ist es nicht, entsprach diese Konzentration auf bestimmte Bezirke auch etwa dem sozialen Schichtungsverhältnis des Gesamttraumes Wien.<sup>318</sup> Eine klein- und kleinsträumige Konzentration (auf Häuser und Wohnblöcke) der Wiener Tschech\*innen war wohl in geringem Ausmaß gegeben, eine großräumige Segregation hingegen (in Form der Herausbildung ethnischer Stadtviertel) zeichnete sich nicht ab.<sup>319</sup>

In den starken Anteilen der Tschech\*innen im 10., 16. und 20. Bezirk sieht Glettler den Beleg dafür, dass sich die zugezogenen Zuwander\*innen der „funktionalen Differenzierung der Stadtteile angepasst haben“.<sup>320</sup> Die Wiener Tschech\*innen konzentrierten sich kaum „national“, sondern hauptsächlich anhand sozioökonomischer Einflussfaktoren: Die Klassenzugehörigkeit war also von größerem Gewicht als die nationale Zugehörigkeit.

„Nichts lässt auf ein Bestreben der Tschechen schließen, mit ihren Landsleuten zusammenzuwohnen und zu arbeiten. Die soziale Distanz zwischen den beiden Nationalitäten war offenbar auf keinen Fall groß genug, um eine national geschlossene tschechische Ansiedlung begünstigen zu können.“<sup>321</sup>

Trotz höherer Anteile in bestimmten Bezirken bestand zu keinem Zeitpunkt die Tendenz einer hohen räumlichen Segregation, die etwa zu einem vorwiegend tschechischen Viertel geführt hätte.<sup>322</sup> Dieser Umstand weist sowohl auf Wiens Schmelztiegel-Charakter hin, als auch auf das hohe Ausmaß der Assimilation der tschechischen Minderheit.

Auffallend sind hingegen geschlechtsspezifische Konzentrationen: So waren die weiblichen Anteile in den bürgerlichen Bezirken durchwegs höher, weil hier überdurchschnittlich viele Tschech\*innen in Dienstleistungsberufen tätig waren, die größtenteils Frauendomänen waren (Dienstmädchen, Hausangestellte, Ammen). So lebten im 1.

---

<sup>316</sup> Vgl. Glettler 1972, 52-53

<sup>317</sup> Vgl. Weigl 2016, 520

<sup>318</sup> Vgl. Glettler 1972, 55

<sup>319</sup> Vgl. Weigl 2016, 520; John und Lichtblau 1987, 38-39

<sup>320</sup> Glettler 1972, 56

<sup>321</sup> Glettler 1972, 56-57

<sup>322</sup> Vgl. Glettler 1972, 59

Bezirk drei Mal so viele Tschechinnen wie Tschechen und im 4. Bezirk um ein Drittel mehr Tschechinnen als Tschechen.<sup>323</sup> In den Arbeiterbezirken gab es hingegen höhere Männeranteile, am stärksten ausgeprägt in Rudolfsheim-Fünfhaus (ca. ein Drittel mehr Männer als Frauen).<sup>324</sup>

### Sozialer Aspekt: Wie lebten Wiener Tschech\*innen?

Wenngleich es also keine ausgeprägte Segregation der Wiener Tschech\*innen gab, so waren doch gewisse „sozial bestimmte ethnische Ballungen“ evident, die sich „aus der sozialen Lage und der Situierung der Arbeitsstätten“ ergaben.<sup>325</sup> In jenen proletarisch geprägten Bezirken, in denen der Anteil der Tschech\*innen besonders hoch war, waren die Wohnbedingungen prekär – es herrschte Wohnungsnot und hohe Mieten standen vergleichsweise niedrigen Einkommen gegenüber.<sup>326</sup> Dies lässt sich einerseits statistisch belegen, beispielsweise über die Belagsdichte oder die Anteile an Bettgeher\*innen und küchenlosen Wohnungen. Weiters gibt es zahlreiche Quellen, die die damals vorherrschenden Wohnverhältnisse belegen. So gab es keine Mieter\*innenschutzgesetze, gerade kleine Wohneinheiten waren überteuert und Mieter\*innen waren ohne Begründung binnen zwei Wochen kündbar.<sup>327</sup> Diese Missstände betrafen alle Wiener\*innen, unabhängig von der Herkunft, aber am stärksten die einkommensschwachen Familien. Für eine spezifische Diskriminierung der tschechischen Bevölkerung gebe es John und Lichtblau zufolge nur wenige Hinweise, was wohl auch daran lag, dass viele Wiener Tschech\*innen auch Hausbesitzer\*innen, Wirt\*innen und Hausmeister\*innen waren.<sup>328</sup>

„Die Wohnverhältnisse der Arbeitsmigranten wurden in Vergangenheit und Gegenwart [...] durch tendenziell niedrige Ansprüche beeinflusst, die im Zusammenhang mit der ungewissen Dauer des Aufenthalts in Wien stehen.“<sup>329</sup> Tschech\*innen scheinen zwar am Wohnungsmarkt nicht explizit diskriminiert worden zu sein, nichtsdestotrotz war ihre Wohnsituation überdurchschnittlich schlecht: Beispielsweise war der tschechische Anteil an Bettgeher\*innen mit knapp 12% deutlich höher, als der österreichische mit

---

<sup>323</sup> Vgl. Glettler 1972, 52, 56

<sup>324</sup> Vgl. Glettler 1972, 53

<sup>325</sup> John und Lichtblau 1993, 144

<sup>326</sup> Vgl. Glettler 1972, 169

<sup>327</sup> Vgl. Glettler 1972, 169

<sup>328</sup> Vgl. Glettler 1972, 169

<sup>329</sup> Glettler 1972, 169

knapp über 3% (Bezugsjahr: 1910).<sup>330</sup> Dabei handelte es sich um „eine damals in Proletariatskreisen übliche Praxis“, bei der Einzelpersonen einen Schlafplatz in einer Wohnung mieteten und „Bettgeld“ dafür entrichteten.<sup>331</sup> Tschechische Bettgeher\*innen wurden häufig von tschechischen Familien aufgenommen, da dies eine zusätzliche Einkommensquelle darstellte, um die eigene Miete decken zu können.<sup>332</sup> Das Bettgeld betrug rund zwei Kronen, was dem halben Monatseinkommen eines Kindermädchens entsprach.<sup>333</sup>

Im Verlauf der Spätgründerzeit sank der Anteil der Bettgeher\*innen und Untermieter\*innen ab: Waren 1869 noch 30% der Arbeiter\*innen Wiens auf eine solche Wohnform angewiesen, waren es 1900 nur mehr 21%.<sup>334</sup>

Im Wien der Gründer- und Spätgründerzeit herrschte nicht nur ein Mangel an Wohnungen, sondern auch die Tendenz der Überbelegung von Wohnungen. In den Arbeiter\*innenbezirken Favoriten und Simmering, in denen auch Tschech\*innen stark vertreten waren, lebten etwa 15% der Bevölkerung in überfüllten Wohnungen (also Wohneinheiten, die kleiner als 16 m<sup>2</sup> waren und mehr als vier Personen beherbergten).<sup>335</sup>

Eine weitere Wohnform, die besonders um die Mitte des 19. Jahrhunderts unter Zuwander\*innen (und hier vor allem unter den Tschech\*innen verbreitet war, war das Wohnen in Räumlichkeiten, die von dem\*der Arbeitgeber\*in zur Verfügung gestellt wurden.<sup>336</sup> Die Unterbringung war selbstverständlich kostenpflichtig und sogar gemessen an damaligen Wohnstandards überaus dürftig.<sup>337</sup> Ein prominentes Beispiel einer solchen mangelhaften Unterbringung beim Arbeitgeber beschrieb der Sozialdemokrat Viktor Adler. 1888 schrieb er für die sozialdemokratische Zeitung „Die Gleichheit“ Artikel über die Lage der Ziegelarbeiter\*innen in Wien. Unter dem Titel „Unvorstellbare Zustände am Wienerberg“ schilderte Adler in der Manier eines empirischen Sozialforschers die Wohnsituation der Arbeiter\*innen der Wienerberger Ziegelwerke. Am Werksgelände lebten 3000 tschechische und slowakische Arbeiter\*innen, die in

---

<sup>330</sup> Vgl. Glettler 1972, 227

<sup>331</sup> John und Lichtblau 1993, 144

<sup>332</sup> Vgl. Glettler 1972, 169

<sup>333</sup> Vgl. Glettler 1972, 227

<sup>334</sup> John und Lichtblau 1993, 174

<sup>335</sup> Vgl. Glettler 1972, 228

<sup>336</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 170

<sup>337</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 170

elenden Massenquartieren lebten, für die sie dennoch Miete zu bezahlen hatten, die ihnen vom Lohn abgezogen wurde.<sup>338</sup>

„Die Partieführer würden aber ihre Sklaven nicht ganz in der Hand haben, wenn diese abends auswärts schlafen gingen. Darum müssen alle Arbeiter im Werke [Hervorhebung im Original, Anm.] schlafen. Für die Ziegelschläger gibt es elende ‚Arbeiterhäuser‘. In jedem einzelnen Raum, sogenanntem ‚Zimmer‘ dieser Hütten, schlafen je drei, vier bis zehn Familien, Männer, Weiber, Kinder, alle durcheinander, untereinander, übereinander. Für diese Schlafhöhlen scheint die Gesellschaft sich noch ‚Wohnungsmiete‘ zahlen zu lassen, denn der Bericht des Gewerbeinspektors meldet 1884 von einem Mietzins von 36 bis 96 fl. [Gulden, Anm.], der auf dem Wienerberg vorkommt.“<sup>339</sup>

Die verheirateten Arbeiter\*innen, kritisiert Adler, seien noch privilegiert, vergleicht man ihre Wohnsituation mit den ledigen Arbeitern\*innen:

„Seit einiger Zeit ‚wohnen‘ die Ledigen in eigenen Schlafräumen. Ein nicht mehr benützter Ringofen, eine alte Baracke, wird dazu benützt. Da liegen denn in einem einzigen Raum 40, 50 bis 70 Personen. Holzpritschen, elendes altes Stroh, darauf liegen sie Körper an Körper hingeschlichtet.“<sup>340</sup>

Derartige Räumlichkeiten wären Adler zufolge allein schon aus Lüftungstechnischen Gründen höchstens für zehn Personen geeignet. Die schlechten Zustände, wie sie in den Massenquartieren der Firma Wienerberger herrschten, waren allerdings keineswegs Einzelfälle. Auch die Zustände in anderen Arbeitgeber\*innen-Quartieren waren überaus schlecht. John und Lichtblau führen zum Beispiel Kutscher- und Büffelknechte-Unterkünfte in St. Marx an, die „schlechter als der Stall“ waren, oder ein Quartier in einer Pferdefleischhauerei, deren hygienische Zustände katastrophal waren.<sup>341</sup>

Die Zahl der Arbeiter\*innen, die bei ihren Arbeitgeber\*innen wohnten, sank im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutlich: Waren es im Jahr 1869 noch 28% der Wiener Arbeiter\*innen, sank die Zahl bis 1900 auf nur mehr 8,5%.<sup>342</sup>

Die Knappheit des Wohnraumes und somit auch die unverhältnismäßig hohen Mieten waren auch eine Folge des Modernisierungs- und Industrialisierungsschubs, der eine Spekulation im Immobilienbereich beförderte.<sup>343</sup> Diese Spekulation drückte sich auch in den Hypothekenzinsen aus, die unterschiedlich hoch ausfielen: Während die Hypotheken in der Innenstadt bei rund 2,5% lagen, betrugen sie in den dichtbesiedelten

---

<sup>338</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 176

<sup>339</sup> Adler 1925, 13

<sup>340</sup> Adler 1925, 13-14

<sup>341</sup> John und Lichtblau 1993, 175

<sup>342</sup> John und Lichtblau 1993, 170

<sup>343</sup> Vgl. Glettlir 1972, 230



Arbeiterbezirken von Favoriten und Ottakring bis zu 10%.<sup>344</sup> Die Folge davon war, dass „die wohlhabende Bevölkerung, die in den vornehmen Straßen angesiedelt war, [billig] wohnte, die Arbeiterbevölkerung [...] teuer“.<sup>345</sup>

Der sich verschärfenden Wohnsituation in Wien setzte man halbherzige politische Maßnahmen entgegen, die bestenfalls auf der Ebene der Symptombekämpfung stattfanden: So ließ man beispielsweise Bewohner\*innen aus stark überbelegten Wohnungen polizeilich wegweisen, was dazu führte, dass sie auf andere Wohnungen auswichen, die in der Folge ebenfalls überbelegt waren.<sup>346</sup>

Die Wohnungen der Wiener Tschech\*innen befanden sich häufig in Randlagen: „Wohnungen und Schlafstellen der einkommensschwachen tschechischen Zuwanderer befanden sich häufig in ungünstiger Lage, bar jeder Infrastruktur, wobei diverse Wohngegenden in Ansiedlung auf unterentwickelte Länder ‚Affentürkei‘, ‚Mexiko‘, ‚Kreta‘, ‚Krim‘, ‚Negerdörfel‘ benannt wurden.“<sup>347</sup> Diese Bezeichnungen geben Aufschluss darüber, welche Vorurteile man den Zuwander\*innen entgegenbrachte.

### 3.7 Marginalisierung und Diskriminierung der Zuwander\*innen

Das folgende Kapitel setzt sich mit der Frage auseinander, welchen Diskriminierungs- und Marginalisierungsformen tschechische Zuwander\*innen (respektive die in Wien lebende tschechische Minderheit) ausgesetzt waren.

In ihrem Werk über die Sozialstruktur der Wiener Tschech\*innen schreibt Glettler, dass diese zwar in Wien „wirtschaftliche Möglichkeiten [hatten], die sie vermutlich in ihrer Heimat nicht gehabt hätten, nichtsdestotrotz waren sie mit Ausgrenzung, Marginalisierung, ja sogar physischer Gewalt konfrontiert“.<sup>348</sup> Dass diese Marginalisierung, Ausgrenzung und Abwertung von „Fremden“ und Gruppen, die zu solchen erklärt wurden, in Wien nicht erst seit der Zuwanderungswelle des 19. Jahrhunderts erfolgte, beschreibt der Kulturwissenschaftler Moritz Csaky ausführlich:

---

<sup>344</sup> Vgl. Glettler 1972, 230

<sup>345</sup> Vgl. Glettler 1972, 230

<sup>346</sup> Vgl. Glettler 1972, 229

<sup>347</sup> John und Lichtblau 1993, 170

<sup>348</sup> Glettler 1972, 225

„Im Falle von Diskursen über die Tschechen werden allgemeine fremdenfeindliche Vorstellungen und Voreingenommenheiten sichtbar, die schon im 18. Jahrhundert in Wien hervorgetreten waren.“<sup>349</sup>

Auch Weigl stellt fest, dass

„die Geschichte der tschechischen Zuwanderung [von] Ressentiments, Alltagsxenophobie, Ab- und Ausgrenzungen [begleitet wurde] schon lange vor dem eskalierenden Nationalitätenstreit im ausgehenden 19. Jahrhundert.“<sup>350</sup>

Beispielhaft führt Csaky die Aufzeichnungen des aufklärerischen Schriftstellers Johann Pezzl an, der von den Fremden des josephinischen Wiens in einer abwertenden und untergriffigen Weise schrieb, sich mitunter auch rassischer Zuschreibungen bediente und somit damals gängige Vorstellungen von Fremden nicht nur wiedergegeben, sondern auch verbreitet und zu einem Teil auch mitkonstruiert hätte.<sup>351</sup> Pezzls Charakterisierungen wurden zwar in den 1780er Jahren publiziert, waren aber „noch über hundert Jahre später von öffentlicher Wirkungsmächtigkeit“ und seien auch in der „diskursiven Konstruktion von Fremdbildern“ noch festzustellen.<sup>352</sup>

Die Marginalisierung und Ausgrenzung von „Fremden“ blickt in Wien auf eine lange Tradition zurück und wurde keineswegs erst mit der verstärkten Migration und der dadurch zunehmenden gesellschaftlichen Heterogenität und Pluralität begründet. Die Ablehnung von Fremden richtete sich im Wien des 19. Jahrhunderts vorwiegend gegen zwei Gruppen: Jüd\*innen und Slaw\*innen (insbesondere Tschech\*innen). Bei aller notwendigen Differenzierung zwischen den beiden Ideologien des Antisemitismus und des Rassismus lässt sich ein gewisser innerer Zusammenhang nicht von der Hand weisen. Jüd\*innen galten vielen als eine Spezialform des Typus „des Fremden“, wie aus einem Zitat des prominenten Deutschnationalen und Antisemiten Georg Heinrich Ritter von Schönerer hervorgeht. Über die jüdischen Österreicher\*innen des späten 19. Jahrhundert sagte er, diese seien in ihrer „Fremdheit mit Chinesen“ zu vergleichen.<sup>353</sup> Obwohl Xenophobie und Antisemitismus in Wien eine gewisse Tradition hatten, transformierten sich die beiden Ideologien im 19. Jahrhundert und wurden um damals aufgekommene völkisch-nationalistische und biologistische Ideen erweitert. Die (konstruierte) Differenz wird um diese Zeit zunehmend als biologisch bedingt – und somit unveränderbar – angesehen, was Ausgrenzungs- und Marginalisierungsten-

---

<sup>349</sup> Csaky 2010, 171

<sup>350</sup> Weigl 2016, 516

<sup>351</sup> Vgl. Csaky 2010, 171-172

<sup>352</sup> Csaky 2010, 172

<sup>353</sup> Vgl. John 2016, 47

denzen noch verstärkt. Hatten „Fremde“ zuvor zumindest noch die Option der Assimilation, also der Aufgabe dessen, was ihre „Andersartigkeit“ konstituiert, so ist „das Fremde“ in der modernen Sicht festgeschrieben bzw. essentialisiert.<sup>354</sup> Die Konflikte des 19. und 20. Jahrhunderts kreisten in hohem Maße um ein gänzlich neues Konzept der kollektiven Identität – das der Nation.<sup>355</sup>

Das Wien der Jahrhundertwende zeichnet sich Jaques Le Rider zufolge durch eine hohe „soziale und kulturelle Pluralität“ aus, die die Gesellschaft auf ambivalente Weise prägte: So führte die angesprochene Pluralität nicht nur zu beachtlichen Dynamiken auf dem Feld der Kultur, sondern auch zu einer „erhöhten Konfliktgeladenheit“.<sup>356</sup> Die Konflikte kreisten vorwiegend um Fragen der nationalen bzw. sprachlich-kulturellen Hegemonie, also implizit um „die Idee ethnisch-sprachlich homogener Nationalstaaten“, welche eine der „zentrale[n], attraktiv erscheinende[n] Idee[n] des 19. Jahrhunderts“ war, die aber im deutlichen Widerspruch zur Konzeption des Vielvölkerstaates stand.<sup>357</sup> Hierin liege John zufolge die „Ambivalenz“ bzw. der „Doppelcharakter der Gesellschaft“, von denen die „franzisko-josephinische Ära“ geprägt war.<sup>358</sup>

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts drückten sich „xenophobe Abwehrhaltungen gegenüber tschechischsprachigen Migranten und Migrantinnen zunächst in gelassener Arroganz und im Spott über die ‚Bem‘, vor allem im Volkslied und in der Karikatur“ aus.<sup>359</sup> Den Grund dafür sieht Weigl darin, dass einerseits eine gewisse Unterschichtung durch proletarische tschechische Zuwander\*innen zwar gegeben war, diese aber andererseits einer Bedeutungszunahme des (ebenfalls zugewanderten) tschechischen Handwerks und Gewerbe gegenüberstand, was wiederum Neid provozierte – daher herrschte zunächst kein homogenes Bild „des Tschechen“ vor.<sup>360</sup> Dennoch wurde zunehmend der „deutsche Charakter“ Wiens betont „und die Gefahr einer ‚Tschechisierung‘ der Stadt an die Wand gemalt“<sup>361</sup> Vor einem „erstarkenden tschechischen Nationalismus“ wurde gewarnt und von der Gefahr, dass der „Stefansdom“ bald ein „Wenzelsdom“ [Wenzel ist ein stereotyper Begriff für „den Tschechen“, Anm.]

---

<sup>354</sup> Vgl. Csaky 2010, 171-175

<sup>355</sup> Vgl. Fisahn 2001, 2

<sup>356</sup> Le Rider 2016, 103

<sup>357</sup> John 2016, 45

<sup>358</sup> John 2016, 45

<sup>359</sup> Weigl 2016, 517

<sup>360</sup> Vgl. Weigl 2016, 517

<sup>361</sup> Weigl 2016, 517

werden könnte“, wogegen man sich zur Wehr setzen müsse.<sup>362</sup> Csaky konstatiert in diesem Zusammenhang, dass die Wiener Tschech\*innen und Jüd\*innen verstärkt zur Projektionsfläche wurden, gegen die sich die Ablehnung von allem „Fremden“ richtete:

„Die Tschechen wurden, ähnlich wie die Juden, zum Surrogat für alles Fremde und die spöttischen, xenophoben Attitüden, mit denen das Tschechische im Alltag bedacht wurde, unterstützten jene offizielle antitschechische deutschnationale Einstellung, die die Tschechen Wiens politisch zu marginalisieren, zu verdrängen versuchte.“<sup>363</sup>

Als Beispiel für jungen Deutschnationalismus, der sich in Wien zunehmend antitschechisch positioniert, zitiert Weigl den bekannten Wiener Autor Daniel Spitzer, der bereits 1870 den Bedeutungsverlust bzw. die Unterdrückung des Deutschtums drohen sieht und hier „Wenzel, den Deutschenfresser“ federführend am Werk sieht.<sup>364</sup>

In den 1880er Jahren formierten sich die späteren Großparteien, in der selben Zeit wurde der Antisemitismus fester Bestandteil des politischen Diskurses, allerdings auf eine Weise, die an die neuen nationalen Ideen adaptiert war: So wurden die Gründe für die Ablehnung von Jüd\*innen nicht mehr hauptsächlich religiös, sondern rassentheoretisch begründet.<sup>365</sup>

Ein Politiker, der den verbreiteten Antisemitismus, aber auch die tschech\*innenfeindliche Stimmung aufgriff und weiter befeuerte, war der bereits erwähnte Karl Lueger, dessen christlichsoziale Partei Wien von 1897 bis 1914 regierte, er selbst war als Bürgermeister von 1897 bis 1910 im Amt.<sup>366</sup> Um die Jahrhundertwende beherrschte „das Thema Zuwanderung [...] wie kaum ein anderes den Wiener Gemeinderat und wurde besonders von christlichsozial und deutschnational gesinnten Politikern heftig diskutiert.“<sup>367</sup> Die Wiener Tschech\*innen wurden systematisch marginalisiert und ausgegrenzt, was sich auch im Abstimmungsverhalten im Gemeinderat zeigte: So wurden Anträge der tschechischen Abgeordneten durch die Bank abgelehnt, was dazu führte, dass Wiener Tschech\*innen nicht als nationale Minderheit anerkannt wurden und ihnen auch das Öffentlichkeitsrecht für eigene tschechische Schulen verweigert wurde.<sup>368</sup> Dass die tschechischen Komensky-Schulen lange Zeit kein Öffentlichkeitsrecht bekamen, hatte zur Folge, dass Schüler\*innen hier kein Abschlusszeugnis

---

<sup>362</sup> Csaky 2010, 169

<sup>363</sup> Csaky 2010, 170

<sup>364</sup> Vgl. Weigl 2016, 518

<sup>365</sup> Vgl. Weigl 2016, 519

<sup>366</sup> Vgl. John 2016, 48

<sup>367</sup> Lehner 2016, 460

<sup>368</sup> Vgl. John 2016, 48

erwerben konnten und für die Abschlussprüfungen nach Břeclav (Lundenburg) fahren mussten.<sup>369</sup>

Bereits erwähnt wurden die Auseinandersetzungen um die Badenische Sprachverordnung, mit welcher der (v.a. nach dem 1867 erfolgten Ausgleich mit Ungarn) zunehmende deutsch-tschechische Konflikt entschärft werden sollte – in diesem Vorhaben sahen die Deutschnationalen und Liberalen eine Gefährdung der deutschen Hegemonie.<sup>370</sup> Die Proteste gegen die Aufwertung der tschechischen Sprache fanden in den größten österreichischen und tschechischen Städten statt und verliefen teilweise tumultartig.<sup>371</sup> Um die Jahrhundertwende waren in Wien an Gasthäusern Schilder ausgehängt, auf denen „Tschechen, Juden und Hunden“ der Eintritt untersagt wurde.<sup>372</sup> Slaw\*innen wurde von den Deutschnationalen „Rückständigkeit und Unterentwicklung sowie Unterlegenheit“ unterstellt.<sup>373</sup>

Ab März 1900 konnten Wiener Tschech\*innen de facto keine Wiener Bürger\*innen mehr werden. Bis dahin galt ein vergleichsweise liberales Gesetz von 1890, welches zwar Anforderungen an Zuwander\*innen stellte (u.a. Geschäftsfähigkeit, Unbescholtenheit, eine gewisse Steuerleistung) und sie einen Eid auf „alle Bürgerpflichten nach Vorschrift des Gemeindestatuts“ ablegen ließ.<sup>374</sup> Der Gemeinderat erließ im Jahr 1900 ein von Lueger vorgeschlagenes neues Bürgerrechts-Gesetz, welches angehende Wiener Bürger\*innen einen Eid auf den Erhalt des „deutschen Charakter“ Wiens, der zu bewahren sei, ablegen ließ.<sup>375</sup> Glettler stellt die Sinnhaftigkeit dieses Gesetzes in Frage, da sich „Nationalität“ ja nicht erzwingen lasse und Wiener Tschech\*innen im Grunde kaum eine Wahlmöglichkeit hatten – verweigerten sie den Eid, konnten sie keine Bürger\*innen werden.<sup>376</sup> Diese Überlegung legt den Schluss nahe, dass es bei dieser Maßnahme vordergründig um die Marginalisierung einer ethnischen Minderheit bzw. Aufwertung alles Deutschen ging. Hierfür spricht auch die Willkür, der Tschech\*innen in vielen Bereichen ausgesetzt waren, beispielsweise im Vereinswesen. Rein rechtlich war es Minderheiten zwar erlaubt, sich in Vereinen zu organisieren, dennoch wurde Tschech\*innen dies verboten, da es als Widerspruch zur Erhaltung

---

<sup>369</sup> Vgl. John und Lichtblau 1987, 37

<sup>370</sup> Vgl. John 2016, 45

<sup>371</sup> Vgl. John 2016, 45-46

<sup>372</sup> John 2016, 46

<sup>373</sup> John 2016, 46

<sup>374</sup> Glettler 1985, 27

<sup>375</sup> Vgl. Glettler 1996, 105; nö. LGVBl. Nr. 17/1900

<sup>376</sup> Glettler 1985, 28

von Wiens deutschem Charakter dargestellt wurde.<sup>377</sup> 1901 erklärte Lueger, dass jene Personen, die eine nicht-deutsche Umgangssprache sprachen, nicht mehr bei der Gemeinde arbeiten dürften.<sup>378</sup>

Luegers Nachfolger Neumayer ordnete 1911 an, dass tschechischen Pflegeeltern, die in Verdacht standen, Tschechisch als Umgangssprache zu sprechen, die Kinder wegzunehmen seien.<sup>379</sup>

Ein weiteres Beispiel für die Herabwürdigung und Marginalisierung der Wiener Tschech\*innen war der weit verbreitete Spott über das „Kuchlböhmisch“. Dabei handelt es sich um eine „Mischsprache, die wohl von zehntausenden Menschen in den letzten Jahrzehnten der Monarchie verwendet wurde“ und die in der damaligen Zeit als minderwertig angesehen wurde.<sup>380</sup> Diese Form des Dialekts, die vor allem unter Zuwander\*innenn der Arbeiter\*innenklasse gebräuchlich war, vermischte die deutsche und tschechische Sprache mitunter und wurde von den Deutschsprachigen despektierlich als ‚böhmakeln‘ bezeichnet.<sup>381</sup> Zahlreiche damals entstandene Begriffe prägten die wienerische bzw. österreichische Sprache nachhaltig, als Beispiel nennt Wonisch unter anderem die Begriffe „Barabern“ (für schuften, von tschechisch: poroba), „dudeln“ (für musizieren, von tschechisch: dudlati), Golatsche (von tschechisch koláč) oder „auf lepschi gehen“ (sich vergnügen, von tschechisch: lepší).<sup>382</sup> So sehr derlei Begriffe inzwischen Bestandteil der österreichischen Sprache sind<sup>383</sup>, rief der öffentliche Gebrauch der tschechischen Sprache im 19. Jahrhundert häufig negative, abwertende Reaktionen hervor.<sup>384</sup>

Eine Thema, die den Wiener Gemeinderat über Jahrzehnte prägte, war die politische Auseinandersetzung um das Hausierwesen.<sup>385</sup> Die mobilen Händler\*innen wurden zunehmend zum Feindbild, in dem antisemitische und antislawische Ressentiments verschmolzen: „Die Debatten darüber waren einerseits von Fremdenfeindlichkeit, andererseits aber auch von den drohenden Existenzängsten der christlichen bzw. nicht-

---

<sup>377</sup> Glettler 1985, 28

<sup>378</sup> Vgl. John und Lichtblau 1987, 37

<sup>379</sup> Vgl. John und Lichtblau 1987, 37

<sup>380</sup> John 2016, 50

<sup>381</sup> Csaky 2010, 165

<sup>382</sup> Vgl. Wonisch 2010, 212-226

<sup>383</sup> Hierzu ist allerdings anzumerken, dass diese dem Tschechischen entlehnten Begriffe in den letzten Jahrzehnten stark an Bekanntheit bzw. Gebräuchlichkeit einbüßten.

<sup>384</sup> John 2016, 50

<sup>385</sup> Vgl. Lehner 2016, 476-479

jüdischen Kleingewerbe- und Kleinhandeltreibenden dominiert“.<sup>386</sup> Hausierer\*innen wurden als „Bedrohung ‚von außen‘ wahrgenommen“ und ihnen wurden zahlreiche unlautere Dinge unterstellt: Etwa Gier und Unehrlichkeit (weil jüdische Hausierer\*innen am Sonntag keinen Ruhetag machten), Aufdringlichkeit beim Verkauf (wodurch Menschen die Lust am Aufenthalt im öffentlichen Raum genommen worden sein soll), oder die Übertragung „ekelhafter Krankheiten“ (wie es ein Abgeordneter formulierte, der den Hausierhandel eindämmen wollte).<sup>387</sup> Insgesamt, urteilt Lehner, ging es darum, Tschech\*innen (bzw. „Fremde“) aus dem Hausiergewerbe auszuschließen und die damals populäre Losung „Deutsche kauft bei Deutschen“ umzusetzen.<sup>388</sup> Da dies gewerberechtlich allerdings nicht möglich war (da Gewerbeberechtigungen von den Heimatgemeinden ausgestellt wurden und in der Folge im ganzen Kaiserreich Gültigkeit hatten, wurde kurzum der Wanderhandel in Wien 1911 generell verboten).<sup>389</sup>

Letztlich kann auch der enorm hohe Assimilationsdruck, dem die Zuwander\*innen – auf politischer und gesellschaftlicher Ebene – ausgesetzt waren, als eine weitere Variante von Marginalisierung und Ausgrenzung gesehen werden. Diesen Assimilationsdruck wertet John als „ein Zeichen gegen eine ethnisch heterogene Gesellschaft“.<sup>390</sup> Wie hoch der Druck zur Anpassung gewesen sein muss, lässt sich aus der Tatsache erschließen, dass sich im Verlauf des 19. und frühen 20. Jahrhunderts „hunderttausende Wiener Tschechen“ assimiliert hätten.<sup>391</sup>

Ein spannender Aspekt dieser Assimilation besteht in dem Phänomen, das der tschechisch-nationale Schriftsteller Adolf Brabec als „Renegatentum“ bezeichnete: Nicht wenige Wiener Tschech\*innen, die sich für die Assimilation entschieden, wurden im Zuge einer übersteigerten Identifizierung mit der Kultur ihrer neuen Heimat zu besonders radikalen Deutschnationalen.<sup>392</sup> So hatte im Jahr 1902 ein knappes Viertel der Mitglieder der deutschnationalen Burschenschaft „Ostmark“ nichtdeutsche, sowie „21 Prozent definitiv tschechische Namen“, nicht wenige „germanisierten“ ihre Namen mit der Zeit.<sup>393</sup> Ein Jahr, bevor in allen deutschnationalen Burschenschaften

---

<sup>386</sup> Lehner 2016, 476

<sup>387</sup> Vgl. Lehner 2016, 477

<sup>388</sup> Vgl. Lehner 2016, 477

<sup>389</sup> Vgl. Lehner 2016, 476

<sup>390</sup> John 2016, 49

<sup>391</sup> John 2016, 49

<sup>392</sup> Vgl. John 2016, 51

<sup>393</sup> John 2016, 51

Arierparagrafen erlassen wurden, um jüdische Mitglieder auszuschließen, setzte sich Jaromir Tobiaschek von der Wiener Teutonia-Verbindung für den Ausschluss von Juden ein.<sup>394</sup>

Die stark antisemitische und antitschechische Stimmung, die um die Jahrhundertwende in Wien herrschte, hatte bereits damals unbestreitbar Folgen – ebenfalls nicht zu unterschätzen sind aber die langfristigen Auswirkungen. Während es um die Jahrhundertwende „im Kaiserreich starke politische und gesellschaftliche Kräfte“ gab, die einer „Verbreitung extremer Klischees [...] machtpolitisch entgegenwirken“ konnten, nahm die „extreme Feindseeligkeit gegenüber ‚nicht-deutschen‘ Bevölkerungsgruppen in Österreich“ bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs massiv zu.<sup>395</sup> Im Juli 1914, also kurz nach dem Attentat auf den Thronfolger Franz Ferdinand, war die Stimmung so aufgeheizt, dass es in Wien zu antislawischen Ausschreitungen kam, bei denen auch die tschechische Komensky-Schule angegriffen wurde.<sup>396</sup>

---

<sup>394</sup> John 2016, 49

<sup>395</sup> Vgl. John 2016, 53

<sup>396</sup> Vgl. Brousek 1980, 25-26



## 4. Migrationsbewegung nach Wien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es eine weitere größere Zuzugsbewegung nach Wien, die sich unter die Kategorie „Arbeitsmigration“ fassen lässt: Den Zuzug sogenannter „Gastarbeiter\*innen“, anfangs vorwiegend Männer aus der Türkei und dem damaligen Jugoslawien. Die Industriestaaten Mittel- und Westeuropas warben angesichts der damaligen wirtschaftlichen Hochkonjunktur gezielt Arbeiter\*innen aus dem südeuropäischen bzw. mediterranen Raum an, um den Arbeitskräftemangel zur Zeit der Vollbeschäftigung auszugleichen. Der Druck für diese Anwerbung ging allerdings weniger von der Politik bzw. den Regierungen Westeuropas aus, sondern vielmehr „von den Unternehmungsführungen und Lobbyisten bestimmter Branchen“, wie beispielsweise „Werften, Baugewerbe, Textilindustrie, Gastronomie“ oder der Landwirtschaft.<sup>397</sup> Es waren insbesondere solche Branchen, in denen überdurchschnittlich schlechte Arbeits- und Lohnverhältnisse vorherrschten, die wenig Prestige hatten und kaum Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs zuließen.

Die europäischen Industriestaaten begannen also in den 1950er Jahren auf „anspruchlosere Arbeitskräfte“ im Ausland zurückzugreifen, da das „Reservoir einheimischer Arbeitskräfte kleiner zu werden drohte“.<sup>398</sup> Konzipiert war die Anwerbung aus den Ländern im Süden Europas so, dass die Sozialpartner jährlich Kontingente ausverhandelten, also die genaue Zahl der anzuwerbenden Arbeitskräfte festlegte. Zusätzlich war ein Rotationsprinzip vorgesehen, die „Gastarbeiter\*innen“ sollten nur einen kurzen Zeitraum in Österreich arbeiten.

Im Zuge der „Gastarbeiter\*innen“-Anwerbung bzw. -Zuwanderung war die Gruppe der Jugoslaw\*innen zahlenmäßig dominant, während die der Türk\*innen von geringerer Bedeutung war: 1973, also am Höhepunkt der Anwerbung lebten (und arbeiteten) rund 75.000 Jugoslaw\*innen in Wien sowie knapp unter 10.000 Türk\*innen.<sup>399</sup> Nach dem Ausbruch der „Weltwirtschaftskrise 1973 wurde in den Industrieländern ein allgemeiner Anwerbestopp verhängt, in Österreich vereinbarten die Sozialpartner ein Einfrieren der Ausländerbeschäftigung“.<sup>400</sup>

---

<sup>397</sup> Treibel 2003, 117; Vgl. Bade 2000, 316-317

<sup>398</sup> Treibel 2003, 177

<sup>399</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 83

<sup>400</sup> John 1996, 142-143

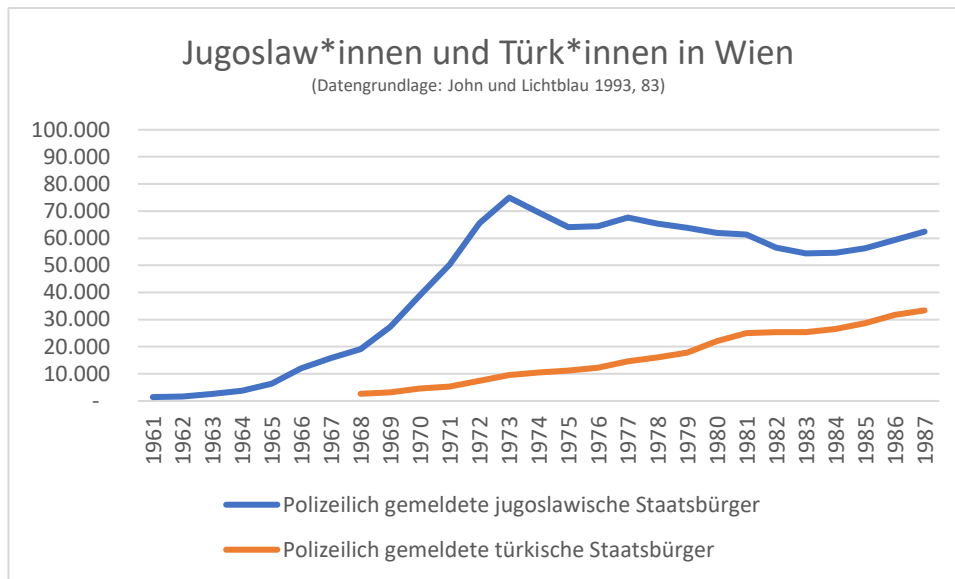


Diagramm 1 - Entwicklung der Zahl polizeilich gemeldeter jugoslawischer und türkischer Staatsbürger\*innen in Wien

Die Bezeichnung der angeworbenen Arbeitsmigrant\*innen als „Gastarbeiter\*innen“ ist keineswegs unumstritten, weshalb der Begriff in der vorliegenden Arbeit unter Anführungszeichen verwendet wird. In den frühen 1960er Jahren wurden die angeworbenen „Gastarbeiter\*innen“ in Österreich – aber auch in Deutschland – noch als „Fremdarbeiter“ bezeichnet.<sup>401</sup> Da dieser Begriff aber bereits in der Zeit des Nationalsozialismus für ausländische Zwangsarbeiter\*innen verwendet worden war, wurde von Medien und Behörden stattdessen bald die neu geschaffene Bezeichnung „Gastarbeiter“ verwendet. Leitner beurteilt diesen Neologismus so, dass „man [...] keine Assoziationen zwischen der heutigen Ausländerbeschäftigung und der Arbeit von zwangsverpflichteten Ausländern in der nationalsozialistischen Ära heraufbeschwören“ wollte.<sup>402</sup> An dem „Gastarbeiter\*innen“-Begriff kritisiert sie, dass er „irreführend“ sei, da er soziale Macht- und Ausbeutungsverhältnisse verschleierte, weil er durch den Begriff „Gast“ eine Beziehung suggeriere, die keineswegs der sozialen und ökonomischen Realität entsprach.<sup>403</sup> So würden „ausländische Arbeitskräfte in erster Linie zum Nutzen der einheimischen Wirtschaft, nicht aber als Partner ins Land gelassen“, zudem komme in dem Begriff zum Ausdruck, „daß es sich bei der Anwesenheit der ausländischen Arbeitskräfte um eine vorübergehende Erscheinung handelt, denn Gäste bleiben bekanntlich nicht“.<sup>404</sup> Auch Treibel kritisiert die Bezeichnung und das ihr

<sup>401</sup> Vgl. Leitner 1983, 17

<sup>402</sup> Leitner 1983, 17

<sup>403</sup> Vgl. Leitner 1983, 17-18

<sup>404</sup> Leitner 1983, 17

zugrundeliegende Konzept der Zuwanderung: „Man möchte nicht von Einwanderung sprechen, verlangt von den ‚Gastarbeiter\*innen‘ jedoch, sich als Einwanderer zu verhalten.“<sup>405</sup>

In Deutschland ist man bereits Ende der 1960er Jahre dazu übergegangen, den paternalistischen Begriff des „Gastarbeiters“ durch den des „ausländischen Arbeitnehmers“ zu ersetzen.<sup>406</sup> In Österreich hielt man hingegen sowohl im informellen, aber auch im offiziellen (politischen und wissenschaftlichen) Zusammenhang lange am „Gastarbeiter“-Begriff fest.<sup>407</sup> In den 1970er Jahren definiert der Wiener Arbeitskreis für ökonomische und soziologische Studien den Begriff als „überwiegend minder qualifizierte Arbeitnehmer (Arbeiter, vor allem Anlern- und Hilfsarbeiter, sowie Angestellte in den untersten rein manipulativen Tätigkeiten) aus wirtschaftlich unter dem österreichischen Entwicklungsstand stehenden Ländern (derzeit fast ausschließlich aus Jugoslawien und der Türkei)“.<sup>408</sup> Leitner argumentiert, dass der Begriff „Gastarbeiter“ insofern seine Berechtigung hätte, als er einerseits den gesellschaftlichen und politischen Erwartungen an die Arbeitsmigrant\*innen entspreche, nur temporär zu bleiben.<sup>409</sup> Andererseits „verweist er auf die Misere einer unterprivilegierten Existenz“, korrespondiere also auch mit dem Inhalt dessen, was er benennt.<sup>410</sup>

„Eine Ablösung dieses Terminus verlangt in erster Linie die Kritik seines Inhalts und nicht so sehr seiner sprachlichen Form. Bleibt der Sachverhalt unverändert, ist die definitorische Neuformulierung ohnmächtig: in den neuen Begriff wandert rasch die alte Vorstellung ein.“<sup>411</sup>

#### 4.1 Gründe/Ursachen

Im Folgenden sollen die wesentlichen Gründe der Zuwanderung von jugoslawischen und türkischen Arbeitsmigrant\*innen nach Österreich bzw. Wien dargestellt werden. Zwecks einer übersichtlicheren Struktur soll wieder – wie bereits im vorangegangenen Kapitel – nach Gründen für die Abwanderung aus der Heimatregion („Pushfaktoren“), sowie nach Gründen für die Zuwanderung nach Wien („Pullfaktoren“) differenziert werden.

---

<sup>405</sup> Treibel nach Bieling 1993, 94

<sup>406</sup> Vgl. Leitner 1983, 17

<sup>407</sup> Leitner 1983, 18

<sup>408</sup> Leitner 1983, 18

<sup>409</sup> Vgl. Leitner 1983, 18

<sup>410</sup> Leitner 1983, 18

<sup>411</sup> Leitner 1983, 18

### Push-Faktoren:

Wie bereits erwähnt stammte die Mehrheit der „Gastarbeiter\*innen“ vom Land. In der Türkei kam es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den ruralen Regionen zu einem bedeutenden Strukturwandel. Es setzte eine „massive Landflucht“ ein, die ihre Ursachen in fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten, geringem Grundbesitz sowie einer Ungleichverteilung von Modernisierung hatte.<sup>412</sup> Dennoch waren „nach wie vor über die Hälfte der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt“, weshalb die türkische Regierung großes „Interesse an der Bevölkerungsabwanderung hatte“ – dadurch konnte die potenzielle Arbeitslosenzahl verringert werden.<sup>413</sup> Neben der Abwehr von sozialen Spannungen versprach sich der türkische Staat durch die Entsendung von Arbeitskräften Deviseneinnahmen und einen langfristigen Import von Know-How.<sup>414</sup> Ein weiterer Grund für die Abwanderung aus der Türkei war die instabile politische Situation: Zwischen 1960 und 1980 kam es zu mehreren Staatsstreichen durch das Militär. Weiters waren ethnische Minderheiten Verfolgung ausgesetzt. 1983 gaben 4,3% der in Österreich lebenden Türk\*innen an, aus politischen Gründen nicht mehr in die Türkei zurückkehren zu können – besonders betroffen war die (zahlenmäßig nicht eindeutig erfassbare) Gruppe der Kurden, die in der Türkei starker Repression ausgesetzt waren und sind.<sup>415</sup>

Die Türkei war ein international bedeutendes Entsendeland von Arbeitsmigrant\*innen: 1983 arbeiteten knapp 890.000 Türk\*innen im Ausland, nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Staaten wie dem „Irak, Saudi Arabien und Libyen“.<sup>416</sup>

Der Jugoslawische Staat sah die Entsendung von Arbeitskräften – anders als die Türkei – „nur als vorübergehende Maßnahme, die es infolge mißglückter Industrialisierungspolitik zulassen mußte“.<sup>417</sup> Die Entsendung von Arbeitskräften sollte lediglich zu einem vorübergehenden Spannungsabbau führen und keine permanente Abwanderung bewirken – „dieser Konzeption wirken jedoch die steigenden Arbeitslosenzahlen Jugoslawiens entgegen, wodurch eine Rückkehr unattraktiv wurde“.<sup>418</sup> Zudem wurde die Auswanderung durch die spezifische Situation in der jugoslawischen

---

<sup>412</sup> John und Lichtblau 1993, 92-93; 96

<sup>413</sup> John und Lichtblau 1993, 93

<sup>414</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 93

<sup>415</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 112

<sup>416</sup> John und Lichtblau 1993, 93

<sup>417</sup> John und Lichtblau 1993, 93

<sup>418</sup> John und Lichtblau 1993, 93

Landwirtschaft begünstigt: Die im Unterschied zu anderen realsozialistischen Staaten existierende private Landwirtschaft Jugoslawiens zeichnete sich durch „Klein- und Kleinstwirtschaften“ aus, weshalb ein Nebenerwerb unerlässlich wurde – die Arbeitsmigration stellte häufig einen Nebenerwerb zur geringproduktiven Landwirtschaft dar.<sup>419</sup>

#### Pull-Faktoren:

Der wesentlichste Faktor der Zuwanderung (bzw. Anwerbung) war der Wirtschaftsboom, der in den 1950er und 60er Jahren in den Staaten Westeuropas Einzug hielt. Bis dahin konnte immer auf Arbeitskraftreserven zurückgegriffen werden: In der unmittelbaren Nachkriegszeit konnte der starke Bedarf an Arbeitskräften durch die Rückkehr von Kriegsheimkehrern sowie den Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen gedeckt werden.<sup>420</sup> Später erfolgte ein Rückgriff auf ehemals in der Landwirtschaft Beschäftigte, die durch den Strukturwandel freigesetzt wurden.<sup>421</sup> Ab den 1960er Jahren trat aber besonders in Wien ein Mangel an Arbeitskräften auf – die Arbeitslosenzahlen lagen unter dem volkswirtschaftlichen Schwellenwert von 3,5%, der als Maß für „Vollbeschäftigung“ gilt.

Als demografische Ursachen für den damals herrschenden Bedarf an Zuwanderung nennt Leitner:

- „Die Überalterung der Bevölkerung,
- das Nachrücken geburtenschwacher Jahrgänge ins erwerbsfähige Alter,
- die verlängerte Ausbildungszeit,
- die Vorziehung des Rentenalters und
- den Rückgang der Zuwanderung der einheimischen ländlichen Bevölkerung“.<sup>422</sup>

Angesichts der Vollbeschäftigung „bestand die Gefahr, daß unausgeschöpfte Produktionskapazitäten eine Konjunkturabschwächung bewirken“.<sup>423</sup> Daher herrschte große Nachfrage nach Arbeitskräften aus dem Ausland. Über drei Viertel der Österreicher stimmten Anfang der 1970er der Aussage zu, dass „wir [...] froh sein [müssen], daß ausländische Arbeitskräfte nach Österreich kommen, denn es fehlen überall

---

<sup>419</sup> John und Lichtblau 1993, 93

<sup>420</sup> Vgl. Leitner 1983, 21

<sup>421</sup> Vgl. Leitner 1983, 21

<sup>422</sup> Leitner 1983, 21

<sup>423</sup> John und Lichtblau 1993, 94

Arbeitskräfte“.<sup>424</sup> Zudem waren immer weniger einheimische Arbeitskräfte bereit, prestigelose Arbeiten zu verrichten – als indirekte Folge wurde der Mehrheitsgesellschaft durch die „Gastarbeiter\*innen“-Zuwanderung zum sozialen Aufstieg verholfen.<sup>425</sup>

## 4.2 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die österreichischen Unternehmen sahen in der Vollbeschäftigung die Gefahr, dass sie die Löhne in Niedriglohnsegmenten erhöhen hätten müssen. Daher forderten sie (vertreten durch die Bundeswirtschaftskammer, BWK) eine Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte.<sup>426</sup> Die Interessensvertretungen der Arbeiter\*innen – Gewerkschaftsbund (ÖGB) und Arbeiterkammer AK) – lehnten diese Maßnahme jedoch ab und plädierten stattdessen für eine stärkere Regulierung des Arbeitsmarktes.<sup>427</sup> Was Arbeitnehmer\*innen- und Arbeitgeber\*innenvertretungen gemein hatten, war der Wunsch, die damals geltende „Verordnung über ausländische Arbeitskräfte“ zu reformieren.<sup>428</sup> Die erwähnte Verordnung stammt aus dem Jahr 1941 und sah vor, dass „der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in jedem Einzelfall geprüft werden“ sollte – zudem mussten die ausländischen Arbeitskräfte über eine „Arbeitserlaubnis (AE)“ und die Unternehmen über eine „Beschäftigungsgenehmigung (BG)“ verfügen.<sup>429</sup>

Der geltenden „Verordnung über ausländische Arbeitskräfte“ zufolge fiel die Ausländerbeschäftigung allein in den Kompetenzbereich des Ministeriums für soziale Verwaltung (BMfSV) – ein Mitspracherecht der Sozialpartner war nicht vorgesehen.<sup>430</sup> Daher forderte im Jahr 1960 die Paritätische Kommission für Lohn- und Preisfragen ein neues Ausländerbeschäftigungsgesetz, welches unter Mitwirkung der Sozialpartner erarbeitet werden sollte.<sup>431</sup> Da sich ÖGB und BWK allerdings nicht innerhalb einer vom Verfassungsgerichtshof (VfGH) gesetzten Frist auf einen neuen Gesetzesentwurf einigen konnten, blieb die „Verordnung über ausländische Arbeitskräfte“ bis 1976 in Kraft und wurde fortan behelfsmäßig mithilfe von Erlässen angepasst.<sup>432</sup> Die „Verordnung über

---

<sup>424</sup> John und Lichtblau 1993, 94

<sup>425</sup> Vgl. Fischer 2009, 249

<sup>426</sup> Vgl. Lorber 2017, 49-50

<sup>427</sup> Vgl. Lorber 2017, 50

<sup>428</sup> Vgl. Lorber 2017, 50

<sup>429</sup> Lorber 2017, 50-51

<sup>430</sup> Vgl. Lorber 2017, 51

<sup>431</sup> Vgl. Lorber 2017, 50-52

<sup>432</sup> Vgl. Lorber 2017, 51-53

ausländische Arbeitskräfte“ wurde 1975 durch das Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG) abgelöst.<sup>433</sup>

1961 handelten die Sozialpartner angesichts des zunehmenden wirtschaftlichen Drucks und in Hinblick auf das Lohn- und Preisniveau das sogenannte „Raab-Olah-Abkommen“ aus.<sup>434</sup> Dieses bezweckte einen Kompromiss zwischen den Interessen der Arbeitgeber\*innen sowie der Arbeitnehmer\*innen. Das Abkommen sah vor, dass ab 1962 ausländische Arbeiter\*innen in Kontingenten nach Österreich kommen sollten – die Kontingente wurden nach Wirtschaftsbranchen und Bundesländern differenziert und sollten jährlich neu ausverhandelt werden.<sup>435</sup> Zentraler Aspekt des Abkommens war das Rotationsprinzip, auf das besonders die Arbeitnehmer\*innenseite bestanden hat.<sup>436</sup> Mit der Rotation sollte sichergestellt werden, dass die „Gastarbeiter\*innen“ möglichst bald in ihre Heimat zurückkehren und bei erneutem Bedarf durch andere Arbeiter\*innen ersetzt werden, mit dem Ziel, „die Kosten für die Infrastruktur und Sozialleistungen so gering wie möglich zu halten“. <sup>437</sup>

Das erste Kontingent von 1962 umfasste 37.120 ausländische Arbeiter\*innen, die folgenden Kontingente wurden aber sukzessive vergrößert und auf andere Wirtschaftsbranchen ausgedehnt – das höchste Kontingent (1974) umfasste 162.989 Arbeiter\*innen.<sup>438</sup>

Da die Sozialpartner über die Höhe der Kontingente verhandelten, waren sie auch maßgebende Akteure der Migrationspolitik und hatten eine höhere Entscheidungsbefugnis als der Nationalrat oder die Parlamentsfraktionen, die ohnehin „nur peripher mit dieser Thematik befasst“ waren.<sup>439</sup> Das BMfSV vermittelte zwischen Arbeitgebern und -nehmern, akzeptierte alle von den Sozialpartnern ausverhandelten Maßnahmen und leitete diese als Weisung an Dienststellen weiter.<sup>440</sup> Die starke Rolle der Sozialpartner wird angesichts der Tatsache deutlich, dass „bis 1985 [...] in keiner Regierungserklärung eine Stellungnahme zur AusländerInnenbeschäftigungspolitik abgegeben [wurde]“. <sup>441</sup> Sowohl für die Arbeitnehmer- als auch die Arbeitgeberseite „stellte die

---

<sup>433</sup> Vgl. Lorber 2017, 53; BGBl 218/1975

<sup>434</sup> Vgl. Lorber 2017, 53

<sup>435</sup> Vgl. Lorber 2017, 53

<sup>436</sup> Vgl. Fischer 2009, 249

<sup>437</sup> Vgl. Lorber 2017, 53-54

<sup>438</sup> Vgl. Lorber 2017, 55

<sup>439</sup> Lorber 2017, 56

<sup>440</sup> Vgl. Lorber 2017, 56

<sup>441</sup> Lorber 2017, 56

Kontingentsvereinbarung eine Übergangslösung bis zur Einführung eines AuslBG dar, welches erst 16 Jahre später im Zuge der wirtschaftlichen Rezession realisiert wurde“.<sup>442</sup>

Dieses neue AuslBG wurde aber von einigen Seiten stark kritisiert. Lorber geht vor allem auf die karitativen und kirchlichen Vereine ein, deren Kritik sich vor allem auf moralisch-humanitäre Überlegungen stützte.<sup>443</sup> Kritisiert wurde die unsichere Situation der ausländischen Arbeiter\*innen, jederzeit mit einer potenziellen Abschiebung konfrontiert sein zu können, sowie dass diese „primär nach rein wirtschaftlichem Rentabilitätsdenken eingestuft und abgehandelt“ würden.<sup>444</sup> Aber auch betroffene Arbeitsmigrant\*innen selbst kritisierten dieses neue Gesetz und organisierten sich dagegen.

Dennoch wurde das AuslBG 1976 eingeführt und das besonders kritisierte Rotationsprinzip blieb bestehen.<sup>445</sup> Auf Demonstrationen gegen das AuslBG reagierten die Behörden mit Repression: Gächter beschreibt den Fall von Erol Sever, der bereits zehn Jahre in Österreich lebte und arbeitete und bei einer Demonstration als Redner auftrat – in der Folge wurde ein Aufenthaltsverbot über Sever verhängt und er wurde abgeschoben.<sup>446</sup> Das Rotationsprinzip des AuslBG blieb bis zu einer Novelle im Jahr 1988 in Kraft.<sup>447</sup>

Ein weiteres Gesetz, welches (Arbeits-)Migration rechtlich regelte, war das Fremdenpolizeigesetz (FrPG) von 1954.<sup>448</sup> Es ging im Wesentlichen auf die bis dahin geltende „Ausländerpolizeiverordnung“ von 1938 zurück. Dass ausgerechnet im Bereich des Fremden- und Migrationsrechts lange Zeit Gesetze in Kraft waren, die auf die nationalsozialistische Gesetzgebung zurückgehen, ist ebenso bemerkenswert wie bezeichnend – vor dem Hintergrund der rigiden Vorgehensweise gegenüber Zuwander\*innen, denen in Österreich lange Zeit jegliche demokratischen Grundrechte vorenthalten wurden (vgl. Kapitel 4.7) spricht Ljubomir Bratic von einer „Kontinuität des rassistischen Blicks“ in einem „postnazistischen Staat“.<sup>449</sup>

---

<sup>442</sup> Lorber 2017, 59

<sup>443</sup> Vgl. Lorber 2017, 72-73

<sup>444</sup> Katholische Aktion nach Lorber 2017, 72

<sup>445</sup> Vgl. Lorber 2017, 73

<sup>446</sup> Vgl. Gächter 2004, 38

<sup>447</sup> Vgl. Lorber 2017, 73

<sup>448</sup> BGBl 75/1954

<sup>449</sup> Bratic nach Siebenhofer o.J.



Das FrPG von 1954 war nicht nur der NS-Ausländerpolizeiverordnung „stark nachempfunden und nur wenig ‚ausländerfreundlicher‘“, sondern ließ „den Behörden sehr viel Spielraum“ in Hinblick auf „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“. <sup>450</sup> Siebenhofer kritisiert das FrPG daher als „Gummiparagraf“, da mit dem vagen Verweis auf „Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ sowie „andere öffentliche Interessen“ ein Aufenthaltsverbot erlassen werden konnte. <sup>451</sup> Das FrPG blieb im Wesentlichen bis 1993 in Kraft und wurde dann durch ein neues Fremden-gesetz abgelöst. <sup>452</sup>

Weitere relevante Gesetze, die den Rahmen von Zuwanderung definierten, waren das neue Asylgesetz (welches 1968 die Genfer Konvention ablöst), das Passgesetz (von 1945 bzw. 1969, das die Einführung von Sichtvermerken (Visa) vorsah, was von der Regierung mit der drohenden „Überfremdung“ begründet wurde) sowie das neue Meldegesetz (1972) zur verstärkten Kontrolle der ausländischen Arbeiter\*innen. <sup>453</sup>

### 4.3 Verlauf der Migrationsbewegung

Zwar waren schon vor der Abschließung der Anwerbeabkommen Arbeitsmigrant\*innen in Österreich beschäftigt gewesen, ab 1964 stieg die Zahl allerdings deutlich an. <sup>454</sup> Wie bereits erwähnt kam in der ersten Phase der „Gastarbeiter\*innen“-Zuwanderung den Anwerbebüros vor Ort eine zentrale Rolle zu, da sie eine offizielle Schnittstelle zwischen den Arbeitssuchenden und den Unternehmen waren.

Der wirtschaftliche Aufschwung setzte in Österreich später als in anderen westeuropäischen Staaten ein und der „zusätzliche Bedarf an Arbeitskräften“ entstand erst ab Anfang der 1960er Jahre – deutlich später als in anderen westeuropäischen Staaten. <sup>455</sup> Daher wurde von österreichischer Seite auch mit der Anwerbung vergleichsweise spät begonnen. <sup>456</sup>

Grob lässt sich die „Gastarbeiter\*innen“-Zuwanderung in eine Frühphase (die Mitte der 1960er-Jahre begann), eine Hauptphase (die vom Ende der 1960er bis zur 1973

---

<sup>450</sup> Gächter 2004, 33

<sup>451</sup> Vgl. Siebenhofer o.J. und BGBl 75/1954

<sup>452</sup> Vgl. Siebenhofer o.J. und Gächter 2004, 33 und 41; BGBl. Nr. 840/1992

<sup>453</sup> Vgl. Gächter 2004, 35-36

<sup>454</sup> Hahn und Stöger 2014, 21

<sup>455</sup> Vgl. Lorber 2017, 49

<sup>456</sup> Vgl. Lorber 2017, 49

beginnenden Wirtschaftskrise dauerte) und eine Spätphase unterteilen (ab 1973, geprägt vom verstärkten Familiennachzug).<sup>457</sup>

Leitner hingegen unterteilt die Zuwanderung von Arbeitskräften nach Österreich hingegen in fünf Phasen:<sup>458</sup>

- 1962-1967: In dieser Phase wuchs die Zahl der im Rahmen der Kontingentvereinbarung Eingereisten stetig, „jedoch stellten die ausländischen Arbeitnehmer noch keinen wirtschaftlich bedeutsamen Faktor dar und wurden auch im Bewußsein der Öffentlichkeit und der einheimischen Bevölkerung noch kaum als Problem betrachtet“. <sup>459</sup>
- 1967-1968: Phase einer kurzfristigen Rezession, im Zuge derer die Zuwanderung bzw. Anwerbung (in Form der ausverhandelten Kontingentzahlen) geringfügig stagnierte. <sup>460</sup>
- 1969-1973: Die Hochkonjunktur bewirkt einen starken Anstieg der Angeworbenen – mit 90.000 „Gastarbeiter\*innen“ stellt Wien das Zentrum der Zuwanderung nach Österreich dar – in der Hauptstadt leben und arbeiten 40% aller „Gastarbeiter\*innen“, überdurchschnittlich hohe Anteile verzeichnen auch Vorarlberg und Salzburg. <sup>461</sup>
- 1974-1976: Internationale Wirtschaftskrise und Konjunkturabschwung führen zu einem Rückgang der beschäftigten „Gastarbeiter\*innen“. <sup>462</sup>
- 1977 und Folgejahre: Kurzfristige Schwankungen um einen stabilen Wert (den Leitner mit ca. 170.000 bis 190.000 „Gastarbeiter\*innenn“ beziffert). <sup>463</sup>

Wie sich der Zuzug zahlenmäßig exakt entwickelte, ist schwer festzustellen. Unterschiedliche Erhebungen führten zu divergierenden Zahlen, wie sich anhand des Jahres 1981 nachvollziehen lässt: Anhand der Beschäftigungsbewilligungen leben in diesen Jahr 82.000 Jugoslaw\*innen in Wien – die Zahlen der Fremdenpolizei belaufen

---

<sup>457</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 82 und Weigl 2015, 129

<sup>458</sup> Vgl. Leitner 1983, 23-25

<sup>459</sup> Leitner 1983, 23

<sup>460</sup> Vgl. Leitner 1983, 23

<sup>461</sup> Vgl. Leitner 1983, 24

<sup>462</sup> Vgl. Leitner 1983, 25

<sup>463</sup> Vgl. Leitner 1983, 25

sich hingegen auf 61.318 und die Volkszählung ergab nur 58.890 Jugoslaw\*innen in Wien.<sup>464</sup>

*Tabelle 7 - Zahl polizeilich gemeldeter jugoslawischer und türkischer Staatsbürger\*innen in Wien (1961-1987).*

|      | Jugoslaw*innen | Türk*innen |
|------|----------------|------------|
| 1961 | 1.425          |            |
| 1962 | 1.660          |            |
| 1963 | 2.529          |            |
| 1964 | 3.730          |            |
| 1965 | 6.315          |            |
| 1966 | 12.055         |            |
| 1967 | 15.792         |            |
| 1968 | 19.069         | 2.646      |
| 1969 | 27.387         | 3.149      |
| 1970 | 38.937         | 4.589      |
| 1971 | 50.239         | 5.283      |
| 1972 | 65.534         | 7.411      |
| 1973 | 74.980         | 9.536      |
| 1974 | 69.565         | 10.448     |
| 1975 | 64.123         | 11.223     |
| 1976 | 64.443         | 12.206     |
| 1977 | 67.613         | 14.582     |
| 1978 | 65.398         | 15.996     |
| 1979 | 63.882         | 17.800     |
| 1980 | 61.900         | 22.032     |
| 1981 | 61.318         | 25.037     |
| 1982 | 56.541         | 25.342     |
| 1983 | 54.460         | 25.401     |
| 1984 | 54.637         | 26.565     |
| 1985 | 56.312         | 28.703     |
| 1986 | 59.398         | 31.774     |
| 1987 | 62.409         | 33.394     |

Quelle: John und Lichtblau 1993, 83

## 4.4 Herkunft und soziodemografische Zusammensetzung

### Zur regionalen Herkunft

Für die türkischen „Gastarbeiter\*innen“ lagen lange Zeit keine Daten über deren genaue Herkunftsregion vor. Erst 1983 führte das Institut für Höhere Studien eine Erhebung zur Herkunft der in Österreich lebenden und arbeitenden Türk\*innen durch: „Demnach stammten 24,1 Prozent aus Marmara und Thrazien, 19,3 Prozent aus der Schwarzmeerregion, 16,4 Prozent aus Nordzentralanatolien, 14,2 Prozent aus der Ägäisregion. 10,2 Prozent aus Ostzentralanatolien, 6,9 Prozent aus Südzentralanatolien, 5,8% aus der Mittelmeerregion [...]“.<sup>465</sup> Die geringsten Anteile stammen aus

<sup>464</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 82

<sup>465</sup> John und Lichtblau 1993, 82

Südostanatolien (1,8 Prozent) und Nordostanatolien (1,1 Prozent).<sup>466</sup> Auch Hahn und Stöger erwähnen ein markantes „West-Ost-Gefälle“ unter den türkischen Zuwander\*innen.<sup>467</sup>

Die jugoslawischen Zuwander\*innen kamen Gero Fischer zufolge in den frühen 1980er Jahren zu etwa „zwei Drittel bis drei Viertel [...] aus Serbien, 15% aus Bosnien-Herzegowina, 10% aus Kroatien, 4% aus Makedonien, 0,4% aus Slowenien“.<sup>468</sup> Diese Anteile änderten sich zwischen der Früh- und der Spätphase der Zuwanderungsbewegung aber deutlich, wie Lichtenberger beschreibt.<sup>469</sup> So stammten während der Frühphase (um das Jahr 1964) nahezu zwei Drittel der jugoslawischen „Gastarbeiter\*innen“ aus den nordwestlichen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien – erst im weiteren Verlauf nahmen die Anteile der Kroat\*innen und Slowen\*innen stark ab, während die der Serb\*innen und Bosnier\*innen anstiegen.<sup>470</sup> Die Jugoslaw\*innen waren die mit Abstand größte Gruppe der Zuwander\*innen, ihr Anteil an der Gesamtzahl der „Gastarbeiter\*innen“ belief sich auf 90,7% – sie stellen somit 5,1% der Wohnbevölkerung (1972).<sup>471</sup>

Die türkischen Zuwander\*innen kamen in einer überwiegenden Mehrheit vom Land, noch stärker ausgeprägt war der ländliche Hintergrund aber unter den jugoslawischen Zuwander\*innen.<sup>472</sup> 1983 stammten 78,5% der Zuwander\*innen beider Gruppen vom Land und 14,4% aus einer kleinen oder mittelgroßen Stadt.<sup>473</sup>

Auf die vorwiegend ländlichen Gebiete hatte die Abwanderung nach Westeuropa enorme Auswirkungen: Exemplarisch führt Cornelia Kogoj die Ortschaft Adatepe an, die „zwei Stunden östlich von Istanbul“ liegt.<sup>474</sup> Nachdem im Jahr 1964 ein Vertreter des österreichischen Bauunternehmens Kallinger in die Region kam, um Arbeitskräfte anzuwerben, sind in der Folge etwa die Hälfte der Einwohner\*innen Adatepes nach Österreich emigriert.<sup>475</sup> Dadurch veränderte sich nicht nur die Bevölkerungsstruktur des Dorfes, sondern auch dessen Lebensqualität für die Gebliebenen markant, da

---

<sup>466</sup> Vgl. Achatz et.al. 1985, 48

<sup>467</sup> Vgl. Hahn und Stöger 2014, 24

<sup>468</sup> Vgl. Fischer 1996, 84

<sup>469</sup> Vgl. Lichtenberger 1984, 82-88

<sup>470</sup> Vgl. Lichtenberger 1984, 82

<sup>471</sup> Vgl. Leitner 1983, 83

<sup>472</sup> Vgl. Hahn und Stöger 2014, 24

<sup>473</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 92

<sup>474</sup> Kogoj 2004, 83

<sup>475</sup> Vgl. Muradoglu und Ongan 2004b, 144

viele Häuser lediglich in den Sommermonaten bewohnt wurden und die restliche Zeit leer standen.<sup>476</sup> Für ganze Dörfer im heutigen Serbien sind ähnliche Phänomene bekannt.

### Soziodemografische Zusammensetzung der „Gastarbeiter\*innen“

Zunächst war der Zuzug von „Gastarbeiter\*innen“ – sowohl der jugoslawischen, stärker aber noch der türkischen – in erster Linie männlich geprägt. Erst durch den Familiennachzug ab Mitte der 1970er Jahre begann sich das Geschlechterverhältnis anzugleichen.<sup>477</sup>

Im Jahr 1981 waren 60% der Wiener Türk\*innen männlich und 40% weiblich - bei den Jugoslaw\*innen machten die Männer 55% und die Frauen 45% aus.<sup>478</sup> Hierzu ist allerdings anzumerken, dass Wien einen „charakteristisch höheren Frauenanteil“ aufwies als die Bundesländer.<sup>479</sup>

Zehn Jahre zuvor, 1971, waren die männlichen Zuwanderer noch stärker in der Überzahl: Bei den Türk\*innen kamen auf 14.300 Männer 2.100 Frauen, was einem Verhältnis von 87:13 entspricht.<sup>480</sup> Dass sich der Frauenanteil in der folgenden Dekade verdreifachte, veranschaulicht die Bedeutung des Familiennachzuges. Auch unter den jugoslawischen Zuwander\*innen gab es 1971 einen signifikanten Männerüberhang: Auf 58.900 Männer kamen 34.400 Frauen, was einem Verhältnis von 63:37 entspricht.<sup>481</sup> Zum Vergleich: Die gesamte Wiener Wohnbevölkerung hatte ein Geschlechterverhältnis von rund 44:56, es gab also einen Frauenüberhang.<sup>482</sup>

Was die Altersstruktur (Referenzjahr 1972) betrifft, so waren die jugoslawischen Zuwander\*innen deutlich jünger als die türkischen: 50% der in Wien lebenden Jugoslaw\*innen waren jünger als 25. Die größte Alterskohorte stellten die 20- bis 25-Jährigen. Mit einem Anteil von 20,1% ebenfalls stark vertreten waren die 30- bis 40-Jährigen. Lediglich 3,5% aller Jugoslaw\*innen in Wien waren über 50 Jahre.

---

<sup>476</sup> Vgl. Muradoglu und Ongan 2004b, 144

<sup>477</sup> Vgl. Achatz et.al. 1985, 41

<sup>478</sup> Vgl. Achatz et.al. 1985, 41

<sup>479</sup> Vgl. Achatz et.al. 1985, 41

<sup>480</sup> Vgl. Achatz et.al. 1985, 146

<sup>481</sup> Vgl. Achatz 146

<sup>482</sup> Vgl. Leitner 1983, 32

Die Altersstruktur der zugewanderten Türk\*innen wich von jener der Jugoslaw\*innen deutlich ab: Zwar war der Anteil der unter 15-Jährigen mit rund 11,5% knapp höher wie der der Jugoslaw\*innen, aufsummiert lag der Anteil der unter 25-Jährigen aber mit 38,7% deutlich unter dem 50%-Anteil der Jugoslaw\*innen. Die größte Altersklasse unter den Türk\*innen stellten mit knapp 29% die 30- bis 40-Jährigen.

Betrachtet man das Einreisealter aller Zuwander\*innen nach Österreich, so ergibt sich ein ähnliches Bild: Knapp über 50% der jugoslawischen Zuwander\*innen waren unter 24, der Anteil der 20- bis 24-jährigen Alterskohorte war doppelt so hoch wie der Anteil der zweitgrößten Alterskohorte (der 25- bis 29-Jährigen, 16,5%).<sup>483</sup> Bei den Türk\*innen hingegen war das Alter der Zuwanderung gleichmäßiger verteilt und es gibt keine signifikanten Ausreißer einer Kohorte, wenngleich ebenfalls die 20- bis 24-Jährigen mit 24,3% die größte Gruppe bildeten.<sup>484</sup>

Die Wiener Wohnbevölkerung ist im Schnitt deutlich älter: Knapp 40% sind über 50, während diese Altersgruppe bei den Jugoslaw\*innen und Türk\*innen bei unter 4% liegt. 27,4% der Wiener sind unter 25. Das bedeutet, dass Anfang der 1970er Jahre die Hälfte der in Wien lebenden Jugoslaw\*innen, aber nur rund 40% der Türk\*innen und nur knapp über ein Viertel der Wiener\*innen unter 25 war.

*Tabelle 8 - Altersstruktur der zugewanderten Jugoslaw\*innen und Türk\*innen sowie der Wiener Wohnbevölkerung.*

| Alterskohorten | Jugoslaw*innen (1972) | Türk*innen (1972) | Wiener*innen (1971) |
|----------------|-----------------------|-------------------|---------------------|
| 0-6 Jahre      | 5,3                   | 5,8               | 6,8                 |
| 6-15 J.        | 4,7                   | 5,7               | 9,5                 |
| 15-20 J.       | 15,5                  | 11,9              | 4,2                 |
| 20-25 J.       | 25,1                  | 15,3              | 6,9                 |
| 25-30 J.       | 12,6                  | 18,0              | 7,9                 |
| 30-40 J.       | 20,1                  | 28,9              | 12,0                |
| 40-50 J.       | 13,2                  | 11,9              | 13,2                |
| Über 50 J.     | 3,5                   | 2,5               | 39,6                |

Quelle: Leitner 1983, 30

<sup>483</sup> Vgl. Achatz et.al. 51

<sup>484</sup> Vgl. Achatz et.al. 51

### Berufsstruktur der „Gastarbeiter\*innen“

Die zugewanderten Jugoslaw\*innen und Türk\*innen waren „innerhalb des Berufsspektrums der städtischen Gesellschaft in einem außerordentlich hohen Ausmaß auf Berufe konzentriert, die der untersten Berufsposition zuzurechnen sind.“<sup>485</sup> Das ist zwar durchaus ein typisches Phänomen der Arbeitsmigration nach Europa, allerdings war die Konzentration von Zuwander\*innen auf die untersten Berufsschichten in Wien noch deutlich stärker ausgeprägt, als im internationalen Vergleich.<sup>486</sup> In Wien waren „fast 90% der Gastarbeiter [...] als Hilfsarbeiter bzw. angelernte Arbeiter oder als sonstige Hilfskräfte beschäftigt, nicht einmal 10% als Facharbeiter und die Berufstätigkeit als Angestellter, Beamter oder Selbstständiger ist völlig bedeutungslos“.<sup>487</sup>

Leitner betont jedoch, dass die Art der Beschäftigung keinen Schluss auf die Qualifikation von Arbeitsmigrant\*innen zulasse, da diese häufig unter ihrer Qualifikation arbeiteten.<sup>488</sup> Dazu passend erwähnen Hahn und Stöger in ihrer Studie zum 50-jährigen Jubiläum des österreichisch-türkischen Abwerbeabkommens den Brief eines türkischen „Gastarbeiters“, den dieser 1963 an die Wirtschaftskammer schrieb. Durchaus unüblich für die damalige Zeit beschwerte sich der Arbeiter in dem Schreiben „über Arbeitsbedingungen und seine minder qualifizierte Tätigkeit in einem österreichischen Betrieb: Er sei ‚als Tischler engagiert‘ worden, müsse nun ‚aber hier Holz, Steine und Ziegelsteine schleppen‘. ‚Wenn ich das gewusst haette‘, so der Arbeiter weiter, ‚waere ich nicht gefahren. [...] Schickt mich bitte nach der Schweiz oder nach Deutschland“.“<sup>489</sup>

Was die Stellung im Berufsleben (Tabelle 9) betrifft, so lassen sich nur geringe Unterschiede zwischen jugoslawischen und türkischen Zuwander\*innen feststellen – dennoch fällt auf, dass unter Türk\*innen ein größerer Anteil als Facharbeiter\*innen und Selbstständigen tätig war.<sup>490</sup>

---

<sup>485</sup> Leitner 1983, 33

<sup>486</sup> Vgl. Leitner 1983, 34

<sup>487</sup> Vgl. Leitner 1983, 33

<sup>488</sup> Vgl. Leitner 1983, 33

<sup>489</sup> Hahn und Stöger 2014, 26

<sup>490</sup> Vgl. Leitner 1983, 33-34

*Tabelle 9 - Berufsstellung ethnischer Gruppen in Wien im Vergleich (1972)*

| Stellung im Beruf (1972)                          | Jugoslaw*innen | Türk*innen | Wiener*innen |
|---------------------------------------------------|----------------|------------|--------------|
| Selbstständige und mithelfende Familienangehörige | 0,2            | 0,7        | 11,1         |
| Angestellte und Beamte                            | 1,4            | 1,3        | 51,6         |
| Facharbeiter                                      | 8,7            | 13,5       | 13,4         |
| Sonstige Arbeiter                                 | 89,7           | 84,5       | 23,9         |

Quelle: Leitner 1983, 34

Zwar machten „Gastarbeiter\*innen“ Im Jahr 1972 nur rund 10% der erwerbstätigen Wiener\*innen aus, höher war ihr Anteil jedoch bei den Arbeiter\*innen: „Selbst bei vorsichtigen Analysen der aus unterschiedlichen Zeitpunkten und Quellen stammenden Daten kann man schliessen, daß [...] immerhin auf 4 einheimische wohnhafte Arbeiter bereits ein Gastarbeiter kam.“<sup>491</sup>

Die wirtschaftlichen Branchen mit dem höchsten Anteil ausländischer Arbeiter\*innen (inkl. deren Anteile an der Gesamtbeschäftigtenzahl in Prozent) waren:

- Erzeugung und Verarbeitung von Leder (31,3%)
- Erzeugung von Textilien (27,4%)
- Bauwirtschaft (22,5%)
- Fremdenverkehr und Gastronomie (17,4%)
- Erzeugung von Bekleidung und Schuhe (12,3%)
- Erzeugung und Verarbeitung von Metallen; inkl. Bergbau (11,6%)<sup>492</sup>

Was die Betriebsgrößen betrifft, so waren die Zugewanderten vorwiegend in Klein- und Mittelbetrieben tätig – die tendenziell besser bezahlenden (weil staatlichen) großindustriellen Betriebe beschäftigten hingegen unterdurchschnittlich wenige „Gastarbeiter\*innen“.<sup>493</sup>

Etwa 40% der „Gastarbeiter\*innen“ gingen Tätigkeiten mit ungünstigen Arbeitsbedingungen nach – dazu zählen unregelmäßige Arbeitszeiten (Schichtarbeit bzw. Wechseldienst) mit wenig Aussicht auf Freizeit, zudem mussten viele Überstunden geleistet werden, die nicht immer ausbezahlt wurden.<sup>494</sup> Die harte Arbeit wirkte sich auch messbar auf die Gesundheit aus, so ergaben Studien, „daß Gastarbeiter besonders unter

<sup>491</sup> Leitner 1983, 35

<sup>492</sup> Vgl. Matuschek nach Hahn und Stöger 2014, 37

<sup>493</sup> Vgl. Hahn und Stöger 2014, 24-25

<sup>494</sup> Vgl. Wimmer 1986a, 249-255



Krankheitsbildern wie Störungen des Herz-Kreislaufsystems, Schlafproblemen etc. zu leiden hatten.“<sup>495</sup>

Ab den 1970er Jahren hielt der wirtschaftliche Strukturwandel auch innerhalb der „Gastarbeiter\*innen“ Einzug und es kam zu einer Abnahme der Beschäftigung in den Bereichen des sekundären Sektors (v.a. der Industrie und dem Baugewerbe), dafür aber zu einer Zunahme in Dienstleistungsbereichen (besonders Gastgewerbe und Reinigungsberufe).<sup>496</sup> So war 1985 jeder Vierte im Gastgewerbe Beschäftigte „Gastarbeiter\*in“.<sup>497</sup>

## 4.5 Arten der Rekrutierung in der Herkunftsregion

### Institutionelle Rekrutierung

In der ersten Phase der Zuwanderung war die institutionalisierte Anwerbepolitik von großer Bedeutung.<sup>498</sup> Unternehmen konnten Arbeiter\*innen über eigens eingerichtete Stellen vor Ort anwerben. Im Zuge der bilateralen Anwerbeabkommen ab 1962 wurden Niederlassungen der Österreichischen Anwerbekommissionen in Madrid, Istanbul und Belgrad eröffnet.<sup>499</sup> Mit den Niederlassungen in den jeweiligen Ländern konnten gezielt Arbeiter\*innen vor Ort rekrutiert werden, zudem ermöglichten sie eine „Kontrolle und Regulierung der Arbeitsmigration“.<sup>500</sup>

1964 trat das Anwerbeabkommen mit der Türkei in Kraft und im selben Jahr wurde die offizielle Anwerbestelle in Istanbul eröffnet.<sup>501</sup> Die „Österreichische Anwerbekommission in der Türkei“ bezog ein geschichtsträchtiges Gebäude im Istanbuler Jugendstil-Stadtteil Beyoğlu.<sup>502</sup> Sie vermittelte die Stellengesuche österreichischer Unternehmer\*innen an die türkischen Arbeitsmarktbehörden weiter:

„Diese suchte mögliche KandidatInnen aus den langen Wartelisten arbeitsloser Menschen nach bestimmten Kriterien wie Alter, berufliche Qualifikation und Gesundheit aus. Die Anwerbekommission stellte ihrerseits fest, ob die BewerberInnen die Voraussetzungen für eine Beschäftigung in Österreich erfüllten und sie

---

<sup>495</sup> Wimmer 1986a, 251-252

<sup>496</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 82

<sup>497</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 82

<sup>498</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 94

<sup>499</sup> Vgl. Muradoglu und Ongan o.J.

<sup>500</sup> Muradoglu und Ongan o.J.

<sup>501</sup> Vgl. Gächter 2004, 35

<sup>502</sup> Vgl. Muradoglu und Ongan 2004, 122

überprüfte ein zweites Mal, ob ihre gesundheitliche und fachliche Eignung für die angebotene Arbeit ausreichend war.“<sup>503</sup>

Sechs Jahre später (1970) verlegte die Anwerbekommission in Istanbul ihren Sitz und ließ sich in einem Gebäude nieder, welches zuvor die Deutsche Anwerbungsstelle gewesen war.<sup>504</sup> Von nun an befand sich das Büro „in Serçe Sokak, einer Handwerker-gasse im Hafenviertel Karaköy“, in „unmittelbarer Nähe des türkischen Arbeitsam-tes“. <sup>505</sup> Allerdings beschreiben Muradoglu und Ongan den Standort in architektonisch-planerischer Hinsicht als mangelhaft:

„Es gab kein Wartegelände für die täglich vorsprechenden ca. 400 BewerberInnen und keine ‚Sammelstelle‘ für die ‚Abfahrbereiten‘. In den Werkstätten von Serçe Sokak etablierten sich Fotografen, Übersetzer und ‚Vermittler‘, die gegen Bezah-lung die notwendigen Formalitäten erledigten oder es zumindest vorgaben.“<sup>506</sup>

Um der Straße der Anwerbestelle entstand Zeitzeug\*innen zufolge eine regelrechte „Nischenwirtschaft“: Nicht nur die erwähnten Übersetzer\*innen und Vermittler\*innen, sondern auch Kaffeehaus- und Restaurantbesitzer\*innen, Hoteliers und Ärzt\*innen verdienten an der großen Zahl an Arbeitswilligen, die aus allen Teilen der Türkei nach Serçe Sokak gekommen waren, um sich hier zu bewerben.<sup>507</sup>

In den bereits erwähnten medizinischen Untersuchungen wurden die Bewerber von den türkischen Behörden im Auftrag der österreichischen Unternehmen medizinisch auf „Tauglichkeit“ überprüft – der Skihersteller Fischer wollte sogar Intelligenztests durchführen: eine Maßnahme, auf die letztlich verzichtet wurde.<sup>508</sup> Insgesamt mussten sich Bewerber\*innen fünf Mal verschiedenster Untersuchungen unterziehen, neben Blut- und Stuhl- und Reihenuntersuchungen wurden auch Röntgenbilder angefertigt – die dafür entstandenen Kosten dafür trugen die Arbeiter\*innen selbst.<sup>509</sup> Da der An-drang groß war wurden die Gesunden-Untersuchungen „zügig und massenhaft erledi-gt“, was wohl manche an eine „militärische Atmosphäre“ erinnerte.<sup>510</sup> Ein Sozialrefe-rent der Deutschen Botschaft in Rom verglich die Untersuchungen in den deutschen Anwerbebüros sogar mit einem Gefangenenentlassungslager – es ist davon auszuge-hen, dass in deutschen und österreichischen Büros ähnliche Zustände herrschten.<sup>511</sup>

---

<sup>503</sup> Muradoglu und Ongan 1994, 122.

<sup>504</sup> Vgl. Muradoglu und Ongan 1994, 122

<sup>505</sup> Muradoglu und Ongan 1994, 122 und Muradoglu und Ongan O.J.

<sup>506</sup> Muradoglu und Ongan O.J.

<sup>507</sup> Muradoglu und Ongan 2004, 124

<sup>508</sup> Vgl. Muradoglu und Ongan 2004, 123

<sup>509</sup> Vgl. Muradoglu und Ongan O.J.

<sup>510</sup> Höhne et.al. 2014, 4-5

<sup>511</sup> Höhne et.al. 2014, 5

Der Historiker Dirk Rupnow verglich im Jahr 2014 die Vorgänge im österreichischen Anwerbebüro „mit einer entwürdigenden ‚Fleischschau, bei der es gewissermaßen wie am Pferdemarkt zugeht‘“.<sup>512</sup> Dieser Vergleich wurde zwar vom ehemaligen Leiter der Istanbuler Anwerbekommission (Siegfried Pflegerl) zurückgewiesen, nichtsdestotrotz hätten lebensgeschichtliche Interviews ergeben, dass die „medizinischen Untersuchungen zumindest einzelnen Betroffenen unangenehm in Erinnerung geblieben sind“.<sup>513</sup> Eine eindrückliche Schilderung findet sich bei Treibel:

„Bevor sich Filiz Yüreklik ins gelobte Wirtschaftswunderland aufmachen durfte, mußte sie sich einen demütigenden Ausleseverfahren unterziehen. Wie ein Ackergaul wurde sie auf ihre körperliche Verfassung hin untersucht. Die deutsche Industrie, die in den ersten Jahren pro vermittelte ausländische Arbeitskraft 156 DM Gebühr zahlen mußte, verlangte einwandfreie Ware. ‚Es war furchtbar. Wir mußten uns bis auf den Schlüpfers ausziehen und wurden von einem deutschen Arzt untersucht. Wir standen in einer Reihe, und er schaute uns wie einem Pferd in den Mund, ob die Zähne gesund sind. Danach mußten wir Blut und Urin abgeben, damit sie feststellen konnten, ob wir schwanger oder zuckerkrank sind.‘“<sup>514</sup>

Neben der körperlich-gesundheitlichen wurde auch die fachliche Eignung getestet. Angehende Arbeiter\*innen hatten unter Beisein von Firmenvertreter\*innen ihre Eignung unter Beweis zu stellen: So mussten Facharbeiter\*innen eine Prüfung ablegen und Schneider\*innen Testbögen anfertigen (Abbildung 1, Anhang). Die Prüfung für Schneider\*innen bestand im Anfertigen von zwei vorgegebenen Nähmustern: Der erste Teil umfasste „gerade Nähte gewinkelt“ (also eine eckige, nach innen verlaufende Spirale), der zweite „gerade und gebogene Nähte“ (in Form eines spiegelverkehrten „S“, dessen Anfangs- und Endpunkt mit einer vertikalen Gerade verbunden sind).

Der Leiter der Kommission hielt in einem Aktenvermerk vom 21. Juni 1977 fest, dass bei der Prüfung besonders auf die Faktoren Geschwindigkeit und Genauigkeit zu achten ist (Abbildung 2). Als Maximalwerte waren für den ersten Bogen 2,4 und für den zweiten 1,9 Minuten angegeben.

„Bei der Überschreitung dieser Richtwerte ist je nach dem übrigen Gesamteindruck des Prüflings entweder auf a) für diesen Auftrag ungeeignet oder b) für diesen Beruf ungeeignet zu entscheiden. Selbstverständlich gelten diese obigen maximalen Zeitwerte nur unter der Voraussetzung, dass das Nähmuster auf dem Schnittbogen zumindest mittelmäßige Qualität besitzt. Sollte daher ein Arbeiter zwar beispielsweise schneller aber völlig ungenau nähen, so müsste aus diesem Grunde eine Ablehnung erfolgen.“

<sup>512</sup> Rupnow nach Weigl 2015, 128

<sup>513</sup> Weigl 2015, 128

<sup>514</sup> Seidel-Pielen nach Treibel 2003, 117

Aus: Archiv Wirtschaftskammer Österreich 1977,  
nach Muradoglu und Ongan (o.J.)

Auch in Jugoslawien gab es ab 1966 ein österreichisches Arbeitskräfteanwerbungsbüro, die „Kommission in der SFR Jugoslawien“ mit Sitz in Belgrad. Es herrschte ein ähnlicher Modus wie in Istanbul – Firmen meldeten Bedarf bei der Wirtschaftskammer, diese leitete Anforderungsprofile an die jeweiligen Kommissionen weiter. Im Jahr 1969 forderte beispielsweise die Krankenanstalt Horn acht Diplomkrankenschwestern von der Anwerbekommission in Belgrad an, die für ein Jahr befristet Krankenpflegedienst verrichten sollten (Abbildung 3).<sup>515</sup> Das an die Kommission gerichtete Schreiben gab Auskunft über die Arbeitsbedingungen, Monatslohn, etwaige Zuschläge und Entschädigungen und Urlaubsansprüche. Betont wird auch die Form der Unterbringung. Diese „erfolgt in neuerbauten modernen Garconieren, mit Zentralheizung, Bad, etc. siehe beiliegendes Bild. Für die beschriebene Wohnung ist pro Person S 200.- monatlich zu entrichten“.<sup>516</sup> Mit 200 öS machte die Monatsmiete weniger als 6% des Monatsnettolohns (3.530 öS) aus. Beigelegt wurde dem Brief die Fotografie eines Zweibettzimmers (Abbildung 4).

Da viele „Gastarbeiter\*innen“ in Branchen mit Saisonarbeit arbeiteten, bestand im Frühjahr regelmäßig ein erhöhter Bedarf an Arbeitskräften. Bei der „Frühjahrsanwerbung“ fiel in den Büros der Kommissionen ein enormer administrativer Aufwand an, beispielsweise für die „Übersetzung von Verträgen, Bestellung von Zügen aus Österreich, Platzreservierung, Erstellung von Transportlisten, Organisation der Verpflegung für die Reise, Briefe an den Schaffner“ etc.<sup>517</sup>

Da die Zahl der von den Kommissionen angeworbenen Arbeitskräfte ab Mitte der 1970er Jahre zurückging, wurde bereits 1983 deren Schließung diskutiert.<sup>518</sup> Dagegen sprachen sich das Außen- und das Sozialministerium aus, da eine solche Schließung den bilateralen Anwerbeverträgen widersprochen hätte.<sup>519</sup> Weitere zehn Jahre später, 1993, wurden die Anwerbekommissionen aufgelöst.<sup>520</sup>

### Private bzw. informelle Rekrutierung

Während für die Frühphase der Migration also hauptsächlich die institutionelle Vermittlung von Bedeutung war, nahm die Bedeutung von informeller Vermittlung mit der Zeit

---

<sup>515</sup> Vgl. Archiv Wirtschaftskammer Österreich nach Muradoglu Ongan o.J.,

<sup>516</sup> Vgl. Archiv Wirtschaftskammer Österreich nach Muradoglu Ongan o.J.,

<sup>517</sup> Muradoglu und Ongan 2004, 124

<sup>518</sup> Vgl. Lorber 2017, 107

<sup>519</sup> Vgl. Lorber 2017, 107

<sup>520</sup> Vgl. Lorber 2017, 107

stark zu.<sup>521</sup> „Die Arbeitsmigranten selbst wurden zum Hauptinformanten über die Möglichkeiten und Perspektiven im Zielland. Oft fanden sie Arbeit für Personen ihres Heimatgebietes, die sie darum gebeten hatten.“<sup>522</sup>

Bei John und Lichtblau findet man die Erzählungen einiger jugoslawischer Zuwander\*innen, die über in Wien lebende Verwandte und Bekannte auf Stellen in Wien aufmerksam wurden. Beispielsweise Liljana Jovanov (Jahrgang 1942), die in den 1970er Jahren in ihrer Heimat auf informellem Weg von einem Nachbarn angeworben wurde:

„Eines Abends kam ein Österreicher, ein Nachbar, und fragte, ob ich arbeiten wolle. Ich meinte, ich würde das gerne, könne aber die Sprache nicht. Der Österreicher: Das sei kein Problem. Er sei in einer Pension, einem Hotel, in dem seine Mutter, sein Vater, seine Frau und er selbst arbeiten, sodaß sie sich mit mir verständigen könnten. Ich fing da als Stubenmädchen an.“<sup>523</sup>

Ein anderer, nicht namentlich genannter Jugoslawe schildert die Umstände, die ihn dazu bewogen, nach Wien zu gehen:

„Ich habe genug vom Pendeln gehabt. Als wir geheiratet hatten, konnte ich bei der Familie der Frau in der Stadt wohnen, aber das gefiel mir auch nicht. Dann sah ich in Wien, daß es Arbeit gibt, daß alle ziemlich gut verdienen und gut leben. Mein Bruder hat mir gleich eine Stelle gefunden, gleich hier in der Nähe. Ich konnte in meinem Fach als Gießer arbeiten und bekam damals 8.000 bis 9.000 Schilling monatlich. (1973) Die Frau wurde auch in einer Metallfirma aufgenommen und wir entschlossen uns zu bleiben. Wir haben auch gleich über die Firma die Wohnung gekriegt.“<sup>524</sup>

Einige Menschen kamen auch aus Eigeninitiative, ohne offizielle oder informelle Vermittlung, da es in den Jahren der Hochkonjunktur nicht schwer war, einen Arbeitsplatz zu finden.<sup>525</sup> In diesem Fall wurde auch von „Touristenbeschäftigung“ gesprochen.<sup>526</sup>

Die Anfang der 1970er Jahre in Wien lebenden türkischen Arbeitsmigrant\*innen kamen mehrheitlich aufgrund privater Vermittlungen: 56% der Befragten wurden durch Verwandte oder Bekannte vermittelt, 41% institutionell angeworben (davon 15% direkt von Unternehmen angefordert) – 3% kamen auf eigene Faust.<sup>527</sup>

---

<sup>521</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 94

<sup>522</sup> John und Lichtblau 1993, 94

<sup>523</sup> John und Lichtblau 1993, 104

<sup>524</sup> John und Lichtblau 1993, 106

<sup>525</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 94-95

<sup>526</sup> Vgl. Lorber 2017, 65-66

<sup>527</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 95

#### 4.6 Wohnsituation und sozialräumliche Verteilung in Wien

Über die Frühphase der „Gastarbeiter\*innen“-Zuwanderung gibt es keine amtlichen Statistiken, die Aufschluss über das räumliche Verteilungsmuster der Zuwander\*innen geben könnten. Erste Zahlen, erhoben durch die Fremdenpolizei, liegen ab 1972 vor.<sup>528</sup>

Angesichts des sozialen Status und der beruflichen Positionen der „Gastarbeiter\*innen“ ist bekannt, dass ihnen „ausschließlich die billigsten Segmente des Wohnungsmarktes, situiert in den Arbeiterbezirken am Rande der Stadt, zu Verfügung standen“ – die Zuwander\*innen ließen sich vorwiegend in den „gürtelnahen Bereichen des 15., 16. und 17. Bezirks sowie in Teilen des 2., 5., 10., und 20. Bezirks“ nieder.<sup>529</sup>

*Tabelle 10 - Segregation türkischer und jugoslawischer Staatsbürger\*innen auf Bezirksebene (in Prozent).*

| Bezirke | Jugoslaw*innen | Türk*innen |
|---------|----------------|------------|
| 1       | 0,9            | 0,3        |
| 2       | 8,4            | 9,4        |
| 3       | 5,8            | 7,1        |
| 4       | 1,9            | 0,8        |
| 5       | 6,0            | 5,8        |
| 6       | 2,4            | 2,2        |
| 7       | 2,8            | 2,4        |
| 8       | 1,9            | 1,1        |
| 9       | 3,6            | 1,5        |
| 10      | 7,0            | 13,5       |
| 11      | 1,8            | 2,3        |
| 12      | 4,6            | 3,3        |
| 13      | 1,4            | 0,5        |
| 14      | 4,6            | 3,2        |
| 15      | 9,1            | 8,7        |
| 16      | 10,1           | 11,2       |
| 17      | 6,6            | 6,6        |
| 18      | 5,4            | 3,4        |
| 19      | 2,3            | 1,5        |
| 20      | 5,2            | 9,1        |
| 21      | 2,6            | 2,0        |
| 22      | 2,2            | 2,1        |
| 23      | 3,4            | 2,0        |
| Σ       | 100,0          | 100,0      |

Aus: John und Lichtblau 1993, 164

Von den Wiener Jugoslaw\*innen leben im Jahr 1984 10,1% in Ottakring, 9,1% in Rudolfsheim-Fünfhaus, 8,4% in der Leopoldstadt, 7% in Favoriten und 6,6% in Hernals.<sup>530</sup> Von den Wiener Türk\*innen lebten 13,5% in Favoriten, 11,2% in Ottakring, 9,4% in der Leopoldstadt, 8,7% in Rudolfsheim-Fünfhaus und 7,1% in der Landstraße.<sup>531</sup>

<sup>528</sup> Vgl. Lichtenberger 1984, 282

<sup>529</sup> Payer 2004, 4

<sup>530</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 164

<sup>531</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 164

Die Stadtgeografin Lichtenberger unterteilt das Wiener Stadtgebiet in drei physiognomisch-städtebauliche Kategorien: Den geschlossen verbauten Stadtkern (inkl. alter Ortskerne im offenen Stadtrand), den lückenhaften Rand des geschlossenen Stadtgebietes, sowie die offen verbaute Stadtrandzone.<sup>532</sup> In den späten 1970er Jahren wiesen folgende Regionen des Wiener Stadtgebietes überdurchschnittlich hohe Anteile an „Gastarbeiter\*innen“ auf.<sup>533</sup>

### 1. Stadtrandzone

- Ansiedlung entlang gründerzeitlicher industrieller Wachstumsspitzen, wie Industriebetriebe, Werkstätten, Brachparzellen entlang von Bahnlinien und Fernstraßen:
  - Zwischen Südbahn und Triesterstraße sowie zwischen Atzgersdorf und Siebenhirten
  - Westrand von Wien bei Hütteldorf
  - Südosten von Wien, „zwischen Schlachthof, Gaswerk und Ostbahntrasse“
- Weitläufige „wilde Siedlungen“ im 22. Bezirk in Gebieten der ehemaligen Donauauen:
  - Bruckhausen bei Floridsdorf
  - Der sehr peripher gelegene Biberhausen, mit seinen „behelfsmäßigen Bauten verschiedenster Art“, die als Unterkunft dienten

### 2. Rand des geschlossenen Stadtgebietes

- Wohn- und Industriemischgebiete in peripherer Lage:
  - Industrieperipherie von Favoriten
  - Industrieperipherie entlang der westlichen Vorortelinie im 14., 16. und 17. Bezirk
  - Lände- und Industriegebiete im Prater
  - Umgebung der Bahnareale im 2. und 20. Bezirk
- Frühgründerzeitliche Vororte der äußeren Bezirke mit abgewohnter Bausubstanz:
  - Neulerchenfeld
  - Altottakring in der Gegend der Brauerei
  - Reinprechtsdorf
  - Alt-Meidling

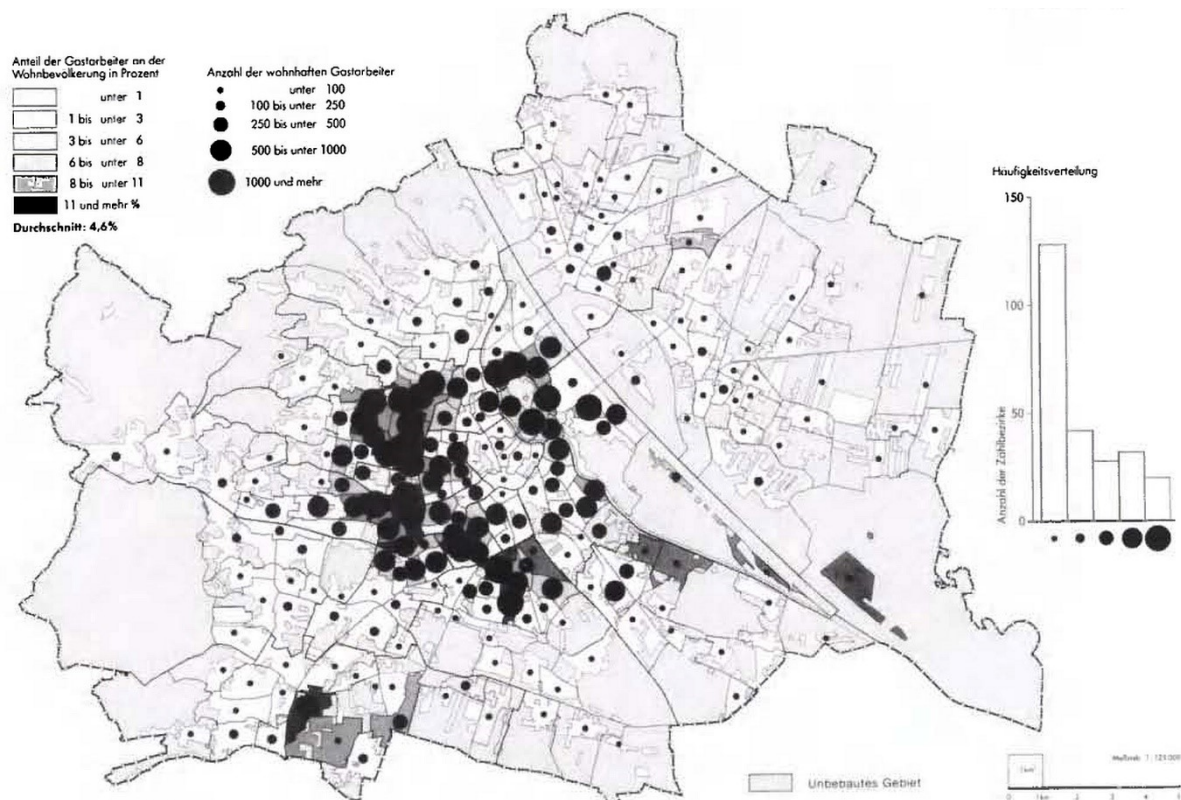
### 3. Geschlossener verbauter Stadtkern

- Wohngegenden der inneren Bezirke mit Altbaubestand

---

<sup>532</sup> Vgl. Lichtenberger 1984, 227-228

<sup>533</sup> Lichtenberger 1984, 233-234



Aus: John und Lichtblau 1993, 163

Karte 1 - Die räumliche Verteilung jugoslawischer und türkischer "Gastarbeiter\*innen" in Wien (1982).

Der Stadthistoriker Peter Payer weist auf das Spezifikum Wiens hin, dass es bei der „Gastarbeiter\*innen“-Zuwanderung „im Unterschied zu anderen mitteleuropäischen Großstädten wie Berlin oder München [...] in Wien zu keiner großräumigeren Ghetto-bildung“ kam.<sup>534</sup> Eine empirisch feststellbare erhöhte Konzentration auf bestimmte Häuser und Wohnblöcke führte jedoch zu strukturell ähnlichen Problemen: „Erneuerungsbedürftige Bausubstanz, überwiegend Klein- und Kleinstwohnungen, wenig attraktives Wohnumfeld, stark überalterte Wohnbevölkerung.“<sup>535</sup>

Wimmer und Payer beschreiben eine regelrechte Unterschichtung des Wohnungsmarktes, da „Gastarbeiter\*innen“ meist nur solche Wohnungen zur Anmietung offen standen, „die auf Grund ihrer schlechten Qualität für Österreicher unattraktiv waren.“<sup>536</sup>

„Die Eckdaten der ausländischen Wohnverhältnisse in Wien waren eindeutig: Es dominierten prekäre Rechtsverhältnisse (33% Untermietwohnungen), Standardwohnungen (80% Ausstattungskategorie D, davon ein Viertel ohne WC und Wasser innerhalb der Wohnung), minimale Wohnungsgrößen (nur ein Wohnraum) mit hohem Überbelag und überhöhten Mieten. Mit zunehmender Länge der

<sup>534</sup> Payer 2004, 5

<sup>535</sup> Payer 2004, 5

<sup>536</sup> Vgl. Wimmer nach Payer 2004, 5



Aufenthaltsdauer verbesserte sich die Wohnsituation allerdings deutlich, vor allem in Hinsicht Wohnungsgröße, Belagsdichte und Wohnungskosten.<sup>537</sup>

„Gastarbeiter\*innen“ wohnten also nicht nur signifikant häufiger als Einheimische in Substandardwohnungen mit alter, baufälliger Substanz, sondern lebten auch oft in Wohnungen mit überaus hohen Belagsdichten.<sup>538</sup> „Gründerzeitliche Altbauwohnungen“ seien damals für die Zuwander\*innen zu regelrechten „Massenquartieren umfunktioniert“ worden.<sup>539</sup> Dies zeigt sich auch in Leitners Erhebungen zur Belagsdichte von „Gastarbeiter\*innen“-Wohnungen: So gaben 80% der von ihr Befragten an, in einer Wohnung mit lediglich einem Wohnraum zu leben, allerdings lebten in solchen Wohneinheiten dennoch durchschnittlich 3,1 Personen (Durchschnitt für alle Wiener Arbeiter\*innenhaushalte: 2,2 Personen).<sup>540</sup> Was die Belagsdichte betrifft, bestanden Wimmer zufolge durchaus große Unterschiede hinsichtlich der Herkunft der „Gastarbeiter\*innen“ – so hätten Türk\*innen in deutlich beengteren Wohnverhältnissen gelebt als Jugoslaw\*innen.<sup>541</sup>

Die Wohnverhältnisse der „Gastarbeiter\*innen“ wurden auch medial immer wieder thematisiert. Bei Payer findet man einen Zeitungsartikel vom Februar 1973 (erschieden im Kurier):

„Wird das alte Wien zu Kolaric-Massenslum?': Wer kennt sie nicht? Die abbröckelnden Bruchbuden in den Seitengassen Wiens, wo außer ein, zwei alten Hausparteien nur Gastarbeiter wohnen. Bis zu 15 schwarzgelockte Gesellen auf Zimmer und Küche zusammengepfercht. Manche schlafen auf der Erde, andere haben ein ‚feudales‘ Eisenbett. Das Wasser holen sie von der Gangbassena, die zwei Toiletten daneben müssen sich oft 40 (!) Arbeiter teilen. [...] Die geschilderten Zustände sind durchaus kein drastischer Einzelfall. In Fünfhaus, in Ottakring, in Hernals, in Simmering, in Favoriten, in Floridsdorf, kurzum, wo die Althäuser überwiegen, gibt es solche slumverdächtige Regionen.“<sup>542</sup>

Wimmer konstatiert einen Zusammenhang zwischen der Aufenthaltsdauer und der Wohnsituation von „Gastarbeiter\*innen“. Die Wohnungen von Zuwander\*innen mit der kürzesten Aufenthaltsdauer (unter zwei Jahren) hatten im Durchschnitt die geringste Größe (29,9m<sup>2</sup>), die höchste Belagsdichte (12,2 m<sup>2</sup>/Person), die höchsten monatlichen Wohnungskosten (1.366 öS) und kosteten den höchsten Teil des monatlichen Einkommens (21,6% des Haushaltseinkommens).<sup>543</sup> Bei einem Aufenthalt von 12-14 Jahren

---

<sup>537</sup> Vgl. Wimmer nach Payer 2004, 5

<sup>538</sup> Vgl. Leitner 1983, 197

<sup>539</sup> Payer 2004, 6

<sup>540</sup> Vgl. Leitner 1983, 199

<sup>541</sup> Wimmer 1986b, 286

<sup>542</sup> Payer 2004, 6

<sup>543</sup> Vgl. Wimmer 1986b, 291

lag die durchschnittliche Wohnungsgröße bei 39m<sup>2</sup>, der Belag/Person bei 15m<sup>2</sup>, die monatlichen Wohnungskosten bei 1.096 öS und der Anteil des für die Miete aufgewendete monatlichen Haushaltseinkommens lag bei 9,4%.<sup>544</sup> Erst kürzer in Wien lebende „Gastarbeiter\*innen“ wohnten also unter besonders prekären Bedingungen.

Allgemein lässt sich sagen, dass die Wohnsituation sowohl von „Gastarbeiter\*innen“ als auch der gesamten Wohnbevölkerung mit den Einkommensverhältnissen zusammenhing – die einkommensbedingte Marginalisierung von Zuwander\*innen am Wohnungsmarkt „wurde aber durch Diskriminierungen noch zusätzlich verstärkt.“<sup>545</sup> Daher wird „die Wohnsituation in der Anfangsphase der Arbeitsmigration [...] in lebensgeschichtlichen Quellen häufig negativ erinnert.“<sup>546</sup>

#### 4.7 Marginalisierung und Diskriminierung der Zuwander\*innen

Im Folgenden soll auf die gesellschaftliche und rechtliche Marginalisierung von „Gastarbeiter\*innen“ eingegangen werden. Gemeinsam ist diesen beiden Ebenen die Instrumentalisierung der „Gastarbeiter\*innen“ zum Wohle der Mehrheitsgesellschaft. Zuwanderung und Migrationspolitik wurde lange Zeit einzig und allein auf die Ansprüche des Anwerbelandes zugeschnitten.

Als das erste Anwerbeabkommen mit der Türkei abgeschlossen und mit volkswirtschaftlichen Gründen (Lohn- und Preisstabilität, Wirtschaftswachstum) argumentiert wurde, wurde der Zuzug von „Gastarbeiter\*innen“ Hahn und Stöger zufolge „weder in der Politik noch in der medialen Öffentlichkeit kontrovers diskutiert“.<sup>547</sup> Bis in die 1980er Jahre waren die Themen Migration und Migrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft kein zentrales politisches Thema, schreiben auch Holzer und Münz.<sup>548</sup> Das bedeutet allerdings nicht, dass es keine gesellschaftlichen und rechtlichen Diskriminierungen gab – sondern lediglich, dass diese für die Mehrheitsgesellschaft kein Thema darstellten.

Der Umgang mit den „Gastarbeiter\*innen“ als Spezialtypus des „Fremden“ ist von den gesellschaftlichen Umständen der Nachkriegszeit nicht zu trennen. Der Zeithistoriker

---

<sup>544</sup> Vgl. Wimmer 1986b, 291

<sup>545</sup> Hahn und Stöger 41

<sup>546</sup> Hahn und Stöger 29

<sup>547</sup> Vgl. Hahn und Stöger 2014, 20

<sup>548</sup> Vgl. Holzer und Münz 1995, 45

Oliver Rathkolb attestiert der österreichischen Nachkriegsgesellschaft einen starken Hang zu autoritären Grundpositionen.<sup>549</sup> In den Ideologien der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus sieht er „Kontinuitäten aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, deren Verbreitung in der österreichischen Gesellschaft noch im späten 20. Jahrhundert in deutlichem Ausmaß empirisch festgestellt werden kann.<sup>550</sup> Fremden gegenüber zeigt sich eine autoritäre und ablehnende Einstellung besonders deutlich.<sup>551</sup>

Wladimir Fischer unterteilt die in der Zweiten Republik herrschenden Diskurse über „Gastarbeiter\*innen“ in drei Phasen: Die erste Phase der 1960er und 1970er Jahre, die zweite Phase der 1980er und 1990er, sowie die dritte Phase ab den 1990er Jahren.<sup>552</sup>

Eine wesentliche Zäsur stellte die Wirtschaftskrise ab 1973 dar, die die Situation der „Gastarbeiter\*innen“ in Beruf und Gesellschaft verschlechterte.<sup>553</sup> 1973 war auch das Jahr des Wiener Gemeinderats-Wahlkampfes, der nachhaltige Auswirkungen haben sollte: Bis dahin hatten FPÖ und Kronen Zeitung eine untergeordnete Rolle in der gesellschaftlichen Debatte um Zuwanderung gespielt. Erst im Wiener Wahlkampf von 1973 sieht Fischer den Kondensationspunkt eines „neo-rassistischen Diskurses“.<sup>554</sup> Seither wurden kollektive Ängste vor einem sozialem Abstieg diffus mit „Ausländer\*innen“ in Verbindung gebracht.<sup>555</sup> Ein weiteres wichtiges Ereignis, das sich auf den herrschenden Diskurs über Migration auswirkte, war dann Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre der Fall des Eisernen Vorhanges.

#### Marginalisierung auf gesellschaftlicher Ebene:

Charakteristisch für den Diskurs der 1960er und -70er Jahre war eine paternalistische Haltung gegenüber den zugezogenen Arbeitsmigrant\*innen. Die zunächst mit der vorbelasteten Bezeichnung „Fremdarbeiter“ versehenen Zuwander\*innen wurden zu „Gastarbeiter\*innen“ erklärt. Auf die Kritik an diesem neu geschaffenen Terminus wurde bereits zu Beginn des Kapitels hingewiesen – auch eine paternalistische Stoßrichtung des Begriffs ist nicht von der Hand zu weisen.

---

<sup>549</sup> Rathkolb 2015, 67-72

<sup>550</sup> Rathkolb 2015, 68

<sup>551</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 350-351

<sup>552</sup> Vgl. Fischer 2009, 248

<sup>553</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 85

<sup>554</sup> Vgl. Fischer 2009, 248

<sup>555</sup> Vgl. Fischer 2009, 260-261

In den 1960ern herrschte Fischer zufolge ein „wohlwollend-paternalistischer Ton gegenüber den Gastarbeitern [...]. Dieser gütlich-herablassende Ansatz stand in klarem Zusammenhang mit den Interessen der österreichischen Wirtschaft an den billigen und disponiblen Arbeitskräften aus Südosteuropa.“<sup>556</sup> In Ergänzung dazu sind die „traditionellen Überlegenheitsgefühle der Österreicher gegenüber ihren osteuropäischen Nachbarn“ zu sehen.<sup>557</sup>

Von „Gastarbeiter\*innen“ herrschte in dieser Phase das Bild des „braven Arbeitsmannes“ aus dem Süden, das „sozialromantische Vorstellungen vom ländlichen Leben aus dem 19. Jahrhundert“ enthielt und dazu „bürgerliche Werte wie Fleiß und Sauberkeit“ auf die Zuwander\*innen projizierte.<sup>558</sup>

Die Bezeichnung „Kolaric“ wurde früh zur geläufigen Metapher für „Gastarbeiter\*innen“.<sup>559</sup> Anfang der 1970er Jahre bot das Wiener Kuratorium für Verkehrssicherheit Kurse zur „Verkehrserziehung für ‚Gastarbeiter‘ an“, unter dem Titel „Helfen wir Kolaric“.<sup>560</sup> Eine weitere paternalistische Erziehungsmaßnahme setzte die Bundesinnung der Baugewerbe mit der Publizierung fachspezifischer Wörterbücher. In diesen Broschüren ging es Payer zufolge weniger „um simple Informationsvermittlung“, sondern stärker um „Erziehung und Disziplinierung, um Anpassung an die herrschenden Verhaltensnormen“ und sie waren darüber hinaus geprägt von „tief sitzenden ethnischen Ressentiments“.<sup>561</sup> „So finden sich etwa folgende (übersetzte) Phrasen im [...] Lexikon: ‚Sie müssen pünktlich anfangen.‘ ‚Die Pause ist zu Ende.‘ ‚Gehen Sie an die Arbeit.‘ ‚Warum haben Sie gestern nicht gearbeitet?‘ ‚Wo sind sie gewesen?‘“<sup>562</sup>

In den 1970ern änderte sich der Diskurs, was Fischer mit globalen gesellschaftlichen Umbrüchen erklärt, „von der Stellung des Mannes in der Familie bis zur Macht der Weißen in den Kolonien“.<sup>563</sup> In Wien wurde verstärkt über „die Fremden“ im öffentlichen Raum debattiert; Es war von einer ‚Belagerung‘ des Südbahnhofs die Rede, da dieser einen wichtigen Treffpunkt und Kommunikationsort der „Gastarbeiter\*innen“

---

<sup>556</sup> Fischer 2009, 250

<sup>557</sup> Zuser 1996, 14

<sup>558</sup> Fischer 2009, 251

<sup>559</sup> Fischer 2009, 255-256

<sup>560</sup> Payer 2004, 13

<sup>561</sup> Payer 2004, 7

<sup>562</sup> Payer 2004, 7

<sup>563</sup> Fischer 2009, 251-252

darstellte und von Medien und Behörden wurde die Gefahr von drohenden „Slumbildungen“ in den Raum gestellt.<sup>564</sup>

Ab der wirtschaftlichen Stagnation Mitte der 1970er Jahre übten die Gewerkschaften verstärkt Druck auf die Wirtschaftskammer aus, „die ‚Gäste‘ wieder zurückzuschicken“.<sup>565</sup> Das zentralste Ereignis im Diskurs über „Gastarbeiter\*innen“ war Fischer zufolge der Wiener Landtagswahlkampf von 1973. Damals wurde das „Gastarbeiterthema“ „erstmalig als Wahlkampfmunition eingesetzt“ und es finden sich „erstmalig alle klassischen Elemente des ausländerfeindlichen Diskurses“, der sich ab den späten 1980ern etablieren sollte.<sup>566</sup> Es entstanden „Formulierungen, die eine Bedrohung suggerieren, unkontrollierbare Flüsse beschwören, und von ‚nicht Assimilierungswilligen‘ sprechen.“<sup>567</sup>

Auch medial wurde anhand sozialer Merkmale verstärkt die „Andersartigkeit“ der Arbeitsmigrant\*innen betont: „So wird immer wieder auf das ungepflegte Äußere verwiesen, auf unrasierte Gesichter und schäbige Kleidung, nicht aber auf ethnische Merkmale.“<sup>568</sup> Die sozialdemokratische Arbeiter-Zeitung zog sogar Vergleiche zur Situation um die Jahrhundertwende, als „rund 130.000 Menschen angaben, daß Deutsch nicht ihre Muttersprache ist oder sie nur mangelhaft deutsch sprechen.“<sup>569</sup>

In Zeitungen wurde im Kontext Zuwanderung häufig die stereotype Metapher des „Kolaric“ verwendet: So war vom „Genossen Kolaric“ (Die Presse) die Rede, von drohenden „Kolaric-Massenslums“ (Kurier), vom teilweise akzeptierten „Kolaric“, der „als Arbeitskollege anerkannt, als Nachbar unerwünscht“ sei (Arbeiter-Zeitung).<sup>570</sup>

Gegen die zunehmende Diskriminierung und Ablehnung der „Gastarbeiter\*innen“ organisierte die „Aktion Mitmensch der Werbewirtschaft Österreichs“ 1973 die berühmte Plakatkampagne „I haaß Kolaric, du haaßt Kolaric. Warum sogns' zu dir Tschusch?“<sup>571</sup> Die Plakate zeigten einen Bub (offensichtlich Wiener), der diese Frage an einen Mann (offensichtlich Gastarbeiter) richtete. Es handelte sich somit offensichtlich um eine Referenz auf die multiethnische Tradition Wiens – beide gezeigten Personen heißen

---

<sup>564</sup> Fischer 2009, 252

<sup>565</sup> Fischer 2009, 249

<sup>566</sup> Fischer 2009, 254

<sup>567</sup> Fischer 2009, 254

<sup>568</sup> Fischer 2009, 255

<sup>569</sup> Arbeiterzeitung 1973 nach Fischer 2009, 254

<sup>570</sup> Vgl. Fischer 2008, 327

<sup>571</sup> Payer 2004, 14-15

Kolaric, der Mann ist Zuwanderer, das Kind vermutlich Nachfahre von Zuwander\*innen. Man versuchte mit derlei „Imagekampagnen“ unter der österreichischen Mehrheitsbevölkerung ein „Verständnis für die Lage der ‚Gastarbeiter‘ [...] zu wecken“. <sup>572</sup> Insbesondere die Kolaric-Kampagne war aus damaliger Sicht sehr innovativ und inspirierte auch spätere Kampagnen zum Thema Integration und Rassismus. <sup>573</sup>

Wladimir Fischer sieht allerdings auch die Kolaric-Kampagne nicht frei von einem gewissen Paternalismus:

„Die Tatsache, dass es sich um eine Initiative der Wirtschaft handelte, ist bereits ein Hinweis darauf, dass es sich um eine Diskursproduktion in der Tradition des bürgerlich-industriellen Paternalismus der 60er Jahre handelte, in dessen Rahmen die Nützlichkeit der Gastarbeiter betont wurde.“ <sup>574</sup>

Ab den 1980er Jahren veränderte sich der Diskurs über Migration und „Gastarbeiter“ deutlich:

„Die 80er Jahre waren das Jahrzehnt der kulturellen Wende im Diskurs über ArbeitsmigrantInnen sowie des beginnenden neo-rassistischen Diskurses in Österreich. Das Etikett ‚Gastarbeiter‘ wurde sukzessive aufgegeben und durch die diffuse Bezeichnung ‚Ausländer‘ ersetzt (‚Ausländer raus‘).“ <sup>575</sup>

Auch der Terminus „Gastarbeiter“ verschwand Ende der 1980er und wurde durch den des „Ausländers“ ersetzt. <sup>576</sup> Während in der unmittelbaren Nachkriegszeit antisemitische und rassistische Ideologien nicht mehr öffentlich geäußert wurden, weil sie aufgrund der Erfahrungen des Nationalsozialismus nicht mehr konsensfähig waren, erlebte eine bestimmte Ausprägung dieser Ideologien ab den 1980ern eine Renaissance: Der Kulturalismus, auch als kulturalistischer Neo-Rassismus bezeichnet. <sup>577</sup>

Fremde wurden zunehmend mit pejorativen Zuschreibungen wie „Asylanten“ und „Wirtschaftsflüchtling“ bedacht und „im Zuge des Abbaus der osteuropäischen Grenzregime“ erfolgte eine „diskursive Verbindung von ‚Asyl‘ mit ‚Kriminalität‘“. <sup>578</sup> Im kulturalistisch aufgeladenen Diskurs hat sich zu diesen „Skandalisierungen“, die Bedrohungen von Fremden konstruieren, „das diffuse Bild von ‚Muslimen‘ bzw. ‚des Islam‘“ gemischt. <sup>579</sup>

---

<sup>572</sup> Payer 2004, 15

<sup>573</sup> Vgl. Hemetek 2000

<sup>574</sup> Fischer 2009, 255

<sup>575</sup> Fischer 2009, 260

<sup>576</sup> Vgl. Gächter 2004, 40

<sup>577</sup> Vgl. Fischer 2009, 260

<sup>578</sup> Fischer 2009, 260-261

<sup>579</sup> Fischer 2009, 260-261

Mit dem zunehmenden Kulturalismus beginnt nicht nur die Abkehr vom Begriff des „Gastarbeiters“ (um 1990), sondern die diskursive Neukonstruktion des „Fremden“.<sup>580</sup> Es wird verstärkt zwischen „klassischen südosteuropäischen ArbeitsmigrantInnen“ und „anderen MigrantInnen“ unterschieden.<sup>581</sup> Neue „Symbolfiguren des ‚Anderen‘“ lösen die „Gastarbeiter\*innen“ ab und werden zur „Zielscheibe der mehr oder weniger aggressiven Abgrenzungsdiskurse in Österreich“ – besonders jene, die über äußerlich bestimmbare Attribute von der Norm abweichen: „Schwarze und Muslime“.<sup>582</sup> Wurden „Gastarbeiter\*innen“ in erster Linie zu „Anderen“ im sozialen und politischen Sinn, waren es „die Fremden“ nun im ethnisch-kulturellen Sinn.<sup>583</sup> Der wesentliche Unterschied besteht in der Essentialisierung des Anders-Seins: Während man – verkürzt gesagt – die Klassenzugehörigkeit grundsätzlich ändern kann, der soziale Aufstieg in der bürgerlich-kapitalistischen Ideologie prinzipiell möglich ist, ist das meistens anhand Äußerlichkeiten festgemachte Ethnisch-Kulturelle nicht veränderbar.

#### Marginalisierung auf rechtlich-institutioneller Ebene:

Auch die Marginalisierung von behördlich-institutioneller Seite war vielschichtig und soll im Folgenden skizziert werden. Grundsätzlich wurden „Gastarbeiter\*innen“ lange Zeit sowohl rechtlich als auch politisch diskriminiert. John und Lichtblau kritisieren die „geteilte Rechtsstaatlichkeit“, da Rechte nicht für In- und Ausländer gleichermaßen galten.<sup>584</sup> Die Diskriminierung von „Gastarbeiter\*innen“ fand auf den verschiedensten Ebenen statt: Angefangen in der Arbeitswelt (durch Zuweisung in die untersten Positionen) bis zur Benachteiligung am Wohnungsmarkt (durch Verteilung auf die niedrigsten Wohnsegmente). Auch formaljuristisch war eine Diskriminierung gegeben: So waren „Gastarbeiter\*innen“ von sämtlichen Grundrechten und Privilegien ausgeschlossen, die an den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft geknüpft waren. Sie waren also von Wahlen ausgeschlossen, durften sich nicht im Betriebsrat engagieren, hatten keinen Zugang zum sozialen Wohnbau, hatten kein Recht auf sozialstaatliche Leistungen, wie Notstandshilfe, Wohn- oder Mietenbeihilfe. Darüber hinaus konnten über sie „Aufenthaltsverbote auch bei Bagatelldelikten“ verhängt werden und sie durften „weder als Veranstalter, Ordner oder Leiter einer Versammlung zur Verhandlung

---

<sup>580</sup> Fischer 2009, 262

<sup>581</sup> Fischer 2009, 262

<sup>582</sup> Fischer 2009, 262

<sup>583</sup> Vgl. Fischer 2009, 262

<sup>584</sup> John und Lichtblau 1993, 275

öffentlicher Angelegenheiten auftreten“.<sup>585</sup> Das Staatsbürgerschaftsrecht wurde 1965 reformiert.<sup>586</sup> Darin waren die Bedingungen festgehalten, unter denen die Staatsbürgerschaft an „Fremde“ verliehen werden konnte: Vorgesehen waren ein mindestens zehnjähriger, ununterbrochener ordentlicher Wohnsitz in Österreich; ein einwandfreier Leumund (keine gerichtlichen Verurteilungen im In- und Ausland sowie keine laufenden Strafverfahren); ein Verhalten, das „Gewähr dafür bietet, daß er zur Republik Österreich bejahend eingestellt ist und keine Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung oder Sicherheit bildet“; ausreichende finanzielle Absicherung.<sup>587</sup> In Österreich lebende fremde Staatsbürger\*innen drohten im Falle von Verschuldung bzw. geschäftlichem Misserfolg „der Verlust der Aufenthaltsberechtigung“.<sup>588</sup> Dieser prekären Situation bzw. der vielschichtigen rechtlich-institutionellen Diskriminierung zu entgehen, war am ehesten durch den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft möglich. Trotz der erwähnten rechtlichen Hürden erlangten zwischen 1970 und 1987 10.989 Jugoslaw\*innen, sowie zwischen 1982 und 1987 1.115 Türk\*innen die österreichische Staatsbürgerschaft.<sup>589</sup>

Bereits im vorgesehenen Prinzip der Rotation kann man eine Maßnahme der Marginalisierung und Ausgrenzung sehen, in der sich eine reine „funktionale Festlegung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft“ zeigt – ein längerer Aufenthalt sollte verhindert werden, wodurch „ArbeitsmigrantInnen zu Außenseitern“ wurden.<sup>590</sup>

Gegen Ansätze von Empowerment bzw. von politischer Organisation der „Gastarbeiter\*innen“ wurde mit Repression vorgegangen. Erwähnt wurde bereits der Aktivist Erol Sever, der bei einer Versammlung gegen das neue Ausländerbeschäftigungsgesetz als Redner auftrat und in der Folge abgeschoben wurde. Ebenfalls in Schubhaft genommen und abgeschoben wurden im Jahr 1965 jugoslawische Arbeiter\*innen, die im Iso-Span-Werk in Obertrum (Salzburg) arbeiteten und gegen geringe sowie nicht ausbezahlte Löhne streikten.<sup>591</sup>

Auf weitere behördliche Diskriminierungen geht Gächter in einem chronologischen Überblick ein. Einige Fälle sollen hier exemplarisch angeführt werden. Sie stellen zwar

---

<sup>585</sup> John und Lichtblau 1993, 275

<sup>586</sup> BGBl 250/1965

<sup>587</sup> Vgl. BGBl 250/1965

<sup>588</sup> Hahn und Stöger 2009, 50

<sup>589</sup> Vgl. John und Lichtblau 1993, 83

<sup>590</sup> Lorber 2017, 54

<sup>591</sup> Vgl. Gächter 2004, 34



für sich betrachtet Einzelfälle dar, lassen aber – wenn man die Diskriminierungen des gesellschaftlichen Lebens miteinbezieht – auf einen Zeitgeist schließen, dessen Spitze die Ausländer-Halt-Bewegung und das „Österreich zuerst“-Volksbegehren darstellten.

So wurde das neue Passgesetz von 1969 mit einer herrschenden „Überfremdungsangst“ begründet.<sup>592</sup> In Vorarlberg wurde 1986 ein Antrag auf Staatsbürgerschaft abgelehnt, weil sich der Bewerber nicht „alemannisch“ genug verhalten würde – erst der VfGH hob diesen Spruch nach Beeinspruchung auf.<sup>593</sup> Als 1989 der Eiserne Vorhang fiel, wurde in Österreich politisch und medial das Schreckensszenario von „Millionen von Arbeitskräften [...], die 'im Anmarsch' seien“, kolportiert.<sup>594</sup> Das 1993 von der FPÖ initiierte ausländerfeindliche „Österreich zuerst“-Volksbegehren wurde von der Regierung mit der Begründung zurückgewiesen, dass die meisten Forderungen davon bereits erfüllt worden waren.<sup>595</sup> 1997 lehnt die MA 62 einen Nachzug von Familienangehörigen mit der Begründung des „Grades der Überfremdung“ ab.<sup>596</sup>

## 5. Ergebnisse

### 5.1 Ursachen

Beide Migrationsbewegungen hatten eine Vielzahl an Ursachen und lassen sich nicht auf einzelne Gründe reduzieren. Im Fall der Zuwanderung des 19. Jahrhunderts wirkte zweifelsohne die außerordentliche Stellung Wiens in der europäischen Städtehierarchie bzw. der Habsburgermonarchie sowie die generelle Strahlkraft der Reichshauptstadt anziehend. Land-Stadt-Migrationen innerhalb einer Region waren in der damaligen Zeit keineswegs außergewöhnlich und fanden in allen Ländern des Habsburgerreiches statt. Die Besonderheit Wiens war jedoch seine überregionale Bedeutung sowie die Tatsache, dass sich Zuwander\*innen aus allen Teilen der Monarchie hier niederließen. Die Zuwanderungsbewegung ab den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts hatte weniger mit der überragenden Bedeutung Wiens zu tun, als damit, dass Wien die Hauptstadt eines westeuropäischen Industriestaates war. Wien als Migrationsdestination hatte nicht die selbe Anziehungskraft wie während der Monarchie. Viel lässt

---

<sup>592</sup> Vgl. Gächter 2004, 35-36

<sup>593</sup> Vgl. Gächter 2004, 39

<sup>594</sup> Gächter 2004, 40, Vgl. Hintermann 2000, 3

<sup>595</sup> Gächter 2004, 41

<sup>596</sup> Vgl. Gächter 2004, 42

darauf schließen, dass es der Mehrzahl an „Gastarbeiter\*innen“ – vor allem in der Anfangsphase – im Grunde nicht wichtig war, ob sie nach Frankreich, (West-)Deutschland, Österreich oder in die Schweiz zogen. Die hauptsächliche Motivation bestand wohl darin, aus den Ursprungsländern wegzuziehen, da es hier nur wenig Erwerbsmöglichkeiten gab. Der Westen und damit verbundene Vorstellungen dürften viele Zuwander\*innen zur Emigration bewogen haben. Viel spricht dafür, dass die netzwerk-basierte Kettenmigration, also die Wahl eines Migrationsziels aufgrund persönlicher Beziehungen, nach der Frühphase der „Gastarbeiter\*innen“-Zuwanderung von zunehmender Bedeutung war.

Derlei Kettenwanderungen bzw. Migrationsnetzwerke können auch schon im 19. Jahrhundert für den Zuzug von Tschech\*innen nach Wien als bedeutend angesehen werden. Bereits im 18. Jahrhundert verzeichnete Wien einen starken Zuzug aus den böhmischen Kronländern, welcher sich damals auf die Vorstädte Landstraße und Wieden konzentrierte. Bereits damals gab es in diesen Gegenden beispielsweise Gasthäuser, in denen hauptsächlich tschechisch gesprochen wurde. Das Gebiet des 3. Bezirks Landstraße war auch im 19. Jahrhundert von einer gewissen Bedeutung für neu angekommene Tschech\*innen – so beschreibt der in Kapitel 3.5 zitierte Gymnasiallehrer Ludwig Just Mitte des 19. Jahrhunderts, dass „böhmische Lehrjungen“ von privaten Vermittler\*innen von Tschechien nach Wien gebracht wurden und anschließend bis zur Vermittlung an einen Meister in einem Gasthaus in Wien-Landstraße unterkamen.<sup>597</sup> Man kann davon ausgehen, dass die bereits im 16. und 18. Jahrhundert erfolgten Arbeitswanderungen von Tschechien nach Wien die Wanderung im 19. Jahrhundert zumindest vereinfachten.

Was den Zuzug von Jugoslaw\*innen und Türk\*innen betrifft, so gibt es keine Anhaltspunkte, dass eine bereits vorhandene „Wanderungstradition“ ausschlaggebend für die „Gastarbeiter\*innen“-Zuwanderung des 20. Jahrhunderts gewesen wäre. Die Migrationsbewegung begann mit der gezielten Anwerbung von Arbeiter\*innen, erst in einer späteren Phase spielten Netzwerke eine nennenswerte Rolle – beispielsweise in Form von Anwerbung durch Bekannte und den Familiennachzug.

Im Falle beider Zuzugsbewegungen war eine wachstums- bzw. konjunkturbedingte Nachfrage nach Arbeitskräften von großer Bedeutung. Im 19. Jahrhundert bestand

---

<sup>597</sup> Just nach John und Lichtblau 1993, 103

dieser erhöhte Bedarf in zahlreichen Berufsgruppen aller Segmente – hauptsächlich betroffen waren die Bereiche Industrie, Gewerbe sowie jener der persönlichen Dienstleistungen. Im 20. Jahrhundert hingegen entstand der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften beinahe ausschließlich in Branchen des unteren Sozialgefüges – vor allem im Industrie- und Dienstleistungsbereich. Die „Gastarbeiter\*innen“ des 20. Jahrhunderts arbeiteten in solchen Berufen, die für Einheimische immer weniger attraktiv waren und in denen sich Arbeitgeber\*innen immer schwerer taten, den Bedarf mit heimischen Arbeitskräften zu decken. Ähnliches ließ sich aber auch bereits im 19. Jahrhundert beobachten, als Gewerbemeister verstärkt auf ausländische Lehrlinge zurückgreifen mussten, da „kein Wiener sich herbeilässt, seinen Buben Schuhmacher werden zu lassen“, wie ein Wiener Schneider es Ende des 19. Jahrhunderts formulierte.<sup>598</sup>

Für beide Migrationsereignisse waren zudem Agrarkrisen, gefolgt von einer dadurch bedingten Landflucht entscheidend: Im 19. Jahrhundert verzeichnete Wien ein industrialisierungsbedingtes (Stadt-)Wachstum, während in landwirtschaftlich geprägten Gebieten die zunehmende Eingliederung in kapitalistische Verwertungszwänge zur Abwanderung großer Teile der Bevölkerung führte. Auch im 20. Jahrhundert hing die Landflucht in Jugoslawien und der Türkei mit gesellschaftlichen und technologischen Modernisierungen in der Landwirtschaft zusammen. Immer mehr Arbeitskräfte wurden durch Mechanisierung ersetzt und die vorwiegend kleinen landwirtschaftlichen Betriebe boten immer weniger Familienmitgliedern Beschäftigung. Gemeinsam ist den beiden Migrationsbewegungen also eine „Proletarisierung“ großer Teile der Landbevölkerung.<sup>599</sup>

In beiden Phasen hatten die Menschen der Ausgangsregionen geringe Aussichten, sich ihre Lebensumstände vor Ort verbessern zu können – besonders angesichts des Lohngefälles zwischen Zentralräumen und Peripherien. Die „Gastarbeiter\*innen“ des 20. Jahrhunderts dachten vor allem daran, mit ihren Ersparnissen in die Heimat zurückzukehren und sich dort ein Haus zu bauen, eine neue Existenz aufzubauen. Neben diesen ökonomischen Gründen gibt es für beide Migrationsbewegungen Hinweise auf Wandermotive, die persönlicher Natur sind: In beide Fällen kam die Mehrheit der Migranten zum überwiegenden Teil aus ländlichen Gebieten und dürften Hoffnungen, die sich an die Großstadt knüpften, einen gewissen Reiz ausgeübt haben. So

---

<sup>598</sup> John und Lichtblau 1993, 94

<sup>599</sup> John und Lichtblau 1993, 92

versprach die Metropole Wien sowohl im 19. wie auch im 20. Jahrhundert eine gewisse Anonymität, die dabei half, sich der ausgeprägten sozialen Kontrolle sowie den beengten Wohnverhältnissen in der Heimat zu entziehen.

In beiden Fällen handelte es sich – bei aller Kritik an der vermeintlichen Dichotomie von „freiwilliger“ und „unfreiwilliger“ Migration – um eine „freiwillige“ Form der Migration. Sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert gab es jedoch Minderheiten, deren Verlegung des Lebensmittelpunktes nach Wien streng genommen nicht freiwillig erfolgte: So zogen im 19. Jahrhundert zahlreiche Jüd\*innen Böhmens und Mährens (sowie anderer Teile des Habsburgerreiches) nach Wien, um Diskriminierung und Pogromen in ihren Heimaten zu entgehen. Ab den 1980er Jahren zogen Türk\*innen nach Wien, um politischer und ethnischer Verfolgung in ihrer Heimat zu entgehen – davon betroffen waren besonders Kurd\*innen, sowie Menschen, die vor dem Militärputsch politisch aktiv gewesen waren.

## 5.2 Rechtliche Rahmenbedingungen

Einer der gravierendsten Unterschiede zwischen der Migrationsbewegung des 19. und der des 20. Jahrhundert war die rechtliche Situation, unter der die Wanderung geschah. Die Migrationsbewegung des 19. Jahrhunderts spielte sich innerhalb der Grenzen des Vielvölkerstaates ab – es handelte sich also rechtlich gesehen um eine Binnenmigration. Wanderungen innerhalb des Habsburgerreiches waren auch über Landesgrenzen hinweg möglich, es herrschte grundsätzlich Migrationsfreiheit. Demgegenüber war die „Gastarbeiter\*innen“-Zuwanderung des 20. Jahrhunderts eine internationale Migration, die rechtlich zunächst stark eingeschränkt war. So war es für Nicht-Staatsbürger\*innen in der frühen Zweiten Republik rechtlich nur schwer möglich, eine Arbeitsbewilligung zu erhalten. Diese Einschränkungen wurden mit dem wachsenden Bedarf an Arbeitskräften rasch zugunsten der Anforderungen der Wirtschaft angepasst und es kam zur gezielten und organisierten Anwerbung ausländischer Arbeiter\*innen.

Wichtigster gesetzlicher Rahmen für die Migrationsbewegung des 19. Jahrhundert war das Heimatrecht. Heimatberechtigt war man in der eigenen Geburtsgemeinde bzw. in der Heimatgemeinde des Vaters oder Ehemannes. Innerhalb des Vielvölkerreiches heimatberechtigt gewesen zu sein, bedeutete, prinzipiell frei migrieren zu dürfen. Für

Zugezogene war das Wiener Heimatrecht, v.a. nach einer Reform in den 1860er Jahren, allerdings sehr restriktiv und „desintegrativ“.<sup>600</sup> So wurden außerhalb Wiens Heimatberechtigte nicht als Wiener\*innen angesehen, hatten keinen Anspruch auf Fürsorgeleistungen und waren „im Falle der Verarmung“ sowie „bei Kleinkriminalität“ mit Abschiebung bedroht.<sup>601</sup>

Noch strenger waren die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Zuwanderung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wesentliche Rahmengesetze standen in einer hohen Kontinuität zu Gesetzen und Verordnungen der NS-Zeit – wie das Fremdenpolizeigesetz (FrPG) und die Verordnung über ausländische Arbeiter\*innen. Letztgenannte Verordnung wurde bis zum Inkrafttreten des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (AuslBG von 1976) mit zahlreichen Erlässen adaptiert. Obwohl die Verordnung über ausländische Arbeiter\*innen in den Kompetenzbereich des Bundesministeriums für Soziale Verwaltung (BMfSV) fiel, waren die wichtigsten Akteure, welche die Erlässe ausverhandelten, die Sozialpartner. Im Jahr 1961 einigten sich die Sozialpartner (u.a. bestehend aus Gewerkschaftsbund und Wirtschaftskammer) im Raab-Olah-Abkommen auf die Anwerbung ausländischer Arbeiter\*innen – eine jährliche Festlegung der Kontingente, sowie die grundsätzliche Rotation der „Gastarbeiter\*innen“ wurden beschlossen. Das FrPG von 1954 ließ Behörden großen Spielraum für Abschiebungen – davon betroffen waren streikende jugoslawische Arbeiter\*innen gleichermaßen wie gegen die Reform des AuslBG demonstrierende türkische Arbeiter\*innen.

So unterschiedlich die konkreten rechtlichen Rahmenbedingungen waren: Eine Gemeinsamkeit besteht zweifelsohne darin, dass die Zuwander\*innen unter starken Anpassungsdruck gestellt wurden und bei aberrativem Verhalten mit Repression bedroht waren. Auf rechtlicher Ebene waren Zuwander\*innen in beiden Phasen erheblichen Diskriminierungen ausgesetzt.

### 5.3 Verlauf der Migrationsbewegung

Im Unterschied zur „Gastarbeiter\*innen“-Zuwanderung des 20. Jahrhundert hatte die tschechische Zuwanderung bereits eine gewisse Tradition, da es bereits im 16. und im 18. Jahrhundert einen stärkeren Zuzug von Tschech\*innen nach Wien gegeben hatte.

---

<sup>600</sup> John 2016, 25

<sup>601</sup> John 2016, 25

Eine vergleichbare starke Wanderungstradition fehlt vor allem im Falle der Türk\*innen, aber auch aus Jugoslawien hatte es zuvor keine nennenswerte Migrationsbewegung nach Wien gegeben. Zwar lebte bereits während der Monarchie eine kleine jugoslawische Minderheit in Wien, deren Bedeutung aber nicht an die der Tschech\*innen herankam.

Es ist kaum möglich, das Einsetzen der tschechischen Zuwanderung des 19. Jahrhunderts auf einen Zeitpunkt festzulegen – viel eher scheint ein kontinuierlicher Zuzug gegeben zu sein, welcher ab der Mitte des Jahrhunderts stark anstieg. Um die Jahrhundertwende kam es zu einer Stagnation der tschechischen Zuwanderung, nach der Gründung der Tschechoslowakei als Folge des Ersten Weltkrieges sogar zu einer markanten Abnahme bzw. Remigration der böhmisch- und mährischstämmigen Bevölkerung Wiens.

Der Beginn der jugoslawischen und türkischen Zuwander\*innen kann hingegen deutlicher auf einen Zeitpunkt festgelegt werden – nämlich das Inkrafttreten des Raab-Olah-Abkommens (1961) und die darauf folgenden bilateralen Verträge zwischen Österreich und der Türkei bzw. Jugoslawien. Ab der Wirtschaftskrise von 1973 ging die Zahl an Neuanwerbungen zurück. In der Folge sank auch die Zahl der polizeilich in Wien gemeldeten Jugoslaw\*innen stetig und stieg erst ab Mitte der 1980er Jahre wieder an. Die Zahl der gemeldeten Türk\*innen blieb von der Wirtschaftskrise unbeeinflusst – ab den 1960ern ist ein kontinuierlicher Anstieg auf vergleichsweise geringem Niveau feststellbar.

In Böhmen und Mähren Geborene stellten in den 1880er Jahren knapp über ein Viertel der Wiener Wohnbevölkerung. Demgegenüber machten die jugoslawischen und türkischen Staatsbürger zum Höhepunkt der Migrationsbewegung (1973) zusammenge-rechnet knapp 5,3% aus. An diesen Zahlen wird deutlich, dass die beiden Ereignisse quantitativ nicht vergleichbar sind.

Eine Gemeinsamkeit der beiden Zuwanderungsbewegungen sind die jeweils divergierenden Zahlen über die genaue Anzahl an Migrant\*innen in Wien. Im 19. Jahrhundert gab es drei verschiedene Zugänge, um die Größe der tschechischen Minderheit zu quantifizieren: Die Umgangssprachenerhebung lieferte äußerst niedrige Zahlen, was aus dem hohen Assimilationsdruck bzw. der generellen Marginalisierung der tschechischen Sprache resultierte. Die Zahl jener, deren Geburtsort in Tschechien war, lag

deutlich höher und schloss auch deutschsprachige Tschech\*innen mit ein. Die Zahl der in den böhmischen Kronländern Heimatberechtigten lag am höchsten, nicht zuletzt auch, weil die Heimatberechtigung auf Frau und Kinder überging. Auch im 20. Jahrhundert bezifferten unterschiedliche amtliche Statistikbestände die Zahl der jugoslawischen und türkischen Zuwander\*innen in unterschiedlichem Ausmaß – die Zahl der Beschäftigungsbewilligungen sowie die Zahlen der fremdenpolizeilichen Meldungen divergierten.

In beiden Zuwanderungsbewegungen spielte die Fluktuation bzw. Rückkehr nach einer gewissen Zeit eine Rolle – allerdings kamen diese im Falle der tschechischen Zuwander\*innen freiwillig zustande, während sie im Falle der „Gastarbeiter\*innen“ im Rotationsprinzip (einer Forderung der Arbeitnehmervertreter) gesetzlich vorgesehen waren. In der späteren Phase nahm die Bedeutung der Fluktuation durch den Familiennachzug zunehmend ab.

#### 5.4 Herkunft und soziodemografische Zusammensetzung

Eine Gemeinsamkeit der beiden Migrationsbewegungen nach Wien ist, dass die Zuwander\*innen in beiden Fällen mehrheitlich aus ländlichen Gebieten stammten. Die Tschech\*innen kamen zum größten Teil aus den südlichen Gebieten Böhmens und Mährens. Die „Gastarbeiter\*innen“ kamen zu 90% aus Jugoslawien – von den Jugoslaw\*innen stammte wiederum die Mehrheit aus Serbien. Die regionale Herkunft der türkischen Zuwander\*innen war deutlich heterogener – sie kamen aus den unterschiedlichsten Provinzen, die große Mehrheit kam allerdings anfangs aus der Westtürkei.

Eine weitere Gemeinsamkeit beider Zuwanderungsbewegungen besteht in der demografischen Struktur der Zuwander\*innen – sie waren in beiden Fällen deutlich jünger als die Mehrheitsbevölkerung. So waren um die Jahrhundertwende zwei Drittel (67%) der Tschech\*innen unter 30 Jahre alt. Geringfügig älter waren die „Gastarbeiter\*innen“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Unter den Jugoslaw\*innen waren etwas weniger als zwei Drittel unter 30 Jahre alt (1972: 63,2%). Etwas älter waren die Türk\*innen, deren Anteil der unter 30-Jährigen bei 56,7% lag (1972). Allerdings war Wien um die Jahrhundertwende demografisch deutlich jünger, als in den 1970er Jahren –

insofern korreliert das etwas ältere Durchschnittsalter der „Gastarbeiter\*innen“ mit dem generell höheren Altersdurchschnitt der Wiener Wohnbevölkerung.

Was die Geschlechterproportion betrifft, unterscheiden sich die beiden Zuwanderungsbewegungen voneinander. Die tschechischen Zuwander\*innen waren im Jahr 1880 (also in der Phase der stärksten Zunahme der tschechischen Minderheit in Wien) zu 55% männlich und zu 45% weiblich. Die tschechische Migration war zu Beginn des 19. Jahrhunderts aber noch vorwiegend weiblich geprägt gewesen. Die „Gastarbeiter\*innen“-Zuwanderung war in ihrer Frühphase deutlich männlich dominiert: Bei den Jugoslaw\*innen machten die Männer 63% aus und die Frauen 37% (1972). Bei den Türk\*innen waren 87% männlich und 13% weiblich (1972).

Auch hinsichtlich der Berufsstruktur der Zugewanderten unterscheiden sich die beiden Migrationsbewegungen deutlich voneinander. Allgemein gesagt entsprach die Berufsstruktur der Tschech\*innen viel eher jener der Gesamtbevölkerung, als es bei den „Gastarbeiter\*innen“ der Fall war. Von den Tschech\*innen waren über zwei Drittel (69,4%) der Arbeiter\*innen, Lehrlinge und Tagelöhner\*innen, ein knappes Sechstel (17%) waren Selbstständige, 9,7% Dienstbot\*innen und 3,6% Angestellte. Die „Gastarbeiter\*innen“ konzentrierten sich deutlicher auf die untersten Berufsschichten: Etwa 90% von ihnen waren als Hilfsarbeiter\*innen oder Hilfskräfte beschäftigt, weniger als 10% als Facharbeiter\*innen, Angestellte und Beamte stellten sie kaum. Das hing aber keineswegs immer mit einer etwaigen schlechteren Ausbildung zusammen, ganz im Gegenteil: „Gastarbeiter\*innen“ wurden in vielen Fällen deutlich unter ihrer Qualifikation beschäftigt. Branchen mit hohen „Gastarbeiter\*innen“-Anteilen waren die Leder- und Textilindustrie, die Bauwirtschaft, die Gastronomie und das Fremdenverkehrswesen. Tschech\*innen hingegen waren zu einem höheren Anteil in Gewerbeberufen tätig, besonders als Schneider, Schuster, Tischler und Schlosser. Zu einem sehr hohen Anteil waren Tschech\*innen auch als Arbeiter\*innen sowie vor allem als Hausangestellte tätig.

Häufig arbeiteten „Gastarbeiter\*innen“ in Berufen mit niedriger Bezahlung, geringem Sozialprestige, unregelmäßigen Arbeitszeiten und dadurch geringerer Freizeit sowie hoher gesundheitlicher Belastung – zudem wurden Überstunden in vielen Fällen nicht ausbezahlt. Auch Tschech\*innen hatten häufig längere Arbeitstage bzw. arbeiteten überwiegend in Branchen, in denen zwar offiziell die Maximalarbeitszeit bei elf Stunden lag, in der Realität aber längere Arbeitszeiten die Norm waren.



Tschech\*innen waren sowohl im Industrie-, aber auch im Dienstleistungsbereich stark vertreten (Männer stärker in der Industrie, Frauen stärker in Dienstleistungsberufen). Zuwander\*innen des 20. Jahrhunderts waren zunächst überwiegend in der Industrie beschäftigt. Ab den 1970er Jahren hielt der makroökonomische Strukturwandel auch bei der „Gastarbeiter\*innen“-Beschäftigung Einzug, die Anteile im Dienstleistungsbereich stiegen in der Folge deutlich an.

Zusammengefasst waren die Wiener Tschech\*innen in sozioökonomischer Hinsicht relativ heterogen – die meisten von ihnen gehörten jedoch der unteren und mittleren Schicht an. Einige wenige Tschech\*innen können auch der Oberschicht zugerechnet werden. Die Wiener Jugoslaw\*innen und Türk\*innen waren sozioökonomisch deutlich homogener. Sie können beinahe vollständig unteren sozialen Schichten zugerechnet werden, lediglich ein sehr geringer Teil gehörte der Mittelschicht an, eine Oberschicht gibt es praktisch nicht. Der soziale Aufstieg war zwar prinzipiell nicht ganz ausgeschlossen, stellte aber eine ausgesprochene Ausnahme dar.

### 5.5 Arten der Rekrutierung in der Herkunftsregion

Ein gravierender Unterschied zwischen den beiden Zuwanderungsbewegungen liegt in der unterschiedlichen Organisation der Wanderung.

Der Zuzug nach Wien im 19. Jahrhundert erfolgte zu einem großen Teil individuell und häufig „auf gut Glück“ – das heißt, dass Zuwander\*innen kaum bereits in der Heimat eine konkrete Arbeitsstelle in Aussicht hatten. Die Wirtschaft der Metropole Wien war in der Gründerzeit allerdings derart dynamisch, dass sich die Arbeitssuche vor Ort meist nicht kompliziert gestaltete.

Demgegenüber waren die „Gastarbeiter\*innen“ im 20. Jahrhundert in überwiegender Mehrheit gezielt von österreichischen Unternehmen angeworben worden. Diese organisierte Anwerbung bot den Unternehmen den Vorteil, dass sie nach ihren Ansprüchen selektieren konnten. Es wurden eigens offizielle Niederlassungen der Österreichischen Anwerbekommission in Abgabestaaten errichtet. Am bedeutendsten waren die Büros in Istanbul und Belgrad. Hier wurden potenzielle Arbeitsmigrant\*innen auf ihre Tauglichkeit (gemessen an den Anforderungen der österreichischen Unternehmen) geprüft – in Form unwürdiger medizinischer Untersuchungen, deren Kosten der Ausreisewilligen selbst zu tragen hatten. Diese hochgradig organisierte Form der Anwerbung hatte

für die Zuwanderung im 20. Jahrhundert eine große Bedeutung. Nicht selten entsandten Firmen eigens Anwerber\*innen in die klassischen Entsenderegionen, um dort geeignete Arbeiter\*innen zu rekrutieren.

Zudem gab es auch im 20. Jahrhundert eine große Zahl an Zuwander\*innen, die aus Eigeninitiative nach Wien kamen und vor Ort eine Arbeitserlaubnis erhielten – diese sogenannte „Touristenbeschäftigung“ wurde allerdings im Laufe der 1970er Jahre zunehmend abgeschafft. Ebenfalls auf individueller Ebene erfolgte die häufige Vermittlung über Netzwerke (also Verwandte, Nachbarn, Bekannte etc.). Auch im 19. Jahrhundert erfolgte die Zuwanderung nicht ausschließlich individuell und bestanden ebenfalls Formen der organisierten Migration – allerdings hauptsächlich privater Natur. Im 19. Jahrhundert hatten beispielsweise die sogenannten „Lehrjungenmütter“ eine große Bedeutung in böhmischen und mährischen Raum. Diese privaten Vermittlerinnen führten einige wenige Male im Jahr eine Schar Minderjähriger, die an einer Lehre interessiert waren, nach Wien. Vor Ort vermittelten sie die Jugendlichen an Lehrmeister und für diese Vermittlung erhielt die „Lehrjungenmutter“ Provisionen – von der Familie der Auszubildenden sowie von den Lehrmeistern. Diese private Form der Organisation hatte den Vorteil, dass sich Ausreisewillige noch in ihrer Heimat an jemanden wenden konnten, der\*die mit Wien vertraut war und Erfahrung hatte hinsichtlich Anreise, Ankunft und Arbeitssuche vor Ort. Der Bedarf an Lehrlingen war groß, da Handwerksmeister\*innen zunehmend Schwierigkeiten hatten, einheimische Lehrlinge zu finden. Also verbreitete sich die Nachricht neu angekommener tschechischer Lehrlinge schnell. Die Vermittlung erfolgte häufig in Gasthäusern, in denen die Lehrjungen nach dem Fußmarsch nach Wien unterkamen, oder – als die Anreise mit der Bahn möglich geworden war – auch unmittelbar nach ihrer Ankunft am Wiener Franz-Josefs-Bahnhof.

Bahnhöfe hatten auch im 20. Jahrhundert eine zentrale Bedeutung für „Gastarbeiter\*innen“, nicht nur als Kommunikationsort, sondern auch für die Vermittlung von Arbeit. Der Südbahnhof war für neu angekommene, aber auch für bereits länger in Wien lebende Jugoslaw\*innen und Türk\*innen ein wichtiger Treffpunkt.

## 5.6 Wohnsituation und sozialräumliche Verteilung in Wien

Was die sozialräumliche Verteilung von Tschech\*innen im 19. sowie von Türk\*innen und Jugoslaw\*innen im 20. Jahrhundert betrifft, sind auffallende Parallelen festzustellen.

Die Zuwander\*innen des 19. Jahrhunderts, die zu einem großen Teil Arbeiter und Tagelöhner wurden, wohnten vor allem in den ehemaligen Vororten, die sich außerhalb des Linienwalles (des späteren Gürtels) befanden. Besonders viele Tschech\*innen lebten 1890 in Favoriten, Leopoldstadt (inkl. Brigittenau), Ottakring, Landstraße und Hernals. Zur Jahrhundertwende machten Tschech\*innen ein Fünftel (20%) der gesamten Wohnbevölkerung Favoritens aus, knapp 12% lebten in der Brigittenau sowie um die 8% in Landstraße, Ottakring, Hernals und Leopoldstadt. Das sind auch jene Bezirke, in denen sich im 20. Jahrhundert Arbeitsmigrant\*innen vermehrt niederließen. Hohe Anteile an Jugoslaw\*innen und Türk\*innen verzeichneten im 20. Jahrhundert die Bezirke Ottakring, Favoriten, Leopoldstadt, Brigittenau, Hernals und Landstraße.

Es lässt sich also feststellen, dass sich die Zuwanderer des 20. Jahrhunderts in den selben Stadtvierteln niederließen, wie die Zuwanderer des 19. Jahrhunderts – in den proletarisch geprägten Bezirken, konzentriert auf die gürtelnahen Stadtteile der Außenbezirke. Das liegt zum einen daran, dass Wien ein über die Jahrzehnte bemerkenswert persistentes sozialräumliches Muster aufweist. Zum anderen hängt es mit der Tatsache zusammen, dass die Segregation Wiens sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert (mit Ausnahme der jüdischen Bevölkerung) nicht ethnisch, sondern in erster Linie sozial bedingt war. Sowohl die tschechischen als auch die jugoslawischen und türkischen Arbeitsmigrant\*innen lebten nicht großräumig segregiert. Das heißt, dass keine der beiden Zuwanderungsbewegungen zu einer Entstehung von ethnischen Stadtvierteln führte. Segregationen entstanden in beiden Fällen vorwiegend auf kleinräumiger Ebene, beschränkten sich also auf Häuser oder Häuserblöcke. Tschech\*innen, wie auch Jugoslaw\*innen und Türk\*innen lebten überwiegend in Stadtvierteln der (Früh-)Gründerzeit.

Ein wesentlicher Unterschied besteht im Vergleich zu den Wohnverhältnissen der Durchschnittsbevölkerung: Die Wohnverhältnisse der Tschech\*innen im 19. Jahrhundert waren zwar schlecht, aber entsprachen – von bestimmten Spezifika abgesehen, wie der dem höheren Anteil an Bettgebern – jenen der Gesamtbevölkerung. Im Unterschied konzentrierten sich „Gastarbeiter\*innen“ in signifikantem Ausmaß auf Häuser

mit schlechter Bausubstanz und geringer Wohnqualität und lebte die durchschnittliche Bevölkerung Wiens deutlich besser. Etwas überspitzt könnte man sagen, dass die Arbeitsmigrant\*innen im 20. Jahrhundert ähnlich wohnten, wie die Arbeiter\*innen des späten 19. Jahrhunderts – lebten sie doch signifikant häufig in gründerzeitlichen Substandard-Wohnungen, die über keine zeitgemäßen Sanitäreinrichtungen verfügten. Hohe Anteile an „Gastarbeiter\*innen“ wiesen auch dünn besiedelte Gegenden am südlichen (Liesing) und östlichen (Biberhaufen) Stadtrand auf.

Unterschiede bestanden hinsichtlich der allgemeinen Lage am Wohnungsmarkt: Während sich die Wohnungsknappheit im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend verschärfte, lag in den 1960er Jahren kein vergleichbarer Mangel an Wohnungen vor.

Auch die konkrete Wohnsituation von Arbeitsmigrant\*innen betreffend gibt es gewisse Parallelen zwischen der Situation im 19. und der im 20. Jahrhundert. In beiden Fällen lebten die Zuwander\*innen mehrheitlich in kleinen Wohneinheiten mit hoher Belagsdichte. Eine auffällige Gemeinsamkeit ist, dass die Wohnungen des untersten qualitativen Wohnungssegments in beiden Phasen weit überteuert waren, verglichen mit Preisen für durchschnittliche Wohnungen. Im 19. Jahrhundert hing das mit der Wohnungsknappheit gepaart mit Immobilienspekulation zusammen, im 20. Jahrhundert lag es vor allem an der nicht absehbaren Aufenthaltsdauer der „Gastarbeiter\*innen“: Die Migrant\*innen mit der kürzesten Aufenthaltsdauer lebten in den schlechtesten (kleinsten, am dichtesten bewohnten) Wohnungen und zahlten den weitaus größten Teil des Monatseinkommens dafür.

Ein Unterschied zwischen den beiden Migrationsbewegungen liegt im Aspekt der Benachteiligung am Wohnungsmarkt. Während jugoslawische und türkische „Gastarbeiter\*innen“ einer sehr direkten Diskriminierung ausgesetzt waren, gestaltete sich die Situation für die tschechischen Zuwander\*innen im 19. Jahrhundert anders. Sie wurden am Wiener Wohnungsmarkt nicht (oder nur in wenigen Fällen) spezifisch diskriminiert, was daran lag, dass auch viele Tschech\*innen Hausbesitzer\*innen bzw. Vermieter\*innen waren.

## 5.7 Marginalisierung und Diskriminierung der Zuwander\*innen

Sowohl im 19., wie auch im 20. Jahrhundert waren Zuwander\*innen in hohem Ausmaß von Marginalisierung und Diskriminierung betroffen. Grundsätzlich hat die Ausgrenzung von „Fremden“ in Wien eine lange Tradition. Die Wiener Tschech\*innen waren nicht erst seit der verstärkten Zuwanderung des 19. Jahrhunderts mit Vorurteilen und Ablehnung konfrontiert und diese Einstellungen verstärkten sich diese bis zur Jahrhundertwende erheblich. Zunächst äußerte sich diese Ablehnung vorwiegend über verbale Herabwürdigungen – einerseits im politischen, aber auch im alltagskulturellen Diskurs, wie beispielsweise einigen Wienerliedern. Um die Jahrhundertwende bzw. am Vorabend des Ersten Weltkrieges spitzte sich diese Tschechen- bzw. Slawenfeindlichkeit zu und gipfelte immer öfter in Gewalt. Die zunehmende antitschechische Stimmung ist jedoch nur zu einem Teil über die wachsende Zuwanderung erklärbar. Zu einem weiteren großen Teil muss die Marginalisierung von „Fremden“ vor dem Hintergrund der erstarkenden Ideologie des Nationalismus gesehen werden. Die Spätphase des Habsburgischen Vielvölkerstaates war von Nationalitätenstreit und verstärkter nationaler Konkurrenz geprägt. Deutschnationale und Christlichsoziale beschworen die Gefahr der „Tschechisierung“ Wiens und verwiesen dabei häufig auf die abnehmende deutsche Hegemonie in Städten wie Brünn oder Prag.

Diese spezifischen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen stellen einen wesentlichen Unterschied zur Zuwanderung im 20. Jahrhundert dar. Zwar ist auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert eine nicht zu unterschätzende rassistische Kontinuität gegeben, was sich nicht zuletzt anhand zentraler migrationspolitischer Gesetze der Nachkriegszeit zeigt. Die NS-Zeit liegt zum Beginn der Anwerbung der ersten, zunächst noch einschlägig als „Fremdarbeiter“ bezeichneten Arbeitsmigrant\*innen noch keine zwei Jahrzehnte zurück. Allerdings sind diese Umstände zunächst überlagert von einer „Verzweckung“ der „Gastarbeiter\*innen“, mit deren Hilfe die Wirtschaftsjunktur aufrecht erhalten werden sollte. Der Umgang mit den herbeigeholten „Gastarbeiter\*innen“ war von Beginn an von Paternalismus und Überlegenheitsgefühlen geprägt (was durchaus eine Parallele zur Frühphase der tschechischen Zuwanderung ist).

Die türkischen und jugoslawischen „Gastarbeiter\*innen“ waren stärker noch als die tschechische Zuwander\*innen mit einer unvermittelten Ausgrenzung und Abwertung konfrontiert, was sowohl mit ihrem „Fremd-sein“ als auch mit den ihnen zugewiesenen

untersten gesellschaftlichen Positionen zusammenhängt. Der Migrationssoziologe Gordon entwickelte in diesem Zusammenhang das Konzept der „Ethclass“ und beschrieb das Verschmelzen von Diskriminierung aufgrund der Herkunft (Rassismus) mit der Diskriminierung aufgrund der Klassenzugehörigkeit (Klassismus).<sup>602</sup> Die „Gastarbeiter\*innen“ des 20. Jahrhunderts waren angesichts ihrer marginalisierten Stellung in dem beschriebenen Spannungsfeld mit besonders starker Diskriminierung auf sämtlichen Ebenen konfrontiert.

Die ausgeprägte, unterschichtungsbedingte gesellschaftliche Randstellung der „Gastarbeiter\*innen“ erschwerte eine mögliche gesellschaftliche Integration – diese war zunächst auch von österreichischer Seite gar nicht vorgesehen, sollten die „Gastarbeiter\*innen“ im Sinne des Rotationsprinzips doch nur kurze Zeit hier arbeiten und anschließend in ihre Heimat zurückziehen.

Zweifellos waren auch Tschech\*innen mehrheitlich „benachteiligt“, allerdings lebten im Wien des späten 19. Jahrhunderts auch ökonomisch bessergestellte Tschech\*innen, die der Mittel- sowie Oberschicht angehörten. Diesen privilegiierteren Schichten stand in höherem Ausmaß soziales und kulturelles Kapital zu Verfügung, was eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichte – wenngleich die tschechische Sprache und Kultur gesellschaftlich abgelehnt und ausgegrenzt wurde.

Der hohe Assimilationsdruck des 19. Jahrhunderts führte dazu, dass Tschech\*innen die Anpassung nicht freigestellt war, sondern im Grunde erzwungen wurde: Sei es durch behördlichen Druck, als Umgangssprache Deutsch und nicht Tschechisch anzugeben. Oder sei es auf gesellschaftlicher Ebene, da die tschechische Sprache im Alltag sozial unerwünscht war und ein in der Öffentlichkeit wahrgenommener tschechischer Dialekt zu Spott und Ausgrenzung führen konnte. Eine Anpassung der Tschech\*innen wurde auf explizite und implizite Weise erzwungen – auch unter Anwendung von rechtlicher Willkür und Rechtsbeugung. Verschiedenste Maßnahmen drängten auf Anpassung und je umfassender diese erfolgten, desto eher war zugewanderten Tschech\*innen auch ein sozialer Aufstieg möglich gewesen.

Im Unterschied dazu forderte man von den „Gastarbeiter\*innen“ im 20. Jahrhunderts kaum ausdrücklich Anpassung ein, da sie ohnehin nur als temporäre Besucher erwünscht waren. Ausnahmen stellten Nutzungskonflikte (beispielsweise um Parks oder

---

<sup>602</sup> Vgl. Gordon 1964, 51-54

das Viertel um den Südbahnhof) bzw. Debatten um die räumliche Präsenz der Zugewanderten im Stadtraum dar.

Während Gesetze gegenüber der tschechischen Minderheit häufig „gebeugt“ wurden, war die Diskriminierung von „Gastarbeiter\*innen“ rechtlich legitimiert: So wurden ihnen lange Zeit demokratisch-rechtsstaatliche Grundrechte (Wahlrecht, Versammlungsfreiheit, Streikrecht) vorenthalten und kleinere Verstöße dagegen konnten mit Schubhaft und anschließender Abschiebung sanktioniert werden.

Zwar weisen die Ablehnung und Ausgrenzung von „Fremden“ in der Zeit der beiden Migrationsbewegungen in vielen Dingen deutliche Ähnlichkeiten auf, dennoch bestehen vor allem hinsichtlich der ideologischen Einbettung der jeweils vorherrschenden rassistischen Diskurse auch starke Unterschiede. Grundsätzlich muss man den völkischen Rassismus des 19. vom kulturalistischen Rassismus des 20. Jahrhunderts unterscheiden. Während ersterer die Differenz anhand (scheinbarer) biologisch-rassistischer Kriterien definiert, überhöht letzterer die Bedeutung von „Kultur“ und konstruiert „Fremdheit“ über ein statisches, essentialisierendes und differenzorientiertes Verständnis von „Kultur“. Gemeinsam ist beiden Ideologien das Ideal einer ethnisch bzw. kulturell homogenen Gesellschaft.

Der völkisch-rassistische Diskurs des späten 19. Jahrhundert spitzte sich bis zur Jahrhundertwende zu und die antislawische Haltung wurde verstärkt politisch instrumentalisiert. Besonders mit seiner antislawischen (aber auch antisemitischen) Rhetorik und Politik profilieren konnte sich Wiens Bürgermeister Lueger. In seiner Amtszeit (1897 - 1910) wurden zahlreiche Willkürmaßnahmen gegen Tschech\*innen ergriffen.

Nachdem die zugewanderten „Gastarbeiter\*innen“ in der Frühphase kaum mit offener Ablehnung, vorwiegend aber mit Paternalismus konfrontiert waren, setzte sich im Gefolge der Wirtschaftskrise von 1973 wieder eine offenere Form der Fremdenfeindlichkeit durch – besonders geschürt und wiederum politisch instrumentalisiert wurde diese im Wiener Gemeinderatswahlkampf von 1973. Ab den späten 1970ern etablierte sich ein zunehmend kulturell-rassistischer Diskurs über die „Gastarbeiter\*innen“. Die den „Fremden“ unterstellte Rückständigkeit und Unterlegenheit, wurden als kulturell bedingt dargestellt. Besonders stark richtete sich der kulturalistische Neo-Rassismus gegen „offensichtlich Fremde“, wie dunkelhäutige Menschen oder kopftuchtragende Frauen.

## 6. Fazit

Ziel der Arbeit war es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der tschechischen Zuwanderung des 19. und der jugoslawisch-türkischen Zuwanderung des 20. Jahrhunderts anhand von sieben Aspekten herauszuarbeiten. Die beiden Migrationseignisse scheint auf den ersten Blick einiges zu einen: So handelt es sich um zwei Arbeitsmigrationen, die sich – innerhalb Österreichs – stark auf Wien konzentrierten, zudem waren die Zuwander\*innen mehrheitlich männliche Arbeiter. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass die Unterschiede überwiegen:

Die rechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen die beiden Wanderungen vollzogen wurden, differieren beträchtlich voneinander. Ebenso verhält es sich mit der Quantität der Migrationseignisse sowie dem jeweiligen Verlauf. Höchst unterschiedlich sind auch der Grad der Organisation bzw. die Formen der Rekrutierung, sowie die konkrete Berufsstruktur der Zuwander\*innen des 19. und des 20. Jahrhunderts.

Eine Gemeinsamkeit besteht darin, dass die Zuwander\*innen beider Migrationseignisse in einer überwiegenden Mehrheit aus ländlichen Regionen stammten. Gemeinsamkeiten bestehen auch hinsichtlich der Wohnsituation und besonders der sozial-räumlichen Verteilung auf das Stadtgebiet Wiens – die Zuwander\*innen des 20. Jahrhunderts leben nicht nur in denselben Stadtvierteln, wie die des 19. Jahrhunderts, sondern häufig auch in denselben Häusern.

Eine Mischform aus Gemeinsamkeiten und Unterschieden ergibt sich im Falle der konkreten Ursachen beider Zuwanderungsbewegungen sowie bei der soziodemografischen Herkunft und der konkreten Diskriminierung und Marginalisierung der Zuwander\*innen. Dass sich diese drei Aspekte nicht eindeutig den Gemeinsamkeiten oder Unterschieden zuordnen lassen, liegt zu einem großen Teil an der generell mangelnden Vergleichbarkeit zweier in unterschiedlichen Zeiten liegender Ereignisse.

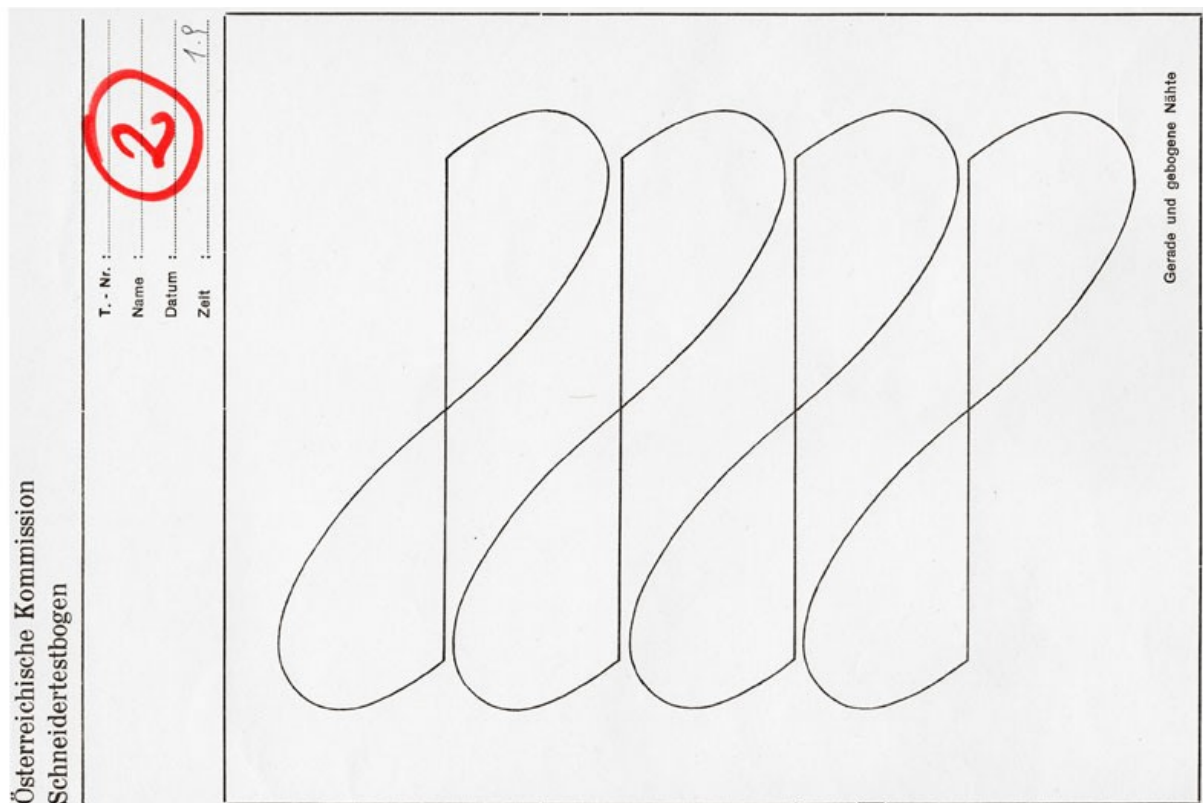
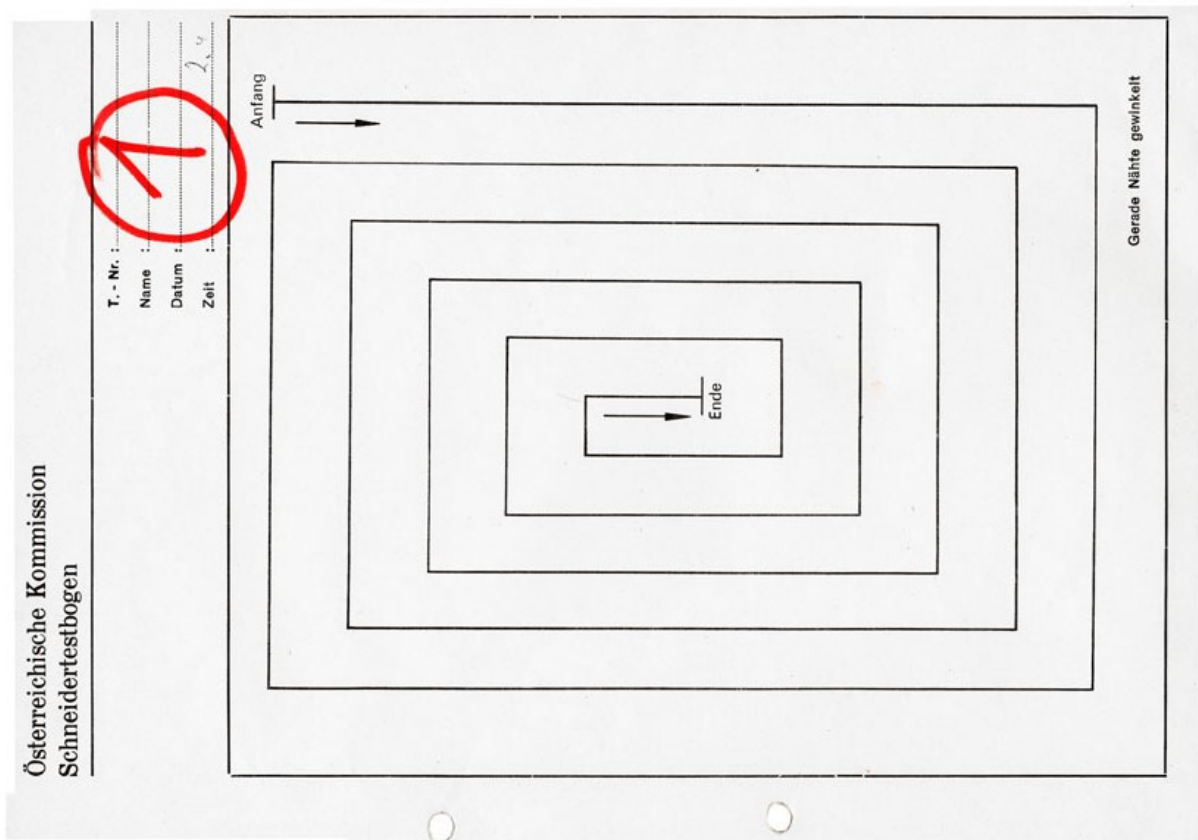
Nicht in die vorliegende Arbeit miteinbezogen werden konnte ein Vergleich hinsichtlich der konkreten sozialen und kulturellen Organisationsformen der Zuwander\*innen (sei es in politischen oder sportlichen Vereinen oder etwa in Religionsgemeinschaften). Ebenfalls interessant wäre eine Gegenüberstellung, auf welche unterschiedlichen Weisen die jeweiligen Migrationseignisse die Alltagskultur nachhaltig prägten.

Künftige Arbeiten, die auf der vorliegenden aufbauen, könnten die hier beschriebenen Ergebnisse mit einer individualhistorischen Vorgehensweise verknüpfen. Dadurch



würde es möglich, den vorwiegend strukturgeschichtlich erfolgten Vergleich von Gemeinsamkeiten und Unterschieden um Erkenntnisse aus lebensgeschichtlichen Aufzeichnungen zu erweitern.

## 7. Anhang



Quelle: Archiv Wirtschaftskammer Österreich 1977,  
nach Muradoglu und Ongan (o.J.)

Abbildung 1 - Schneidertestbögen zur Prüfung der fachlichen Eignung

AKTENVERMERK  
SCHNEIDERPRÜFUNG

Bezüglich der zeitlichen Werte der Schneiderprüfung ist davon auszugehen, dass folgende Zeitwerte als Maximalwerte zu gelten haben:

Bogen 1 ..... 2,4

Bogen 2 ..... 1,9

Bei Überschreitung dieser Richtwerte ist je nach dem übrigen Gesamteindruck des Prüflings entweder auf

- a) für diesen Auftrag ungeeignet oder
- b) für diesen Beruf ungeeignet

zu entscheiden.

Selbstverständlich gelten diese obigen maximalen Zeitwerte nur unter der Voraussetzung, dass das Nähmuster auf dem Schnittbogen zumindest mittelmässige Qualität besitzt. Sollte daher ein Arbeiter zwar beispielsweise schneller aber völlig ungenau nähen, so müsste aus diesem Grunde eine Ablehnung erfolgen. Im Einzelfall sind die beiden Faktoren

Geschwindigkeit

Genauigkeit

besonders im Grenzbereich sorgfältig zu beachten.

Der Leiter:

Dr. S. Pflegerl

Istanbul, den 21. Juni 1977  
Zl. 264/B14/77/Dr.Pfl/B

Aus: Archiv Wirtschaftskammer Österreich 1977,  
nach Muradoglu und Ongan (o.J.)

Abbildung 2 - Aktenvermerk Schneiderprüfung

# ALLGEMEINES OFFENTLICHES KRANKENHAUS HORN, N.O.

Postfach 3580 Spitzgasse 70

Num. 22. Okt. 1969

An die

Österreichische Kommission in der SFR Jugoslawien  
BEOGRAD, Zvezd Jovina 21

Betreff: Ihr Schreiben vom 16.10.69

in der Zeichen: 889/69/Bz.687/8

Betreff: Einstellung von 8 jugosl. Dipl.-Kranken-  
schwestern in a.B. Krankenhaus Horn.

Gemäß o.B. Bezug wird im Auftrag der Stadtgemeinde  
Horn mitgeteilt:

Zu I. Allgemeine Angaben

1. Der Beschäftigungsort ist die a.B. Krankenanstalt Horn,  
Adresse: 3580 Horn, Spitzgasse 10, Österreich.

2. Es werden 8 (acht) Dipl.-Krankenschwestern angefordert.

3. Die angeforderten Schwestern sollen Krankenpflegedienst ver-  
richten.

4. Die Abschließung eines Arbeitsvertrages auf ein Jahr ist vor-  
zuziehen.

Zu II. Arbeitsbedingungen

1. Die reguläre Arbeitszeit ist wöchentlich 45 Stunden.

2. Der monatliche Bruttogehalt mit Ercheinungsbezug und  
Wohnungsbezug beträgt S 3.565,-

3. Überstunden sind in der Anstalt grundsätzlich nicht vorgesehen.

4. Bei einem technischen Defekt an Überstunden wird bezahlt:  
Für die ersten 3 Überstunden . . . . . 25% Zuschlag  
Für die weiteren . . . . . 50%

Für Sonn- und Feiertagsüberstunden . . . . . 100%

den laut Monatsgehalt errechneten Stundenlohn.

5. Mit nachstehenden Zuschlägen kann gerechnet werden:

6. Nachschichtzuschlag, a.S. 66,- . . . . . S 196,-

7. Gefahrenzuschlag . . . . . S 53,-

8. Krankendienstzuschlag . . . . . S 53,-

9. Zuschlagung je Sonntags-Feiertag . . . . . 89,-

6. Der monatliche Bruttovordienst beträgt demnach . . . S 4.189,-

7. Die Gesamteinnahme aus Abs. 6 betragen . . . . . S 659,-

8. Der Nettolohn ist . . . . . S 3.520,-

Österreichische Kommission in der SFR

Bezug: 22.10.69

71.487

Ausgabe:

9. An Entschädigungen werden geleistet:

- Ercheinungsbezug
- Gefahrenzuschlag
- Nachschichtzuschlag
- Sonntagsdienstzuschlag
- Feiertagsdienstzuschlag
- Überstundenzuschlag (bei Bedarf)
- Wohnungsbezug

10. Die Krankenschwestern erhalten jährlich 14 Monatsgehälter.  
Die Bruttoeinnahme des 13. u. 14. Monatsgehaltes beträgt S 3.538,-

11. Die Unterbringung erfolgt in neuverkauften modernen Gebäuden,  
mit Zentralheizung, Bad, etc. sowie vollwertiges Bild.

Für die beschriebene Wohnung ist pro Person S 200,- monatlich  
zu entrichten.

12. Die Schwestern erhalten Personalkost im Krankenhaus. Für volle  
Verfügung werden täglich S 4,- in Rechnung gestellt.

13. Der gesetzliche Urlaubanspruch besteht nach 6-wöchiger Dienst-  
zeit.

Das jährliche Urlaubsausmaß beträgt:

ab 18. Lebensjahr = 28 " + 4 " " "

ab 25. " = 28 " " " "

ab 35. " = 28 " " " "

14. Die Organisation eines Kurses in deutscher Sprache für die  
Schwestern wäre möglich. Anforderkennnisse wären erwünscht.

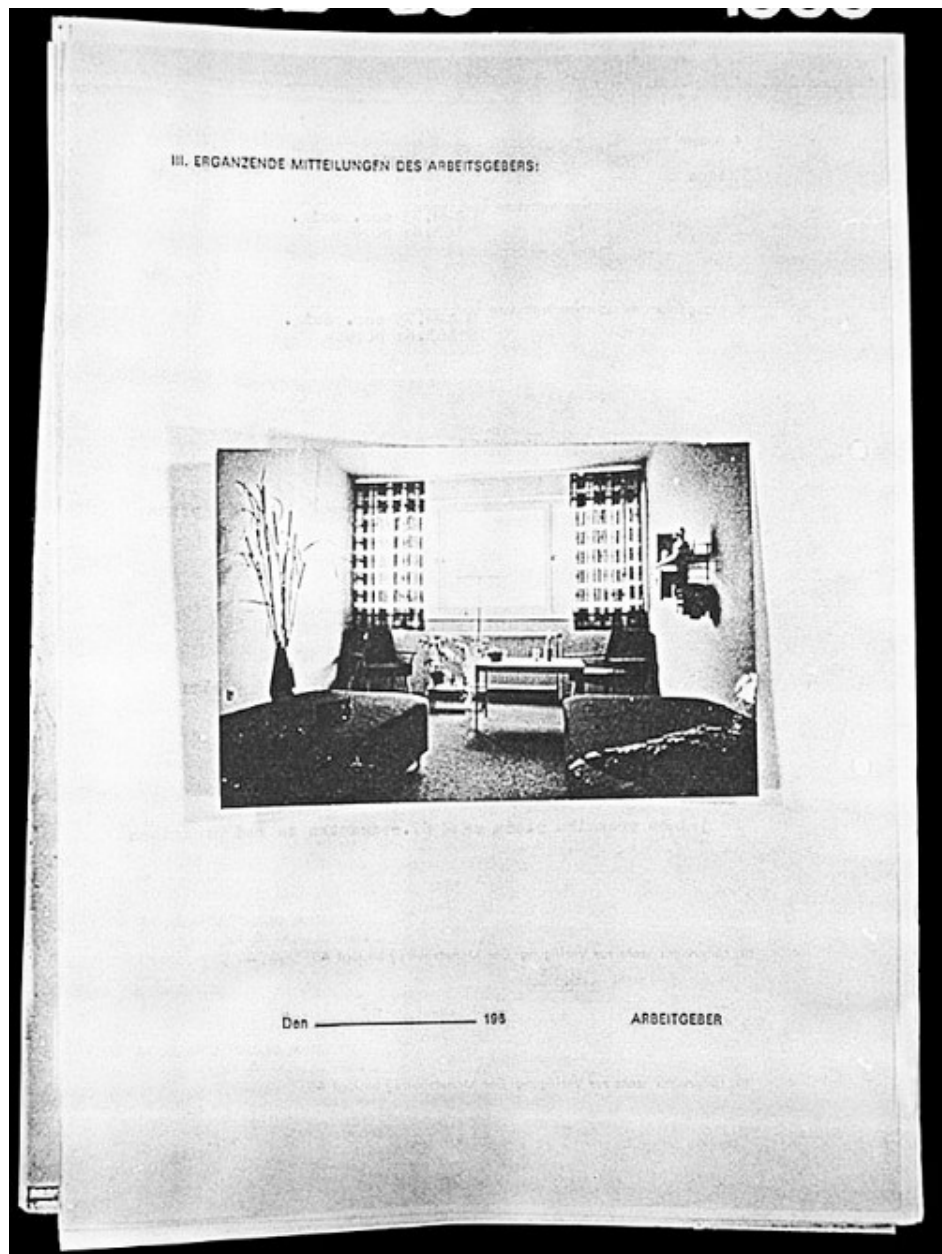
Die Transporthauskosten von S 700,- pro Person, zusammen S 5.600,-  
werden mit gleicher Last überlassen.

Beobachtungsvoll:

*[Handwritten Signature]*  
Verwaltungsdirektor

Abbildung 3 - Anforderung von jugoslawischem Pflegepersonal durch das Krankenhaus Horn (1969)





Quelle: Archiv Wirtschaftskammer Österreich 1969b,  
nach Muradoglu und Ongan (o.J.)

Abbildung 4 - Ergänzende Mitteilungen des Arbeitgebers, Foto der Personal-Unterkunft (Zweibettzimmer)

## 8. Literatur und Quellen

### Literaturverzeichnis

Achatz, T., Bauböck, R., Fischer, G., Kreisky, E., Leitner, H., Matuschek H., Neyer G., Pilgram A., Rosenmayr, S., Wimmer, H. (1985). Ausländische Arbeitskräfte in Österreich. Sozialwissenschaftlicher Teil. In: Fischer, G., & Österreich Bundesministerium für Soziale Verwaltung. Ausländische Arbeitskräfte in Österreich (Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ; 9). Wien. S. 31-210.

Aumüller, J. (2009). Assimilation : Kontroversen um ein migrationspolitisches Konzept (Kultur und soziale Praxis). Bielefeld: Transcript-Verlag.

Bade, K. (2000). Europa in Bewegung : Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart (Europa bauen). München: Beck.

Bade, K., & Bommers, M. (2004). Sozialhistorische Migrationsforschung (1. Aufl.. ed., Studien zur historischen Migrationsforschung ; 13). Göttingen: V&R unipress.

Bauer, W. (2008): Zuwanderung nach Österreich. Online unter: [http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/zuwanderung\\_nach\\_oesterreich\\_studie2008\\_oegpp.pdf](http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/zuwanderung_nach_oesterreich_studie2008_oegpp.pdf) (Zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

Bieling, H. (1993): Nationalstaat und Migration im „Postfordismus“ – Gewerkschaften vor der Zerreißprobe. In: Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), 2. Online unter: <https://core.ac.uk/download/pdf/71739284.pdf> (Zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

Bischof, G., & Rupnow, D. (2017). Migration in Austria (Contemporary Austrian studies ; volume 26). New Orleans Innsbruck: UNO Press innsbruck university press.

Bratic, L. (2018). Gastarbajteri und Geschichte. Wie Zivojin Veljkovic sein Arbeitsleben in Österreich verbrachte. In: Misik, R., Schörkhuber, C., Welzer, H. (Hg.). Arbeit ist unsichtbar. Die bisher nicht erzählte Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Arbeit. Wien: Picus Verlag. S. 116-118.

Brousek, K. (1980). Wien und seine Tschechen : Integration und Assimilation einer Minderheit im 20. Jahrhundert (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südost-europa-Instituts ; 7). München: Oldenbourg.

Burger, Hannelore. (2014). Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden. Böhlau.

Csáky, M. (2010). Das Gedächtnis der Städte : Kulturelle Verflechtungen - Wien und die urbanen Milieus in Zentraleuropa. Wien [u.a.]: Böhlau.

Faßmann, H. (1986). Migration in Österreich: 1850-1900: Migrationsströme innerhalb der Monarchie und Struktur der Zuwanderung nach Wien. Demographische Informationen. S. 22-36. Online unter: <http://www.jstor.org/stable/23293722> (Zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

Faßmann, H. (1996). Migration in Europa : Historische Entwicklung, aktuelle Trends und politische Reaktionen. Frankfurt, Main [u.a.]: Campus-Verl.

Faßmann, H. (2010). Die Bevölkerungsentwicklung 1850–1910. In: Harmat, U., Wandruszka, A., Rumpler, H., & Österreichische Akademie der Wissenschaften. Die Habsburgermonarchie 1848 - 1918 : 9 : Soziale Strukturen, Teilbd. 1, Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft, 1 : Lebens- und Arbeitswelten in der Industriellen Revolution / Red.: Ulrike Harmat. Wien: Verl. der Österr. Akad. der Wiss. S. 159-184.

Faßmann, H., & Universität Wien. (2012). Migrations- und Integrationsforschung - multidisziplinäre Perspektiven : Ein Reader (2., erw. und überarb. Aufl. ed., Migrations- und Integrationsforschung ; 1). Göttingen: V&R Unipress, Vienna Univ. Press.

Fisahn, A. (2001): Demokratie in Europa - ein Volk oder das Volk? Online unter: [http://www.jura.uni-bielefeld.de/lehrestuehle/fisahn/veroeffentlichungen/2001/Demokratie in Europa - ein Volk oder das Volk.pdf](http://www.jura.uni-bielefeld.de/lehrestuehle/fisahn/veroeffentlichungen/2001/Demokratie%20in%20Europa%20-%20ein%20Volk%20oder%20das%20Volk.pdf) (Zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

Fischer, G. (1996). Serben in Wien. In: Eppel, P. (1996). Wir : Zur Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Wien ; 217. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, 19. September bis 29. Dezember 1996 (Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien ; 217). Wien: Eigenverl. d. Museen d. Stadt Wien. S. 84-87.

Fischer, W. (2008). „I haaß Vocolka – du haaßt Vocolka“. Der Diskurs über „Gastarbeiter“ in den 1960er bis 1980er Jahren und der unhistorische Vergleich mit der Wiener Arbeitsmigration um 1900. In: Scheutz, M., & Vocolka, K. Wien und seine

WienerInnen : Ein historischer Streifzug durch Wien über die Jahrhunderte ; Festschrift für Karl Vocelka zum 60. Geburtstag. Wien [u.a.]: Böhlau.

Fischer, W. (2009). Vom ‚Gastarbeiter‘ zum ‚Ausländer‘: Die Entstehung und Entwicklung des Diskurses über ArbeitsmigrantInnen in Österreich. In: Österreich in Geschichte und Literatur, 53 (3), S. 248-266. Online unter: <https://hcommons.org/deposits/objects/hc:17562/datastreams/CONTENT/content> (Zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

Gächter, A. (2004). Von Inlandarbeiterschutzgesetz bis EURODAC-Abkommen. In: Gürses, H., & Wien Museum Karlsplatz. (2004). Gastarbeiter : 40 Jahre Arbeitsmigration ; [Wien-Museum 22.1. - 11.4.2004] (Sonderausstellung des Wien-Museums ; 308). Wien: Mandelbaum-Verl. S. 31-47.

Glettler, M. (1972). Die Wiener Tschechen um 1900 : Strukturanalyse einer nationalen Minderheit in der Großstadt (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum ; 28). München Wien: Oldenbourg.

Glettler, M. (1985). Böhmisches Wien (Reihe Wien international). Wien [u.a.]: Herold.

Glettler, M. (1996). Tschechen und Slowaken in Wien. In: Eppel, P. Wir : Zur Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Wien ; 217. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, 19. September bis 29. Dezember 1996 (Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien ; 217). Wien: Eigenverl. d. Museen d. Stadt Wien. S. 102-114.

Gordon, M. (1964). Assimilation in American life : : The role of race, religion, and national origins. New York :: Oxford University Press.

Hahn, S. (2012). Historische Migrationsforschung (Historische Einführungen ; 11). Frankfurt am Main [u.a.]: Campus-Verl.

Hahn, S., Stöger, G. (2014). 50 Jahre österreichisch-türkisches Anwerbeabkommen. Online unter: [https://www.uni-salzburg.at/fileadmin/multimedia/Geschichte/documents/Studie\\_Anwerbeabkommen\\_-\\_Uni\\_Salzburg.pdf](https://www.uni-salzburg.at/fileadmin/multimedia/Geschichte/documents/Studie_Anwerbeabkommen_-_Uni_Salzburg.pdf) (Zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

Han, P. (2010). Soziologie der Migration : Erklärungsmodelle, Fakten, politische Konsequenzen, Perspektiven ; mit 20 Tabellen und 9 Übersichten (3., überarb. und aktualisierte Aufl.. ed., UTB 2118 : Soziologie). Stuttgart: Lucius & Lucius.



Haupt, H. und Kocka, J. (1996). Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung. In: Haupt, H. Geschichte und Vergleich : Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung. Frankfurt, Main [u.a.]: Campus-Verl..

Hemetek, U., & Initiative Minderheiten. (2000). Am Anfang war der Kolaric : Plakate gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ; [Wanderausstellung]. Wien: Südwind-Verl.

Hintermann, C. (2000): Die "neue" Zuwanderung nach Österreich. Eine Analyse der Entwicklungen seit Mitte der 80er Jahre. In: SWS-Rundschau, 1. Online unter: [http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/hintermann2000\\_sws\\_migration.pdf](http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/hintermann2000_sws_migration.pdf) (Zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

Holzer, W., & Münz, R. (1995). Fremdenfeindlichkeit in Österreich? Einstellungen zu Migration, ausländischer Bevölkerung und staatlicher Ausländerpolitik. Demographische Informationen. S. 45-53. Online unter: [www.jstor.org/stable/23026762](http://www.jstor.org/stable/23026762) (Zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

Höhne, J. et.al. (2014): Die Gastarbeiter. Geschichte und aktuelle soziale Lage. In: WSI Report, 16. Online unter: [https://www.boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_report\\_16\\_2014.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_16_2014.pdf) (Zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

International Labour Office Geneva (2015): ILO Global estimates of migrant workers and migrant domestic workers: results and methodology. Online unter: [https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms\\_436343.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_436343.pdf) (Zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

Internationales Arbeitsamt (2017). Arbeitsmigration im Wandel: Die damit verbundenen ordnungspolitischen Herausforderungen angehen. Internationale Arbeitskonferenz, 106. Tagung. Online unter: [https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms\\_550537.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_550537.pdf) (Zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

John, M., & Lichtblau, A. (1987). Česká Viden. Tschech Großstadt Dorf. In: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.): Archiv 1987. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung. Wien.

John, M., & Lichtblau, A. (1993). Schmelztiegel Wien - einst und jetzt : Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheiten : Aufsätze, Quellen, Kommentare. Wien [u.a.]: Böhlau.

John, M. (1996): Mosaik, Schmelztiegel, Weltstadt Wien? Migration und multikulturelle Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. In: Eppel, P. Wir : Zur Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Wien ; 217. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, 19. September bis 29. Dezember 1996 (Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien ; 217). Wien: Eigenverl. d. Museen d. Stadt Wien. S. 137-144.

John, M. (2016). Vielfalt und Heterogenität. Zur Migration nach Wien um 1900. In: Röhrlich, E., & Meisinger, A. Migration und Innovation um 1900 : Perspektiven auf das Wien der Jahrhundertwende. Wien Köln Weimar: Böhlau Verlag. S. 23-64.

Kogoj, C. (2004). Geschichten zur Migrationsgeschichte. In: Gürses, H., & Wien Museum Karlsplatz. Gastarbeiter : 40 Jahre Arbeitsmigration ; [Wien-Museum 22.1. - 11.4.2004] (Sonderausstellung des Wien-Museums ; 308). Wien: Mandelbaum-Verl. S. 81-86.

Le Rider, J. (2016). Die Identitätskrise der Wiener Moderne. Röhrlich, E., & Meisinger, A. Migration und Innovation um 1900 : Perspektiven auf das Wien der Jahrhundertwende. Wien Köln Weimar: Böhlau Verlag. S. 99-118.

Lichtenberger, E. (1984). Gastarbeiter : Leben in zwei Gesellschaften. Wien Graz [u.a.]: Böhlau.

Lichtenberger, E. (1997). Wien: zwischen extremer Grenz- und Mittelpunktlage. Auf Engste mit dem Schicksal der Habsburger verknüpft. In: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg. Der Bürger im Staat 47 (2). Online unter: [https://homepage.univie.ac.at/elisabeth.lichtenberger/assets/pdf/Wien\\_Nr.216.pdf](https://homepage.univie.ac.at/elisabeth.lichtenberger/assets/pdf/Wien_Nr.216.pdf) (Zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

Lichtenberger, E. (2000). Wien und Prag als Repräsentanten der europäischen Stadtkultur. In: Bahrenberg, G., Seger, M., & Palencsar, F. Festschrift zum 60. Geburtstag von O. Univ. Prof. Dr. Martin Seger (Klagenfurter geographische Schriften ; 18). Klagenfurt: Inst. für Geographie u. Regionalforschung d. Univ. Klagenfurt. S. 117-135.

Lehner, I. (2016). Migration, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Wiener Gemeinderat (1892–1912). Röhrlich, E., & Meisinger, A. Migration und Innovation um 1900 : Perspektiven auf das Wien der Jahrhundertwende. Wien Köln Weimar: Böhlau Verlag. S. 459-480.

Leitner, H. (1983). Gastarbeiter in der städtischen Gesellschaft : Segregation, Integration und Assimilation von Arbeitsmigranten ; am Beispiel jugoslawischer Gastarbeiter in Wien (Campus-Forschung ; 307). Frankfurt, Main [u.a.]: Campus-Verl.

Lorber, V. (2017). Angeworben : "GastarbeiterInnen" in Österreich in den 1960er und 1970er Jahren (Transkulturelle Perspektiven Band 14). Göttingen: V&R unipress.

Melinz, G., Zimmermann, S. (1996). Großstadtgeschichte und Modernisierung in der Habsburgermonarchie. In : Melinz, G. Wien - Prag - Budapest : Blütezeit der Habsburgermetropolen ; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte ; (1867 - 1918) (Edition Forschung). Wien: Promedia.

Muradoglu, D. und Ongan G. (2004). 1964. Anwerbestelle. In: Gürses, H., & Wien Museum Karlsplatz. (2004). Gastarbajteri : 40 Jahre Arbeitsmigration ; [Wien-Museum 22.1. - 11.4.2004] (Sonderausstellung des Wien-Museums ; 308). Wien: Mandelbaum-Verl. S. 122-125.

Muradoglu, D. und Ongan G. (2004b). 1994. Herkunft und Rückkehr. In: Gürses, H., & Wien Museum Karlsplatz. (2004). Gastarbajteri : 40 Jahre Arbeitsmigration ; [Wien-Museum 22.1. - 11.4.2004] (Sonderausstellung des Wien-Museums ; 308). Wien: Mandelbaum-Verl. S. 143-146.

Muradoglu, D. und Ongan G. (o.J.). Anwerbestelle Narmanlı Han 1964. In: Gastarbajteri. Virtuelle Ausstellung. Online unter: <http://www.gastarbajteri.at/im/107105950479/107459990277/106665530413.html> (Zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

Payer, P. (2004) Gehen Sie an die Arbeit. Zur Geschichte der "Gastarbeiter" in Wien 1964-1989. Wiener Geschichtsblätter, 1, S. 1-19. Online unter: <http://www.stadt-forschung.at/downloads/Gastarbeiter.pdf> (Zuletzt abgerufen am 20.01.2020).

Rathkolb, O. (2015). Die paradoxe Republik : Österreich 1945 bis 2015 (Aktualisierte und erw. Neuausg.. ed.). Wien: Zsolnay.

Reinprecht, C., Weiss H. (2011). Migration und Integration: Soziologische Perspektiven und Erklärungsansätze. In: Faßmann, H. Migrations- und Integrationsforschung - multidisziplinäre Perspektiven : Ein Reader (Migrations- und Integrationsforschung ; 1). Göttingen: V&R Unipress, Vienna Univ. Press. S. 13-32.

Rupnow, D. (2017). The History and Memory of Migration in Post-War Austria: Current Trends and Future Challenges. In: Bischof, G., & Rupnow, D. Migration in Austria (Contemporary Austrian studies ; volume 26). New Orleans Innsbruck: UNO Press innsbruck university press.

Schramm, M. (2018). Wirtschafts- und Sozialgeschichte Westeuropas seit 1945 (UTB 4837 Geschichte, Politikwissenschaft). Köln Weimar Wien: Böhlau Verlag.

Schwarz, O. (2007). Hinter den Fassaden der Ringstraße : Geschichte - Menschen - Geheimnisse. Wien: Amalthea.

Siebenhofer A. (o.J.). Wer protestiert, wird abgeschoben. Hörbare Stadtpaziergänge an Orte politischer Selbstbestimmung. Online unter: <http://www.gehoergaenge.at/14-de/> (Zuletzt abgerufen am 30.01.2020).

Steidl, A. (2003). Auf nach Wien! : Die Mobilität des mitteleuropäischen Handwerks im 18. und 19. Jahrhundert am Beispiel der Haupt- und Residenzstadt Wien (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien ; 30). Wien München: Verl. für Geschichte u. Politik [u.a.] Oldenbourg.

Treibel, A. (2003). Migration in modernen Gesellschaften : Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht (3. Aufl.. ed., Grundlagentexte Soziologie). Weinheim [u.a.]: Juventa-Verl.

Weigl, A. (2009). Migration und Integration : Eine widersprüchliche Geschichte (Österreich - Zweite Republik ; 20). Innsbruck Wien [u.a.]: StudienVerl.

Weigl, A. (2016). Wien um 1900 – ein Sonderfall in der Wiener Migrationsgeschichte? Der „Schmelztiegel“ in der kollektiven Erinnerung. In: Röhrlich, E., & Meisinger, A. (2016). Migration und Innovation um 1900 : Perspektiven auf das Wien der Jahrhundertwende. Wien Köln Weimar: Böhlau Verlag. 503-524.

Wimmer, H. (1986a). Die Arbeitswelt der ausländischen Arbeitnehmer. In: Wimmer, H. Ausländische Arbeitskräfte in Österreich. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verl. S. 241-280.

Wimmer, H. (1986b). Wohnverhältnisse der ausländischen Arbeiter in Österreich. In: Wimmer, H. Ausländische Arbeitskräfte in Österreich. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verl. S. 281-306.

Wodak, R. & Krzyzanowski, M. (2008). Migration und Rassismus in Österreich. In: Gomes, B.: Rassismus : Beiträge zu einem vielgesichtigen Phänomen (1. Aufl.. ed., Gesellschaft - Entwicklung - Politik ; 10). Wien: Mandelbaum-Verl. S. 256-278.

Wonisch, R. (2010). Ceska Viden. Tschechisches Wien. Ausstellungsnotizen. In: Wonisch, R. : Tschechen in Wien : Zwischen nationaler Selbstbehauptung und Assimilation. Wien: Löcker. S. 207-252.

Zimmermann, C. (1996). Die Zeit der Metropolen : Urbanisierung und Großstadtentwicklung (Orig.-Ausg.. ed., [Fischer-Taschenbücher] 60144 : Europäische Geschichte). Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl.

Zuser, P. (1996). Die Konstruktion der Ausländerfrage in Österreich: Eine Analyse des öffentlichen Diskurses 1990. (Reihe Politikwissenschaft / Political Science Series ; 35). Online unter: <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/916/> (Zuletzt abgerufen am 30.01.2020).

### Quellen:

Adler, V., & Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs. (1925). Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe : 4 : Victor Adler über Arbeiterschutz und Sozialreform. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.

Abbildung 1 - Schneidertestbögen zur Prüfung der fachlichen Eignung. Aus: Archiv Wirtschaftskammer Österreich 1977, nach Muradoglu und Ongan (o.J.) . Online unter: <http://www.gastarbaj-teri.at/im/107105950479/107459990277/106665530413/107452640579/110595377282.html> (Zuletzt abgerufen am 30.01.2020).

Abbildung 2 - Aktenvermerk Schneiderprüfung. Aus: Archiv Wirtschaftskammer Österreich 1977, nach Muradoglu und Ongan (o.J.) . Online unter: <http://www.gastarbaj-teri.at/im/107105950479/107459990277/106665530413/107452640579/110595377282.html> (Zuletzt abgerufen am 30.01.2020).

Abbildung 3 - Anforderung von jugoslawischem Pflegepersonal durch das Krankenhaus Horn (1969). Aus: Archiv Wirtschaftskammer Österreich 1969a, nach Muradoglu und Ongan (o.J.): <http://gastarbai-teri.at/im/107105950479/107459990277/106665530413/107452579438/110595221353.html> (Zuletzt abgerufen am 30.01.2020).

Abbildung 4 - Ergänzende Mitteilungen des Arbeitsgebers, Foto der Personal-Unterkunft (Zweibettzimmer). Aus: Archiv Wirtschaftskammer Österreich 1969a, nach Muradoglu und Ongan (o.J.): <http://gastarbai-teri.at/im/107105950479/107459990277/106665530413/107452579438/110595221353.html> (Zuletzt abgerufen am 30.01.2020).

#### Gesetzestexte:

Nö. LGVBl. Nr. 17/1900. Gesetz vom 24. März 1900, betreffend die Erlassung eines neuen Statutes, sowie einer neuen Gemeindewahlordnung für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

BGBI 75/1954. Bundesgesetz vom 17. März 1954, betreffend die Ausübung der Fremdenpolizei (Fremdenpolizeigesetz).

BGBI 218/1975. Bundesgesetz vom 20. März 1975, mit dem die Beschäftigung von Ausländern geregelt wird (Ausländerbeschäftigungsgesetz – AuslBG).

BGBI 250/1965. Bundesgesetz vom 15. Juli 1965 über die österreichische Staatsbürgerschaft (Staatsbürgerschaftsgesetz 1965 — StbG).

BGBI 840/1992. Verordnung des Bundesministers für Inneres zur Durchführung des Fremdengesetzes.

## 9. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 - Bevölkerungsentwicklung Österreichs (Cisleithaniens) und Wiens zwischen 1857 und 1910.

Tabelle 2 – Die Zahl der Tschech\*innen in Wien nach Umgangssprache, Geburtsort und Heimatberechtigung.

Tabelle 3 - Altersstruktur der tschechisch- und deutschsprachigen Bevölkerung Wiens (1900).

Tabelle 4 - Tschechisch- und deutschsprachige Berufstätige innerhalb der einzelnen Berufsklassen (1910).

Tabelle 5 - Verteilung der tschechisch- und deutschsprachigen Bevölkerung Wiens auf die Wirtschaftsbereiche.

Tabelle 6 - Die Anteile von Wiener Tschech\*innen an den Bezirken Wiens (1880-1910)

Tabelle 7 - Zahl polizeilich gemeldeter jugoslawischer und türkischer Staatsbürger\*innen in Wien (1961-1987).

Tabelle 8 - Altersstruktur der zugewanderten Jugoslaw\*innen und Türk\*innen sowie der Wiener Wohnbevölkerung.

Tabelle 9 - Berufsstellung ethnischer Gruppen in Wien im Vergleich (1972).

Tabelle 10 - Segregation türkischer und jugoslawischer Staatsbürger\*innen auf Bezirksebene (in Prozent).

#### *10. Abbildungsverzeichnis*

Diagramm 1 - Entwicklung der Zahl polizeilich gemeldeter jugoslawischer und türkischer Staatsbürger\*innen in Wien.

Karte 1 - Die räumliche Verteilung jugoslawischer und türkischer "Gastarbeiter\*innen" in Wien (1982).

## Abstract

Die Arbeit unternimmt einen aspektorientierten historischen Vergleich zwischen zwei jüngeren (Arbeits-)Migrationseignissen nach Wien: Der tschechisch geprägten Zuwanderung des 19. Jahrhunderts sowie der jugoslawisch und türkisch geprägten Zuwanderung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Formen tschechischer Arbeitsmigrationen sind bereits im 16. Jahrhundert nachweisbar, im 19. Jahrhundert erfolgte der bisher stärkste Zuzug aus den Ländern der böhmischen Krone nach Wien, in dessen Folge um die Jahrhundertwende mehr als 400.000 Tschech\*innen in Wien lebten – sie stellten damals rund ein Viertel der Wohnbevölkerung. Im 20. Jahrhundert kam es aus wirtschaftlichen Gründen zur gezielten Anwerbung von „Gastarbeiter\*innen“, die im Falle Wiens vorwiegend aus Jugoslawien und der Türkei kamen.

Anhand folgender sieben charakteristischer Aspekte werden in der vorliegenden Arbeit die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Migrationsereignisse untersucht: Ursachen; rechtliche Rahmenbedingungen; Verlauf der Wanderung; regionale und soziodemografische Herkunft; Art der Rekrutierung; Wohnsituation in Wien; Diskriminierung und Marginalisierung der Zuwander\*innen.

Die Gemeinsamkeiten der Migrationsereignisse liegen darin, dass die Zuwander\*innen in beiden Fällen mehrheitlich aus ländlichen Regionen stammten und am Höhepunkt beider Ereignisse zum Großteil männliche Arbeiter waren. Auch hinsichtlich Wohnsituation und sozialräumlicher Verteilung lassen sich Parallelen feststellen: Die Zuwander\*innen beider Epochen lebten mehrheitlich in denselben gürtelnahen Stadtvierteln sowie in unterdurchschnittlich schlechten Wohnverhältnissen.

Eine Mischform aus Gemeinsamkeiten und Unterschieden ergibt sich im Falle der Ursachen beider Zuwanderungsbewegungen, bezüglich der soziodemografischen Herkunft sowie der gesellschaftlichen Diskriminierung und Marginalisierung der Zuwander\*innen.

Die stärksten Unterschiede liegen in den rechtlichen Rahmenbedingungen: Während die Wanderung des 19. Jahrhunderts eine Binnenwanderung innerhalb der Habsburgermonarchie war, handelte es sich im 20. Jahrhundert um eine – mittels bilateraler Abkommen geregelte – internationale Migration. Auch im Grad der Organisation der Wanderung sowie in der Berufs- bzw. Sozialstruktur unterscheiden sich die beiden Migrationsbewegungen deutlich voneinander.